



Pressespiegel 2009

der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Chausseestraße 29 – 10115 Berlin

Tel: 030. 240 45 430 – E-Mail: info@mbr-berlin.de – Internet: <http://www.mbr-berlin.de>



Die MBR ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur e.V. (VDK) und wird gefördert durch





Südthüringer Zeitung (02.01.2009)

Schmidtke: Keinen Raum für Rechte Steinbach-Hallenberger SPD-Stadtrat will extremistische Gruppierungen stärker kontrollieren

Der Versuch der NPD Thüringen, ihren Landesparteitag in der Haseltalstadt abzuhalten, ist gescheitert. Vor dem Landgericht in Meiningen zogen die Rechten im November ihre Klage zur Freigabe der durch einen Verein belegten Haseltal-Halle zurück. Doch das heißt nicht, dass die rechtsgerichtete Partei sich damit zufrieden gibt, warnt SPD-Stadtrat Dieter Schmidtke.

Vielmehr müsse man erwarten, dass sich NPD und die ihr nahe stehenden sogenannten Freien Kräfte erneut in der Region etablieren wollen. Auch wenn sich die Freien Kräfte Südthüringen vor einer Weile aufgelöst haben, so ist die rechte Szene aktiv, verweist er allein beim Blick auf das Internet. Doch Städte und Gemeinden müssen sich darauf vorbereiten, dass die Neonazis im Wahljahr 2009 nicht nur virtuell aktiver werden, sondern im wirklichen Leben versuchen mehr Einfluss und Gewicht zu erlangen.

Angepasste Verträge

Sie werden zu Veranstaltungen und sogenannten Heimatabenden und anderen Zusammenkünften einladen, in denen sie ihre rechte Politik mehr oder weniger offen verkünden möchten, vermutet Schmidtke.

Dazu bedarf es allerdings entsprechender Räumlichkeiten – und an diesem Punkt können Kommunen aktiv werden. Denn die Gemeinden und Städte müssen ihre Gebäude nicht vermieten, wenn rechtsextremes Gedankengut verbreitet wird oder gar verfassungsfeindliche Parolen skandiert werden, bekräftigt er seine Auffassung.

In Steinbach-Hallenberg habe man sich mit angepassten Raumnutzungsverträgen auf solche Eventualitäten vorbereitet. Diese geänderten Mietbedingungen wurden, so SPD-Stadtrat Schmidtke, vor einem halben Jahr von ihm im städtischen Haupt- und Finanzausschuss eingebracht.

Sie stammen von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (www.mbr-berlin.de) und sehen die explizite Erklärung des Mieters vor, dass die Veranstaltung in den öffentlichen Gebäuden „keine rechtsextremen, rassistischen oder antidemokratischen Inhalte haben wird“. Weder in Wort, Bild, noch in Schrift darf die Freiheit und Würde des Menschen verächtlich gemacht werden, lauten die angepassten Mietverträge weiter. „Vermieter und Polizei haben jederzeit die Möglichkeit, Kontrollbesuche durchzuführen und bei Verstößen gegen diesen Vertrag oder Strafgesetze die Veranstaltung zu beenden“, heißt es außerdem in einer nächsten Passage des Raumnutzungsvertrages.

Nur deklaratorisch?

Auch wenn ein Teil dieser Festlegungen vielleicht nur deklaratorischen Charakter besitzt, weil diese Rechte und Pflichten bereits an anderer Stelle in Gesetzen definiert sind, so ist der nochmalige generelle Ausschluss von rechtsextremem Gedankengut bei Veranstaltungen in öffentlichen Räumen zu begrüßen, so Dieter Schmidtke.

„Deutlicher geht es nicht zu sagen, dass Rechte nicht willkommen sind“, meint er. In der Vergangenheit sei es bereits Mitbürgern und Einrichtungen so ergangen, dass sie wie auf der Rotteroder Höhe unwissend Rechten ihre Objekte, in diesem Fall die Paul-Schlösser-Hütte, für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt haben. Die Bilder davon sind heute noch

im Internet zu finden, auch wenn die sich damit brüstenden hiesigen Freien Kräfte mangels Basis längst aufgelöst sind.

Vehement wehrt sich Sozialdemokrat Dieter Schmidtke außerdem gegen Praktiken wie die eines Busunternehmers, der wissentlich die Rechten durch Thüringen kutschiert. „Wir stellen uns im Stadtrat zusammen für ein Foto gegen Rechts auf und ein Unternehmer torpediert diesen Gedanken und sucht nur seinen Vorteil“, beschreibt der SPD-Stadtrat seine Verärgerung und sein Unverständnis.

Dabei wisse er, dass auch andere Busunternehmen in der Region die Rechten als Kunden nicht zurückweisen. Hier müsse es seiner Meinung nach Konsequenzen geben. Eine Möglichkeit wäre, dass der Aufsichtsrat der Kreiswerke Schmalkalden-Meiningen, eine hundertprozentige Tochter des Kreises, bei der Auftragsvergabe neue Kriterien setzt. So könne das Kontrollgremium beispielsweise die Meininger Busbetriebsgesellschaft mbH (MBB) anweisen, Beförderungsaufträge im Öffentlichen Personennahverkehr nur an Unternehmen zu vergeben, die in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen den Transport von Rechten oder zu rechtsextremistischen Veranstaltungen ablehnen.

Im Kleingedruckten

In diesem sogenannten Kleingedruckten kann jedes Unternehmen wie bei den bereits genannten Mietverträgen Klauseln gegen Rechts aufnehmen.

Noch wolle er keine Namen nennen, so Schmidtke, aber er erwarte von den angesprochenen Busunternehmen, dass sie ihre Beförderungsrichtlinien überdenken. Der Redaktion sind die Namen bekannt. Bei all den Vorschlägen gibt es eines zu bedenken: wer kontrolliert wann, ob eine Veranstaltung rechtsextremen Charakter trägt oder gegen genannte Vertragsbedingungen verstößt? „Etwa der Bürgermeister?“, höhnt ein Rechter in einem Internetforum der Thüringer Neonazis. Freilich, der Bürgermeister, ein von ihm Beauftragter – oder eben auch SPD-Stadtrat Dieter Schmidtke.

(eh)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (09.01.2009)

Der Bahnhof als Tatort

Nach Übergriff auf Punk am Ostkreuz: Initiative gegen Rechts kündigt Aktion an

Leute eilen hin und her – Menschen, die in verschieden aussehender Kleidung stecken. Einige tragen das Logo der »Antifaschistischen Aktion« an der Jacke oder andere linke Insignien, aber auch die bei Neonazis beliebte Marke »Thor Steinar« fällt ins Auge. Doch die meisten Menschen die mittags auf der Bahnhofsbaustelle Ostkreuz ihrer Wege eilen, sehen »normal« aus. Ein Ort, wie es in dieser Stadt hunderte gibt – ein Übergriff, wie er an solchen Orten über die Jahre immer wieder passiert.

Gegen 4.45 Uhr wurde ein 38-jähriger Punk mutmaßlich von Rechten zusammengeschlagen. Der alkoholisierte Mann sei nach eigenen Angaben mit »Scheiß-Punker« angesprochen und von drei unbekanntem Tätern, die er als der »rechten Szene zugehörig« erkannte, geschlagen und getreten worden. Das teilte die Polizei auf Anfrage mit. Der Punk habe bei dem Angriff Kratzer, Prellungen und Hämatome erlitten und sei inzwischen aus dem Krankenhaus wieder entlassen worden. Im linken Nachrichtenportal »indymedia« haben vermutlich Freunde des Betroffenen ihre Version der Geschichte veröffentlicht. Die Täter hätten ihm, nachdem sie ihn bepöbeln haben, seine Flasche auf dem Kopf zertrümmert, ihn mit Wodka übergossen und ihm die Scherben in Gesicht gestochen. Der Betroffene und andere Punks seien schon öfter von Rechten am Ostkreuz angepöbelt worden, liest man dort.

Nach Angaben von Opferberatungsstellen gab es 2008 einen gewalttätigen Übergriff, nach Polizeiangaben keinen. Pöbeleien und auch Übergriffe sind nicht alltäglich am Ostkreuz, aber es gibt sie. »Man sieht immer wieder auch bekannte Rechtsextreme am Ostkreuz herumstehen, die dort ein-, aus- oder umsteigen«, erzählt Sabine Ritter von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), die seit Jahren Projekte – privat oder öffentlich – berät, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. »Am Ostkreuz werden auch Migranten oder Linke bepöbelt und bedroht«, weiß Ritter. Es sei eben so, dass sich rechtsextreme Vorfälle an Verkehrsknotenpunkten, an denen viele Menschen unterwegs sind, »verdichten«.

Schon 2005, als Friedrichshain die traurige Hitparade der gewalttätigen rechten Übergriffe anführte, geschahen die meisten Taten im öffentlichen Raum an Bahnhöfen. Die angesichts dessen 2006 gegründete Initiative gegen Rechts spricht davon, dass Angsträume entstehen, in denen sich Menschen, die nicht der »Normalität« entsprechen, bedroht fühlen. Bei der Polizei heißt es auf diese Frage: »Die Polizei kennt keine Angsträume«.

Markus Roth von der Initiative sagt, es sei schwer, gegen derartige Gewalt vorzugehen, weil sie aus einem unorganisierten rechten Spektrum stamme. Man müsse das Klima im Kiez verändern, findet Roth und kündigt an, dass die Initiative nun verstärkt Präsenz am Ostkreuz zeigen wolle.

(Jörg Meyer)



Evangelischer Pressedienst Niedersachsen-Bremen (22.01.2009)

Expertin: Rechtsextreme Frauengruppen schießen wie Pilze aus dem Boden Kultusministerin warnt vor weiblicher Neonazi-Szene

Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) hat vor der wachsenden Bedeutung von Frauen im Rechtsextremismus gewarnt. Zwar sei die Neonazi-Szene noch immer männlich geprägt, sagte die Politikerin am Donnerstag zu Beginn einer Fachtagung mit mehr als 100 Teilnehmern in Verden bei Bremen. Doch Frauen seien für fremdenfeindliche und rassistische Positionen nicht weniger empfänglich. Die Berliner Rechtsextremismus-Expertin Esther Lehnert warnte, Neonazi-Frauengruppen "schießen wie Pilze aus dem Boden".

Heister-Neumann bezifferte den Anteil der Frauen in der rechtsextremen Szene auf bis zu 20 Prozent mit einem Schwerpunkt im Osten Deutschlands. Ihre steigende Zahl bei Demonstrationen in allen Bundesländern sei ein Indiz für die wachsende Bedeutung. Die Ministerin bezog sich auch auf Studien wie einer Emnid-Umfrage, nach der sich bundesweit 14 Prozent der Frauen vorstellen können, bei der nächsten Landtagswahl rechtsextrem zu stimmen. Bei den Männern waren dies neun Prozent.

Die Erziehungswissenschaftlerin Lehnert sagte, Frauen blieben öfter unerkannt und würden seltener juristisch verfolgt. "Sie gelten als friedfertiger." Doch mittlerweile reiche ihr radikales Engagement von der klassischen Mitläuferin bis zur rassistischen Straßenkämpferin, die sich als "Hüterin der weißen Rasse" verstehe. Soziale Fragen und die Mutterschaft seien die bestimmenden Themen von Aktivistinnen, die etwa in der elitären "Gemeinschaft Deutscher Frauen" oder im NPD-nahen "Ring Nationaler Frauen" organisiert seien.

"Frauen in der Szene gelten als ideologisch gefestigter als die männlichen Kameraden", betonte Lehnert, die zum Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus gehört. Mit einem antiquierten und auf die Mutterrolle reduzierten Frauenbild stärkten sie den Zusammenhalt unter den Neonazis und vermittelten zwischen der NPD und den gewaltbereiten "freien Kameradschaften".

Mit Sprüchen wie "Nationalismus ist auch Mädelsache" und "klagt nicht, kämpft" werbe die rechtsextreme Szene verstärkt Frauen in jedem Alter an. Unter der Maske der sozial Engagierten setzten sie sich für Kinder und Erwerbslose ein, arbeiteten in kommunalen Parlamenten mit und erzögen ihre Kinder zu jungen Neonazis. Die Tagung in Verden wurde vom Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen in Kooperation mit weiteren Partnern organisiert.



Norddeutsche Neueste Nachrichten (24.01.2009, ebenfalls erschienen in der Schweriner Volkszeitung)

Schleichende Offenbarungen

Jeder vierte Neueinsteiger in der rechten Szene ist weiblich. Frauen im Rechtsextremismus – was heißt das konkret für die Kommunen? Darüber wurde am Donnerstagabend beim zweiten Politischen Salon des Projektes „Lola für Lulu“ heftig diskutiert.

„Sie demonstrieren nach außen hin ein ganz biederes und soziales Gesicht. Die Frauennachmittage, an denen unter anderem gebastelt oder gesungen wird, haben Zulauf“, so die Erfahrung von Rotraut Reinecke aus Lübtheen. Sie bestätigte aus der Praxis das, was zuvor Dr. Esther Lehnert und Johanna Sigl von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) aus Berlin in ihren Vorträgen darlegten. Es sind immer mehr Frauen, die sich in der rechten Szene einbringen. „Jeder vierte Neueinsteiger“, so Esther Lehnert, ist weiblich. „Dabei sind die Frauen politisch weniger aktiv als die Männer. Und sie fallen auf den ersten Blick auch nicht gleich auf. Das ist schon so gewollt“, ist die Erfahrung der Expertin aus Berlin. „Bis zu einem gewissen Grad ist es sogar gewünscht, dass sich die Frauen zunehmend in der rechten Szene etablieren – diese soll mit den weiblichen Mitgliedern einen eher sanften Touch bekommen und damit salonfähiger werden“, ergänzt Esther Lehnert.

Verankerungen in sozialen Bereichen

Und sie weist gleichzeitig auf die immer stärkere Verankerung der rechtsextremen Frauen und Mädchen besonders im ländlichen Raum in sozialen Bereichen, bei Nachbarschaften, der Mitarbeit in den Kommunen, in Selbsthilfegruppen und Familienzentren hin.

Das bestätigten auch mehrere Teilnehmer des Abends, wie Rotraut Reinecke aus Lübtheen. „Rechtsextreme Frauen wollen verstärkt Sportfeste und Kinderfeste im Dorf organisieren, bringen sich bei Elternbeiratswahlen ein. Und oft erkennt man ihre eigentliche Gesinnung erst sehr spät“, so war zu erfahren. „Sie offenbaren sich in Betrieben oder Vereinen immer erst nach einer gewissen Zeit.“

Was man dagegen rechtlich unternehmen kann?

„Das ist nicht einfach“, so eine Mitarbeiterin vom Betrieblichen Beratungs Team (BBT) – gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern. „Eine Möglichkeit wäre unter anderem die Vereins- bzw. die Betriebsvereinbarungen gleich so zu formulieren, dass das Bekanntwerden einer rechtsextremistischen Gesinnung zum Ausschluss führen kann.“ Sie bot in dem Zusammenhang den Frauen und den anderen Teilnehmern Hilfe und Beratung an. Kontakt aufnehmen können Interessenten über „Lola für Lulu“, Alexandrinenplatz 7 in Ludwigslust.

Individuelle Unterstützung für einzelne Regionen versprach auch Anne-Rose Wergin, Leiterin des Projektes „Lola für Lulu“, der Amadeu Antonio Stiftung. Dabei verwies sie darauf, dass es in mehreren Regionen schon zahlreiche Aktivitäten gibt, wie das aktive Bürgerbündnis gegen Rechts in Lübtheen.

Alternative Angebote fehlen in den Kommunen

„Ein Grund, dass viele junge Mädchen in die rechte Szene einsteigen ist“, so Johanna Sigl, „das Fehlen alternativer Angebote in den Städten und besonders in den Dörfern“. Ein zustimmendes Nicken war unter den 30 Teilnehmern des Abends zu spüren. Dabei wurden dann Worte im Raum laut wie: Kreativität und Kommunikation fehlen; wir müssen uns mehr austauschen; die Parteien sind noch sehr schwerfällig; nicht nur die Parteien sind gefragt, sondern alle mündigen Bürger ...

„Es ist wichtig, dass wir uns rechtzeitig einmischen und aktiv werden“, so die Expertin Johanna Sigl. „Besonders bei den jungen Mädchen – wir erreichen sie schneller, wenn ihr Weltbild noch nicht gefestigt ist.“

Es wurde noch lange diskutiert an dem Abend – alle waren sich einig: Aktivitäten sind umgehend gefordert.

(Brunhilde Schmidt)



Süddeutsche Zeitung / Jetzt.de (28.01.2009)

"Empowerment für nationale Frauen"

Rechtsextremismus-Expertin Esther Lehnert über weibliche Emanzipation in der Neonazi-Szene, die wachsende Zahl rechter Frauenorganisationen und warum es nicht nur "Skingirls" gibt

"Frauen und Mädchen sind ein neues Potenzial für die rechtsextreme Szene", teilte die bayerische Projektstelle gegen Rechtsextremismus vergangene Woche mit. Tatsächlich sind die Gründungen rechtsextremer Frauenorganisationen und deren politisches Engagement in den letzten Jahren messbar gestiegen. *jetzt.de* hat darüber mit Dr. Esther Lehnert vom Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus gesprochen.

jetzt.de: Immer mehr junge Frauen und Mädchen treten rechtsextremen Organisationen bei. Ist das ein Zeichen für die Zerschlagung einer klassischen Männerdomäne und somit für die Schwäche der gesamten Neonazi-Szene?

Esther Lehnert: Keinesfalls. Eher deutet diese Entwicklung auf ein Erstarren der Szene hin. Sie wird vielfältiger. Im Rechtsextremismus wird gerade eine Form der Modernisierung nachgeholt. Das ist an den vielen Neugründungen von rechtsextremen Frauenorganisationen zu beobachten.

Also stehen Organisationen wie der Ring Nationaler Frauen (RNF) und die Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) für eine Emanzipationsbewegung?

Der RNF bedient sich zwar durchaus Methoden der Frauenbewegung und anderen sozialen Bewegungen und versucht jüngere Frauen für Politik zu begeistern und zu professionalisieren. Von Emanzipation kann aber insofern nicht gesprochen werden, als dass das gesamte Engagement rechtsextremer Frauenorganisation im Kontext einer rassistischen „Volksgemeinschaft“ betrachtet werden muss. Es geht also immer nur um die Interessen der „deutschen“, weißen Frauen. Der RNF ist seit diesem Jahr eine offizielle Unterorganisation der NPD...

... und die NPD hält in ihrem Statut zum RNF ausdrücklich an der „natürlichen Unterschiedlichkeit von Mann und Frau“ fest.

Das stimmt. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau werden in breiten Teilen der rechtsextremen Szene immer noch biologisiert. Auch der RNF selbst spricht von diesen natürlichen Geschlechterunterschieden, gleichzeitig bedeutet das für den RNF nicht, Frauen von der Politik fernzuhalten. Vielmehr ist es ein zentrales Anliegen des RNF Frauen tatsächlich in politische Ämter zu bringen. Man kann das als „Empowerment“ für nationale Frauen begreifen.

Könnte es nicht sein, dass die rechten Frauenorganisationen vor allem einen Propagandazweck der NPD erfüllen, um eine neue Zielgruppe zu erschließen: die moderne, unabhängige junge Frau von heute?

Wenn man das auf eine reine Propagandastrategie reduziert, würde man diesen Frauen nicht gerecht werden. Sie wollen schon ein Frauennetzwerk schaffen und sich politisch stärker einmischen.

Den Männern der Szene dürfte diese Entwicklung doch eigentlich nicht gefallen?

Bisher ist davon wenig zu spüren. Es gibt zwar immer wieder Positionen von Männern, die der Meinung sind, dass Frauen in der Politik nichts zu suchen haben. Aber insgesamt unterstützen die Männer das Engagement der Frauen. Gerade für die Arbeit an Infoständen

werden gerne Frauen genommen.

Warum spricht der Rechtsextremismus junge Frauen immer stärker an?

Es gibt Studien, die besagen, dass Frauen sich früher vor allem aus rassistischen Gründen für Rechtsextremismus interessiert haben. Heute ist alles differenzierter. Die Autonomen Nationalisten kommen ja relativ cool und schick daher. Das erleichtert Frauen den Zugang.

Den Stereotyp des „Skingirls“ gibt es also nicht mehr?

Es ist heute tatsächlich viel schwieriger, eine rechtsextreme Frau auf der Straße zu erkennen als einen rechtsextremen Mann. Denn die Frauen kommen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten. Da gibt es zum Beispiel eine Frau Dr. Angelika Willig, die Chefredakteurin bei der Zeitschrift der Jungen Nationaldemokraten Sachsen, „Hier & Jetzt“, ist. Auch sonst haben sehr viele eine qualifizierte Berufsausbildung. Und genau darin sehe ich die Gefahr.

Die Gefahr, dass Rechtsextremismus gesellschaftsfähig wird?

Wenn man einer Frau ihre politische Einstellung nicht ansieht, kann sie sich in Elternräten, Vereinen und anderen kleineren sozialen Gremien natürlich leichter engagieren. Keiner denkt bei einer sozial kompetenten Frau daran, dass sie aus der rechten Szene kommen könnte. In einem rechtsextremen Internetforum habe ich gelesen, dass eine Frau anderen Müttern den Tipp gab, zunächst einmal eine soziale Beziehung in Elterngremien aufzubauen und erst später nationale Themen konkret anzusprechen. Auch in der Kinderbetreuung können verborgene nationale Inhalte auf spielerische Art und Weise vermittelt werden. Das ist sehr subtil.

Gibt es innerhalb der politisch aktiven rechten Szene eine klare Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau?

Durch die Konstruktion der rassistischen Volksgemeinschaft ergeben sich männliche und weibliche Bereiche. Die Themenschwerpunkte rechtsextrem aktiver Frauen liegen dabei nicht gerade in der Außenpolitik. Bildung, Erziehung und Kulturpflege stehen stärker im Vordergrund. Auffällig ist, dass für rechtsextreme Frauen der Rassismus gegenüber anderen Frauen ein wichtiges Thema ist. Das Bild der kopftuchtragenden Muslima stellt ein großes Feindbild dar.

Treten rechtsextreme Frauen auch gewaltsam in Erscheinung?

Der Frauenanteil an rechtsextremen Gewalttaten liegt bei nur etwa zehn Prozent. Dazu muss man aber sagen, dass Frauen ja insgesamt viel seltener die direkte körperliche Konfrontation suchen. Warum sollte das im Rechtsextremismus anders sein? Stattdessen setzen sie sich eher argumentativ dafür ein, dass zum Beispiel der Anteil nicht-deutscher Kinder in Kitas begrenzt werden soll.

Wird die Zahl politisch aktiver Frauen aus der rechtsextremen Szene weiter steigen?

Die Beantwortung einer solchen Frage kann nur im Spekulativen liegen. Ich schätze die weitere Entwicklung so ein, dass je „normaler“ und anschlussfähiger der Rechtsextremismus sich weiterhin darstellt, umso geringer wird die Hemmschwelle für Frauen sein, sich sichtbar im Rechtsextremismus zu engagieren.

(Andreas Glas)

Dr. Esther Lehnert ist Mitarbeiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr) in Berlin und Mitglied im Frauenforschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.



Amadeu-Antonio-Stiftung.de (Januar 2009)

**Harmlos nur auf den ersten Blick: rechtsextreme Frauen
Frauen in der rechtsextremen Szene – mit diesem Thema beschäftigte sich der zweite
Politische Salon des Projekts "Lola für Lulu - Frauen für Demokratie im Landkreis
Ludwigslust".**

Sie sehen wirklich nicht danach aus. Nahezu alle Frauen auf den Fotos machen einen ausgesprochen freundlichen und netten Eindruck. Sie könnten unsere Nachbarinnen sein, Arbeitskolleginnen, oder vielleicht Freundinnen aus dem Sportverein. Es sind sehr junge Frauen dabei, aber auch welche im mittleren und fortgeschrittenen Alter; gewiss haben sie teilweise sehr unterschiedliche Hobbies und Interessen. Aber alle haben sie eines gemeinsam: sie engagieren sich in der rechtsextremen Szene, sind in der NPD aktiv, oder in rechten Frauenorganisationen.

Dr. Esther Lehnert hat die Fotocollage rechtsextremer Frauen ganz bewusst an den Anfang ihres Vortrags gestellt, um deutlich zu machen: Genau in der vermeintlichen Harmlosigkeit und freundlich-unauffälligen Ausstrahlung dieser Frauen liegt ihre Stärke – und die große Gefahr, dass Demokraten sie übersehen oder unterschätzen. Esther Lehnert arbeitet in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin zum Thema "Gender und moderner Rechtsextremismus". Gemeinsam mit der Soziologin Johanna Sigl recherchiert sie seit vielen Jahren im Forschungsnetzwerk "Frauen und Rechtsextremismus". Beide berichteten am 22. Januar im Rahmen des zweiten Politischen Salons des Projektes „Lola für Lulu“ in Ludwigslust über die Erkenntnisse aus ihren langjährigen Forschungen. Eine dieser Erkenntnisse ist, dass rechtsextreme Frauen für die meisten Menschen als solche nicht erkennbar, also in gewisser Weise „unsichtbar“ sind. Nur wenige sind anhand äußerer Merkmale auf der Kleidung (z.B. der in neonazistischen Kreisen beliebten „Triskele“) zu entlarven.

Die rechtsextreme Szene hat sich in den letzten 20 Jahren stark gewandelt. Vorbei sind die Zeiten, als männliche Neonazis fast ausschließlich an Glatze und Springerstiefel erkennbar waren. Was die Frauen in der Szene betrifft, erschienen diese schon immer weit unauffälliger als ihre männlichen Mitstreiter. „Es gibt Fälle von Frauen, die jahrelang im sozialen Bereich in ihrem Ort aktiv waren, bevor sie durch Zufall entdeckt und als rechtsextrem geoutet wurden“, berichtet Dr. Esther Lehnert.

Engagiert im sozialen Bereich – und in der NPD

Der Frauenanteil in rechtsextremen Organisationen und Parteien ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen, und das ist kein Zufall: „Frauen sind außerordentlich wichtig für die rechte Szene, sie geben ihr ein sanfteres Gesicht“, weiß Esther Lehnert zu erzählen. Der Zuwachs an engagierten Rechtsextremistinnen ist Teil der neonazistischen Überlebensstrategie. Frauen schweißen die Szene zusammen, sie übernehmen häufig soziale Funktionen und fördern dadurch das bürgerliche Image rechtsextremer Parteien und Organisationen, auf das diese angewiesen sind, wenn sie in der Mitte der Gesellschaft punkten wollen. Lehnert betont, dass die Verankerung rechter Frauen in den Kommunen und Vereinen besonders gefährlich sei. Denn diese Frauen geben sich nicht von Anfang an als rechtsextrem zu erkennen, sondern halten lange Zeit mit ihrer politischen Einstellung hinter dem Berg, um Sympathien zu gewinnen. Ist ein Grundvertrauen erst einmal hergestellt, tun sich nicht wenige Menschen sehr schwer damit, eine geschätzte Kollegin aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene auszuschließen. „Die ist doch so nett und hilfsbereit, die kann doch gar nicht so schlimm sein“, heißt es dann oft.

Einige der Themen, mit denen sich rechtsextreme Frauen beschäftigen, sehen auf den ersten Blick harmlos aus, und auch demokratisch orientierte Menschen könnten sich gut damit identifizieren: Bildung und Erziehung, Gesundheit, Kultur. Doch auch deutsches Brauchtum, Mutterschaft und den „wehrhaften Opfermythos“ haben sich die neuen rechten Frauen auf die Fahnen geschrieben: „Das Konstrukt der ‚Volksgemeinschaft‘ dient als Basis“, so Lehnert. Wenn diese Frauen ihre Pflichten als Mütter und Ehefrauen, oder gar als „Hüterinnen der weißen Rasse“ propagieren, wird schnell klar, welchem politischen Spektrum sie angehören. Andere Themen, wie beispielsweise Kindesmissbrauch, werden auch von demokratischen Parteien aufgegriffen, die extreme Rechte dagegen schlachtet sie genüsslich aus und fordert für „Kinderschänder“ schon mal die Todesstrafe. Die NPD weiß um die Anschlussfähigkeit dieses Themas in der Mitte der Gesellschaft, und nicht zufällig sind es die Frauen, die es innerhalb der NPD besetzen.

Erstaunlich: Auch das eigentlich linke Thema „Gender Mainstreaming“ gewinnt in der rechtsextremen Szene zunehmend an Bedeutung - und das, obwohl es der neonazistischen Ideologie mit ihrer Betonung der Mutterpflichten deutlich widerspricht. „Die Gleichstellung der Geschlechter ist innerhalb der Szene ein geliebtes Hassthema, aber viele schreiben es sich auf die Fahnen“. Ein Widerspruch, mit dem die extreme Rechte sich arrangiert, so lange sie durch die Öffnung für bestimmte Themen viele neue Mitstreiterinnen ins Boot holen kann.

„Endlich hatte ich mal das Gefühl, wichtig zu sein“

Doch wie und aus welchen Gründen gelangen Mädchen und Frauen in diese Szene? Und welche Möglichkeiten gibt es, sie zum Ausstieg zu bewegen, oder noch besser: sie von vornherein für demokratische Alternativen zu gewinnen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Soziologin Johanna Sigl im Rahmen ihrer Examensarbeit. Sie hat sich ein Feld ausgesucht, das noch wenig beachtet ist, denn insgesamt wurde zur Ein- und Ausstiegsmotivation von rechtsextremen Frauen bislang kaum geforscht. Der geschlechtsspezifische Blick wird bei dem Thema häufig außer acht gelassen.

„Ich bin da so reingerutscht wegen meines Freundes“, sagen die einen. Andere wieder schwärmen davon, dass sie in der Szene „endlich mal ernst genommen“ wurden und das Gefühl bekamen, wichtig zu sein. Doch weder der Einstieg noch der Ausstieg passieren zufällig – immer kommen unterschiedliche Faktoren zusammen, die eng mit der eigenen Biografie und dem Lebensumfeld verwoben ist. Die Sozialwissenschaftlerin Michaela Köttig hat herausgefunden, dass mindestens drei Fäden zusammenlaufen müssen, damit ein Einstieg in die Neonazi-Szene begünstigt wird: Über die Verstrickungen der Familie in die NS-Zeit wird im Elternhaus nicht gesprochen; das Verhältnis zu den Eltern ist von Schwierigkeiten und Distanz geprägt; ein stützendes, außerfamiliäres (rechtsextremes) Umfeld ist vorhanden.

Prävention wirkt nur bei denjenigen, die auf der Kippe stehen

Ähnlich war es auch bei Anna (Name geändert). Das Verhältnis zu ihren Eltern war schon immer unterkühlt, weder Vater noch Mutter zeigten je ein großes Interesse ihrer Tochter gegenüber. Anna baute sich ein soziales Umfeld außerhalb der Familie auf und geriet auf diese Weise allmählich in lose Kameradschaftsstrukturen. In dieser Zeit begann sie auch, sich für die NPD zu engagieren. Keineswegs im Widerspruch zu diesen Aktivitäten stand ihr Freiwilliges Soziales Jahr, das sie bei der Lebenshilfe ableistete, danach machte sie eine Ausbildung zur Erzieherin. Durch zufällige Kontakte zu einer Recherchegruppe aus dem Antifa-Spektrum wuchsen schließlich erste Zweifel an ihren alten Freunden, was dazu führte, dass sie sich allmählich von der rechten Szene löste. Ganz gelungen sei ihr der Ausstieg jedoch keineswegs, so Johanna Sigl: „Zwar wird Anna offiziell als Aussteigerin bezeichnet, doch sie pendelt bis heute zwischen diesen beiden Szenen hin und her“.

Der Fall Anna macht denjenigen, die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus leisten, durchaus Mut. Denn wer von klein auf mit der rechtsextremen Ideologie aufwächst, lässt sich nur selten zur Umkehr bewegen. Je fester verankert diese Ideologie, desto schwieriger ist es, sich davon wieder zu lösen. Annas Vater ist politisch zwar als eher rechtskonservativ einzustufen, ihre Mutter ist jedoch in der SPD aktiv. Bei Anna's Einstieg spielte wohl eher die mangelnde Anerkennung zu Hause eine Rolle als politische Indoktrination im Elternhaus; innerhalb der Szene war sie eher Mitläuferin als Überzeugungstäterin. „Mitläufer machen einen großen Teil der rechten Szene aus“, so Esther Lehnert, „und genau deswegen müssen wir mit unseren Präventionsangeboten diejenigen Mädchen erreichen, die auf der Kippe stehen!“

(Jan Schwab)



RBB Stilbruch (29.01.2009)

Umstrittene Nachdrucke. Zeitzeugen

Mit einem Interview mit der MBR



die tageszeitung (18.02.2009)

**Nach Neonazi-Aufmarsch in Dresden: Rechtsextreme feiern “ihren Tag”
Drei Tage nach dem größten Neonazi-Aufmarsch seit 1945 ist die rechte Szene in
Triumphstimmung. In Dresden hofft sie, unter einfachen Bürgern Gehör zu finden.**

Drei Tage nach dem größten Aufmarsch von Neonazis in der deutschen Nachkriegsgeschichte zeigt sich die rechtsextreme Szene in Feierlaune: Der 14. Februar 2009, als 6.000 Menschen mit einem “Trauermarsch” durch Dresden zogen, war “ihr Tag”, darin wissen sich die Militanten aus den Kameradschaften mit NPD- und DVU-Leuten einig.

Es ist nicht allein die Rekordzahl, die Rechtsextremisten so verzückt. Wichtiger sei der Umstand, so verlautet die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, “dass das von linken Parteien, Spitzenpolitikern, Gewerkschaften und Kirchen getragene Bündnis ‘GehDenken’ seinen vollmundig verkündeten Vorsatz, den Zug der ‘Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland’ zu stoppen, trotz einer bundesweiten Mobilisierung nicht einmal ansatzweise wahrnehmen (...) konnte. Ihr Abgeordneter Jürgen Gansel spricht gar von einem “Schlag ins Gesicht der antideutschen Schuld- und Sühneprediger”.

Das Gefühl, an diesem Samstag den Kampf auf Dresdens Straßen gewonnen zu haben, wird nachwirken. Und möglicherweise wird auch das Gefühl der Einigkeit nachwirken, die Rechtsextremisten an diesem Tag zur Schau stellten: als der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und sein Herausforderer Andreas Molau gemeinsam lächelnd das Fronttransparent “Ehre, wem Ehre gebührt” trugen; auf der Abschlusskundgebung der NPD-Mann Holger Apfel, der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust und der ehemalige Wehrmachtsinspekteur Hajo Hermann sprachen; gescheiterte Burschenschafter und Bünde mit schwarz gekleideten “Autonomen Nationalisten” marschierten und junge Naziskinheads im klassischen Stil einträchtig neben biedereren älteren Herren und Damen und sogar Familien mit Kindern liefen.

Die Attraktivität, in Deutschland einen großen Marsch zu erleben, strahlt auch längst über die Grenzen hinaus. Teilnehmer und Redner kamen aus Österreich, der Slowakei, Spanien, Schweden und Tschechien – darunter viele Angehörige der in Tschechien verbotenen und besonders gewaltbereiten Neonaziorganisation Národní Odpor.

Friedemann Bringt vom Kulturbüro Sachsen, das an der Organisation der Gegenkundgebung maßgeblich beteiligt war, hat beobachtet, dass die Teilnehmer über das übliche rechtsextreme Spektrum hinausgingen. Neben verschiedenen Abteilungen der NPD, der DVU und freier Kameradschaften habe er Angehörige der Dresdner Burschenschaftsszene und Mitglieder von Vertriebenenverbände beobachtet. Das sei im Vergleich zu früher, als es eher eine einheitliche Szene gewesen sei, “eine qualitative Veränderung”.

Bianca Klose von der Berliner Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus hingegen meint, dass die Landsmannschaften und Burschenschaften nur an den Transparenten zu erkennen gewesen seien. Eine nennenswerte Zahl ausländischer Neonazis hat sie ebenfalls nicht beobachtet. Die “Füllmasse” hätten “stramme Neonazis” aus dem gesamten Bundesgebiet gebildet. Allerdings seien alle Altersgruppen vertreten gewesen, auch viele Altnazis. Auffällig fand sie, dass der Block der “Autonomen Nationalisten”, ein besonders gewaltbereites Spektrum, großen Zulauf hatte.

Unzweifelhaft ist jedenfalls, dass es den Organisatoren um die Junge Landsmannschaft Ostpreußen – ehemals die Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen, die sich von ihr vor drei Jahren wegen ihrer extremen Rechtslastigkeit trennte – diesmal gelungen ist,

die in Dresden seit zehn Jahren stattfindende Demonstration zum “zentralen Marsch” des Jahres zu machen und ihn schon Monate im Voraus in der Szene zu bewerben.

Doch Dresden ist für die Neonazis nicht irgendein Großevent. Besonders attraktiv an diesem Termin ist, dass der Opferkult um Dresden nicht nur Konsens innerhalb der extremen Rechten ist, sondern auch Berührungspunkte bis in das bürgerlich-rechtskonservative Lager hinein bietet. Die Rede vom “Bombenholocaust”, wie vor vier Jahren der Vorsitzende der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Holger Apfel, die Luftangriffe titulierte, ist der Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren und zugleich an Stimmungen und Meinungen in der Mitte der Gesellschaft anzuknüpfen.

Gerade in Dresden hoffen die Rechtsextremisten, auch außerhalb ihrer üblichen Klientel, unter einfachen Bürgern Gehör zu finden. Der jährliche schwarz-braune Marsch setzt auf einen doppelten Mythos der Stadt, der zwischen Selbstverklärung und Selbstmitleid schwebt. Da ist einerseits das Selbstbild einer Stadt der Schönheit und des Geistes, das auf die vom sächsischen Kurfürst August geprägte Vision vom städtischen Gesamtkunstwerk und Herders Wendung vom “deutschen Florenz” zurückgeht und bis heute geradezu autistische Züge trägt. Da ist zum anderen die Bombardierung der Stadt im Februar 1945, die schon in den letzten Kriegsmonaten von der NS-Propaganda als eine singuläre Untat dargestellt wurde.

Dieser Tenor schwang auch in der Gedenkpolitik der DDR mit, wenngleich stets der mahnende Charakter “Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!” als Schlussfolgerung im Vordergrund stand. Das Zerstörungstrauma in Verbindung mit einer gewissen Verliebtheit der Dresdner in ihre Opferrolle nährte über Jahrzehnte einen latenten Zorn über Engländer und Amerikaner. Zudem wurde Dresden zu einer Chiffre für Kriegsgräuere schlechthin. Der 13. Februar sei eines der Daten, “die einen festen Platz im kanonisierten Jahreslauf des Gedenkens in Deutschland und Europa einnehmen”, schreibt Matthias Neutzner, Vorsitzender der “IG 13. Februar” in Dresden.

An diesem Punkt setzen die Neonazis an. Der Angriff auf Dresden wird zu einem generellen Angriff auf die deutsche Kultur, zum “deutschen Hiroshima”, so eine Banderole im “Trauermarsch”. Mit nach oben getriebenen Opferzahlen wird zynisch an das Schmerzempfinden der Dresdner appelliert.

Doch die Generation derer, die ohne jeden historischen Kontext einen rein subjektiven Opferkult pflegen wollen, schwindet. In der Stadt gewinnt eine aufgeklärte akademische Elite Raum, und viele Jugendliche verstehen Dresden als eine unter vielen schönen Städten. Sie nehmen auch die Zerstörungsfolgen weniger wahr. Eine Neonazihochburg ist die Stadt nicht. Und dass sich Dresdner Bürger, die sich im offiziellen Gedenken nicht wiederfanden und sich spontan dem Geisterzug der Neonazis anschlossen, konnte man vor ein paar Jahren noch häufiger beobachten als heute.

Stattdessen wächst der Frust über die Instrumentalisierung des Gedenktages. Und leider sieht eine wachsende Zahl von Dresdnern auch im “GehDenken” der Demokraten eine Instrumentalisierung. Viele verreisen extra an diesem Wochenende. Diese Stimmung dürfte dazu beigetragen haben, dass die Gegenveranstaltung kaum besser besucht war als der Naziaufmarsch.

Diese Tendenz werden Politiker beachten müssen, wenn sie sich jetzt schon über die Gestaltung des 65. Jahrestages streiten, der 2010 bevorsteht. Die Debatte darüber ist schon entbrannt: Der Neonaziaufmarsch soll künftig verboten werden, fordert die Linke, während der Zentralrat der Juden die CDU und die FDP dazu auffordert, die Gegendemonstration zu unterstützen – auf dass die Neonazis im kommenden Jahr nicht wieder einen Doppelerfolg feiern können.

(A. Speit, F. Lee, M. Bartsch)



Endstation Rechts (04.03.2009)

NPD-Bundesparteitag offenbar in Berlin

Wie die „taz“ berichtet, will die NPD ihren für Anfang April geplanten Bundesparteitag zum zweiten Mal in Berlin abhalten.

Die Reinickendorfer Bezirksstadträtin Katrin Schultze-Berndt (CDU) bestätigte entsprechende Raumanfragen gegenüber der „taz“. Für den 4. und 11. April habe die NPD jeweils zwei Räume beantragt, einmal im Rathaus Reinickendorf und im Fontane-Haus im Märkischen Viertel. Dort hätte die Partei bereits 2006 ihren Parteitag abgehalten.

In Berlin gestalte es sich als schwierig, der NPD die Räume zu versagen. Ausgebucht, wie in Erfurt, sind die Räumlichkeiten nicht und einen Beschluss der alle Parteiveranstaltungen untersagt, wie in Zwickau, existiert ebenfalls nicht. Dennoch wolle der Bezirk alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, den Parteitag zu verhindern. „Wir befürchten aber, dass wir am Ende, wie schon 2006, vom Gericht gezwungen werden, der NPD den Raum zu vermieten“, sagt Schultze-Berndt.

Annika Eckel von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ rät einen speziellen Mietvertrag zu nutzen. Es gebe die Möglichkeit, mit Klauseln im Vertrag den Spielraum der NPD einzuschränken. In dem Mietvertrag müssten sich die Mieter verpflichten, keine rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Äußerung in den Räumlichkeiten zu machen. Ein Mitarbeiter des Bezirks dürfe die Einhaltung des Vertrages *überwachen*.

(Claudia Naujoks)



die tageszeitung (04.03.2009)

Rechtsextreme stehen auf Reinickendorf

Zum zweiten Mal will die NPD ihren Bundesparteitag in Berlin abhalten. Ein spezieller Mietvertrag soll die Partei dieses Mal in die Schranken weisen.

Die rechtsextreme NPD will ihren Bundesparteitag Anfang April in Berlin abhalten. Entsprechende Raumanfragen bestätigte die Reinickendorfer Bezirksstadträtin Katrin Schultze-Berndt (CDU) am Dienstag der taz. Demnach hat die Partei für den 4. und 11. April jeweils zwei Räume beantragt: im Rathaus Reinickendorf und im Fontane-Haus im Märkischen Viertel, in dem die NPD bereits im November 2006 ihren Bundesparteitag abhielt. Damals war erst in der Nacht zuvor der endgültige Veranstaltungsort bekannt geworden. Von den erwarteten 2.000 Gegendemonstranten erschienen weniger als 600.

Berlin scheint für die NPD der letzte Ausweg zu sein. In den letzten Wochen hatte die Partei in Zwickau und Erfurt Absagen kassiert. In Zwickau hatte die Stadt kurzerhand beschlossen, Parteien im Jahr 2009 ihre Stadthalle grundsätzlich nicht zur Verfügung zu stellen. In Erfurt berief sich der Oberbürgermeister darauf, dass die Halle bereits ausgebucht sei.

Diese beiden Möglichkeiten, der NPD die Räume zu verwehren, kommen in Reinickendorf nicht infrage. Ausgebucht sind die Räume nicht. Einen Beschluss alle Parteiveranstaltungen zu untersagen gibt es ebenfalls nicht. Rechtsextremismusexperten raten davon auch ab. "Es ist nicht sinnvoll, politikfreie Räume zu schaffen", sagt Annika Eckel von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr). Es gehe nicht darum, alle Parteien auszuschließen, sondern nur Rechtsextremisten.

Trotzdem will der Bezirk rechtlich alles versuchen, das Neonazi-Treffen zu verhindern. "Wir befürchten aber, dass wir am Ende, wie schon 2006, vom Gericht gezwungen werden, der NPD den Raum zu vermieten", sagt Schultze-Berndt. Anke Petters, Reinickendorfer Fraktionsvorsitzende der Grünen, findet es "entsetzlich, dass die NPD das erneut bei uns versucht". Notfalls müsse man wieder in einem demokratischen Bündnis protestieren.

"Das Problem ist, dass die NPD nicht verboten ist", erklärt Eckel. Als Partei gelte auch für sie das Parteiengesetz zur Gleichbehandlung. Darauf beruft sich die NPD regelmäßig, wenn sie sich in staatliche Räume einklagt. Eckel steht mit dem Bezirk im Kontakt und rät, einen speziellen Mietvertrag zu nutzen. "Es gibt die Möglichkeit, mit Klauseln im Vertrag den Spielraum der NPD extrem einzuschränken." Im vorigen Jahr wurde bei einer NPD-Veranstaltung in Treptow-Köpenick erstmals ein Mustermietvertrag vom mbr genutzt. Darin müssen sich die Mieter verpflichten, keine rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen in der Halle zu machen. Ein Mitarbeiter des Bezirks darf die Einhaltung des Vertrages überwachen.

Sascha Braun, Fraktionsvorsitzender der SPD Reinickendorf, hat sich 2006 im Saal den Büchertisch der NPD angesehen. "Ich war entsetzt über die offen rassistischen und antidemokratischen Inhalte." Dieses Jahr soll alles anders werden. "Wenn der Vertrag nicht eingehalten wird, muss das Ganze sofort abgebrochen werden", fordert Braun.

(Johannes Radke)



Berliner Zeitung (05.03.2009)

**Platzverweis für Rechtsextreme
Reinickendorf überlässt der NPD keine Räume für ihren Bundesparteitag und will es auf einen Rechtsstreit ankommen lassen**

Der Bezirk Reinickendorf will den für Anfang April geplanten NPD-Bundesparteitag verhindern. "Freiwillig werden wir die Räume nicht an die rechtsextreme Partei vermieten", sagte gestern Bürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU). Der Bezirk werde es auch auf einen Rechtsstreit ankommen lassen, wie schon im November 2006. Damals hatte ein Gericht einer Klage der NPD stattgegeben und den Bezirk verpflichtet, das Fontane-Haus im Märkischen Viertel der Partei zur Verfügung zu stellen. Die Richter begründeten das mit dem Gleichbehandlungsgebot für alle Parteien.

In der vergangenen Woche hat die NPD für die ersten beiden April-Wochenenden beim Bezirksamt Anfragen für den Ernst-Reuter-Saal am Rathaus sowie für das Fontane-Haus gestellt. Sie erwartet auf dem Parteitag 600 Delegierte und Gäste. Die NPD sicherte sich die Räume mit Hilfe eines Strohmannes, der die Termine reserviert hatte. Laut Wanjura will die NPD ins Fontane-Haus. "Wir sehen die Sicherheit der Menschen im Märkischen Viertel gefährdet", sagt Wanjura. Man werde daher nichts unversucht lassen, der NPD die Räume zu verweigern. Sie befürchtet aber, dass die NPD erneut vor Gericht zieht.

Das schreckt den Bezirk nicht. Schon 2007 hatte das Bezirksparlament beschlossen, keine Räume mehr an die "NPD oder ihre Vorfeldorganisation" zu vermieten, um kein "Aufmarschfeld der NPD zu sein". SPD-Fraktionschef Sascha Braun sagt, es sei "unerträglich", dass die NPD erneut einen Parteitag in Reinickendorf abhalten wolle. Gemeinsam mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus hat der Bezirk einen Mustermietvertrag entwickelt. Darin sollen der NPD rassistische und antisemitische Äußerungen auf dem Parteitag untersagt werden. Der Bezirk soll das Recht haben, die Einhaltung zu überwachen und bei Verstoß den Parteitag abubrechen. "Wir werden es der NPD so schwer wie möglich machen und ihr so auf die Füße treten, dass ihr die Lust auf Reinickendorf vergeht", so Braun.

(Uwe Aulich)



die tageszeitung (06.03.2009)

Kiez bekämpft rechtes Einkaufsparadies

Bürger und Politiker wollen ein neues Geschäft, das die bei Nazis beliebte Modemarke "Thor Steinar" verkauft, nicht im Bezirk dulden. Polizei schützt den Laden vor Steinwürfen und Farbbeuteln

Farbbeutel und Steine von den Autonomen, friedlicher Protest von Anwohnern und Politikern. Wenige Tage nach der Eröffnung des Ladens "Tromsø" in der Petersburger Straße in Friedrichshain herrscht rund um das Frankfurter Tor Ausnahmezustand. Tag und Nacht sichern Polizisten in Uniform und zivil das umstrittene Geschäft, das Kleidung der bei Neonazis beliebten Marke "Thor Steinar" anbietet. Im Halbstundentakt fahren Streifenwagen vorbei. "Nazi-Scum fuck off" ist an die Hauswand gesprüht, das große Schaufenster durch Steinwürfe gesplittert. Für Samstag ruft ein breites Bündnis von Antifa, SPD, Grüne, Linke und Anwohnern zur Demo gegen den Laden auf.

Warum ausgerechnet im Szenebezirk Friedrichshain ein solches Geschäft eröffnet, versteht niemand. "Vielleicht geht es einfach darum, den Mythos vom links-alternativen Friedrichshain zu brechen", sagt Maik Baumgärtner von der Initiative gegen rechts. Die Bürgerinitiative koordiniert die Proteste - unterstützt vom Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne). "Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, damit dieser Laden schließt", so Schulz zur taz. Ob dem Vermieter bekannt ist, was für eine Firma er sich ins Haus geholt hat, konnte der Bezirk noch nicht herausfinden. In den nächsten Tagen soll es ein Gespräch mit der Hausverwaltung geben.

Matthias Müller von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus kann die Sorgen der Anwohner verstehen. "Das Geschäft zieht eine entsprechende Klientel an, wodurch natürlich die Gefahr für potenzielle Opfergruppen rechtsextremer Gewalt erhöht wird." Besonders wütend sind die Anwohner, weil "Thor Steinar" sich ausgerechnet ein Haus ausgesucht hat, in dem sich während der Zeit des Nationalsozialismus ein Folterkeller der SA befand. Im berüchtigten "Keglerheim" wurden hunderte Gegner der Nationalsozialisten gefoltert und ermordet.

2008 bekräftigte der brandenburgische Verfassungsschutz, Rechtsextremisten sehen in der Marke "Thor Steinar" ein "identitätsstiftendes Erkennungszeichen". Im Gegensatz zu Marken wie "Lonsdale" oder "Fred Perry", die es ursprünglich nur in normalen Sportgeschäften gab und langsam von der Nazi-Szene vereinnahmt wurden, verhält es sich bei "Thor Steinar" andersherum. Die Marke hat es allmählich geschafft, nicht mehr nur in einschlägigen Nazi-Läden verkauft zu werden, sondern auch in nichtrechten Geschäften.

Die Bewohner der norwegischen Stadt Tromsø sind entsetzt über die Vereinnahmung ihres Ortsnamens. Einer Lokalzeitung sagte Bürgermeister Aril Hausberg: "Es ist fürchterlich, dass Tromsø mit Neonazis und Rechtsextremismus auf so eine Art und Weise in Verbindung gebracht wird." Er Sorge sich um den Ruf der Stadt im Ausland. "Die Frage der Nutzung der norwegischen Flagge und Städtenamen durch 'Thor Steinar' betrachten wir als ernst", sagte der Gesandte der norwegischen Botschaft in Berlin, Dag Stangnes, der taz. Man prüfe in Absprache mit dem Außenministerium in Oslo rechtliche Möglichkeiten, dagegen vorzugehen.

Tromsø ist nicht der erste Laden in Friedrichshain, der die umstrittene Marke verkauft. Erst im November letzten Jahres gab es eine Räumungsklage gegen das Sportgeschäft Doorbreaker im Friedrichshainer Ringcenter, das ebenfalls "Thor Steinar"-Klamotten im Angebot hat. Umso größer ist jetzt die Wut über Tromsø. Lars Laumeyer, Sprecher der

Antifaschistischen Linken Berlin, lässt keinen Zweifel daran, welche Protestformen er für sinnvoll hält. "Gegen dieses Geschäft ist uns jedes Mittel recht. Wer meint, einen ‚Thor Steinar‘-Laden in Friedrichshain eröffnen zu können, muss sich über kaputte Scheiben nicht wundern."

Inzwischen gibt es kaum eine Straße in Friedrichshain, in der nicht Plakate gegen den Laden geklebt sind. "Unser Kiez bleibt Nazi-frei! Weg mit der Nazi-Marke Thor Steinar" ist darauf zu lesen. Darunter eine Faust, die das Markenlogo zerschlägt. Für den heutigen Freitagvormittag haben Bewohner des Nachbarhauses von Tromsø eine Plakatieraktion angekündigt. Sie wollen zeigen, dass sie sich von der "Thor Steinar"-Kundschaft nicht einschüchtern lassen werden.

(Johannes Radke)



Der Tagesspiegel (11.03.2009)

Union blockiert die NPD

Die CDU in Steglitz-Zehlendorf legt sich mit der NPD an. Sie mietet einen Seniorentreff in Lankwitz an. Dort wollten am Sonnabend die Rechtsextremen tagen

Die CDU in Steglitz-Zehlendorf legt sich mit der NPD an. Der für Sonnabend in der Seniorenfreizeitstätte „Club Lankwitz“ geplante Landesparteitag der Rechtsextremisten, die ihre Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl nominieren wollen, wird von den Christdemokraten blockiert. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, Torsten Hippe, hat die Räume für eine ganztägige Klausurtagung gemietet, bei der unter anderem über Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gesprochen werden soll.

Hippe kam zum Zuge, weil der NPD einige Bedingungen des Bezirksamts für die Vermietung der Freizeitstätte in der Gallwitzallee nicht passten. In dem Raumnutzungsvertrag stand die Klausel, der Mieter sei nicht berechtigt, die Räume „zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremes, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut dargestellt und/oder verbreitet wird“. Das betrifft nicht nur die mietende Partei, sondern auch ihre Mitglieder und sonstige Besucher der Veranstaltung. NPD-Landeschef Jörg Hähnel antwortete in einem Schreiben, der Vertrag enthalte „sittenwidrige Bestimmungen“ und werde „nur unter Vorbehalt“ unterzeichnet. Das Bezirksamt reagierte prompt. Die NPD bekam mitgeteilt, dass sich der Vertrag erledigt hat. „Unsere Bedingungen sind nicht verhandelbar“, sagte Bezirksstadtrat Norbert Schmidt (CDU) am Dienstag dem Tagesspiegel. Da die Seniorenfreizeitstätte wieder frei war, konnte Torsten Hippe sie nun für die Tagung seiner Fraktion am Sonnabend buchen. „Davon lasse ich mich nicht abbringen“, sagte Hippe. Sollte die NPD beim Verwaltungsgericht ihre Ansprüche durchsetzen, „dann werden wir auch rechtliche Schritte einleiten“.

Die NPD, die schon zweimal im „Club Lankwitz“ Versammlungen abgehalten hat, will nun das Verwaltungsgericht anrufen. Sollten die Richter dem Bezirksamt recht geben, könnte die NPD den Parteitag allerdings auch in ihrer Bundeszentrale in Köpenick veranstalten, deutete Hähnel an. Dorthin musste die NPD bereits mit dem Landesparteitag 2008 ausweichen. Hähnel äußerte gegenüber dem Tagesspiegel den Verdacht, die Mietklausel des Bezirksamts sei das Werk der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)“, die vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. Die MBR hatte 2008 eine 60-seitige Broschüre mit dem Titel „Handlungsräume“ erstellt, in der Hinweise zum „Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen“ gegeben werden – bis hin zu einem „Muster-Raumnutzungsvertrag“.

Sollte die NPD den Streit um die Räume für den Parteitag verlieren, dürfte sich die Stimmung bei den Rechtsextremen weiter verschlechtern. Der Landesverband steckt in einer Krise, Hähnel kann sich nur mit Mühe gegen seine Widersacher behaupten. In diesem Jahr hat die Partei bereits mehrere Mitglieder verloren, darunter den bisherigen Vizechef, Hans-Joachim Henry. Die Kreisvorsitzende in Marzahn-Hellersdorf, Gesine Hennrich, eine Anhängerin Henrys, verließ die Partei nach einer „Porno-Affäre“. Als im Internet ein Foto der Funktionärin in halb nackter Verrenkung auftauchte, setzte Hähnel sie unter Druck. Hennrich ging, ihre Fans folgten. Sicherheitsexperten sprechen von insgesamt 30 Abtrünnigen. Die Berliner NPD sei auf etwa 260 Mitglieder geschrumpft. Hähnel dementiert trotz: „Es sind 300.“

(Frank Jansen)



die tageszeitung (12.03.2009)

NPD will Recht auf Rassismus

Der Einsatz einer „antifaschistischen Mietklausel“ gegen den für Samstag geplanten NPD-Landesparteitag wird von Grünen bis CDU bejubelt. Nur Innensenator Körting sieht darin „Probleme der Parteienfreiheit“. Die NPD klagt jetzt gegen die Klausel

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat Bauchschmerzen mit der antifaschistischen Mietklausel, mit der der Bezirk Steglitz-Zehlendorf den NPD-Landesparteitag am Samstag verhindern will. „Das ist unter dem Gesichtspunkt der Parteienfreiheit nicht unproblematisch“, sagte Körting am Mittwoch im Ausschuss für Verfassungsschutz des Abgeordnetenhauses. Die NPD hatte vom Bezirk verlangt, ihr den Raum in einem Seniorenheim in Lankwitz zu vermieten. Der Bezirk hatte darauf einen Mietvertrag vorgelegt, der rassistische und antidemokratische Äußerungen untersagt. Die NPD verweigerte die Unterschrift, kurz darauf buchte die örtliche CDU den Raum für Samstag. Der NPD-Landeschef Jörg Hähnel hält den Vertrag für „eine sittenwidrige Form von Meinungsdictatur“; seine Partei klagte dagegen, sagte er der taz. Das Ziel ist, dass die NPD die Räume erhält, ohne eine solche Klausel unterschreiben zu müssen.

Körting schloss einen Erfolg der NPD vor Gericht nicht aus. Parteien seien durch das Grundgesetz gegenüber normalen Vereinen bevorzugt, so der Innensenator: Sie müssten gleich behandelt werden. Körting: „Wenn ich einer rechtsextremen Partei einen Vertrag anbiete, in dem es heißt, sie dürfe aber nicht rechtsextremistisch sein, dann biete ich ihr faktisch gar keinen Vertrag an.“ Nur das Verfassungsgericht dürfe eine Partei verbieten. Er sei „skeptisch, ob man das über die Hintertür machen sollte“, und plädierte dagegen erneut für ein formales Verbotverfahren „mit offenem Visier“.

Andreas Gram, der verfassungsschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, begrüßte dagegen die Strategie der Steglitz-Zehlendorfer. „Ich bin für ein offensives Vorgehen, auch auf die Gefahr hin, sich eine Klatsche vor Gericht einzuhandeln.“ Er rief die Richter dazu auf, die NPD nach anderen Maßstäben zu behandeln als andere Parteien: „Auch in der Justiz muss gesehen werden, dass es einen Unterschied zwischen demokratischen und undemokratischen Parteien gibt.“ Auch Dirk Behrendt, rechtspolitischer Grünen-Sprecher, lobte: „Das sollte Schule machen, dass auch andere Bezirke über solche Verträge versuchen, die NPD herauszuhalten.“

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), das den Mietvertrag für Steglitz-Zehlendorf mitentworfen hatte, hält es für entlarvend, dass die NPD verfassungsfeindliche Äußerungen auf ihrem Parteitag nicht ausschließen will. „Scheinbar sind diese Positionen weiter integraler Bestandteil ihrer Ideologie und ihrer internen Mobilisierung“, so Ulf Bünermann. Künftig soll nun der NPD überbezirklich die Raumsuche erschwert werden. „Wir brauchen eine landesweite Lösung im Rat der Bürgermeister“, forderte die Linkspartei-Abgeordnete Evrim Baba. Tom Schreiber (SPD) pflichtete ihr bei: „Das ist überfällig, wenn wir nicht wollen, dass die NPD in einer Karawane von Bezirk zu Bezirk zieht, um Räume anzumieten.“ Reinickendorfs Bürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU) erklärte, dieses Thema im Rat der Bürgermeister ansprechen zu wollen. Wanjura selbst hat mit NPD-Raumanfragen in ihrem Bezirk zu kämpfen. Dort möchten die Rechtsextremen Anfang April ihren Bundesparteitag abhalten. „Wir werden alles unternehmen, das zu verhindern“, so die Bürgermeisterin. Der Bezirk habe festgelegt, seine öffentlichen Räume nur noch an die Kreisverbände der Parteien zu vermieten. Diese Taktik könnte aufgehen (siehe Interview). Für die NPD wird es immer mehr zum Krampf, Räume zu finden. Für Samstag habe man Ausweichvarianten, hieß es. Allerdings: Im vergangenen Jahr musste die NPD ihren Parteitag mangels Alternativen in ihrer Parteizentrale abhalten.

(Konrad Litschko und Sebastian Heiser)



Berliner Zeitung (14.03.2009)

**NPD scheitert vor Gericht gegen Bezirk
Partei muss neue Räume für Landesparteitag suchen**

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf muss der rechtsextremen NPD keine Räume für ihren Landesparteitag an diesem Sonnabend zur Verfügung stellen. Mit dieser Entscheidung hat das Verwaltungsgericht am Freitag einen Eilantrag der NPD abgelehnt. Die NPD wollte in der Seniorenfreizeitstätte Gallwitzallee 53 in Lankwitz ihren Landesparteitag abhalten. Bereits zwei Mal hatten die Rechten die Räume gemietet, zuletzt im Juli 2008. Jedes Mal sah der Bezirk keine Handhabe, der NPD die Räume zu verweigern. Der Grund: Alle zugelassenen Parteien haben das Recht, kommunale Räume zu nutzen. Aus diesem Grund war bereits im November 2006 der Bezirk Reinickendorf von einem Gericht verpflichtet worden, Räume an die NPD zu vermieten.

Nun aber hatte Steglitz-Zehlendorf im Vertrag verfügt, dass die Veranstaltung keine "rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder antidemokratischen" Inhalte haben dürfe. Als die NPD den Vertrag deshalb nur unter Vorbehalt unterzeichnete, sah der Bezirk den Mietvertrag als nicht geschlossen an und vermietete die Räume kurzerhand an die CDU.

Die geübte Praxis sei rechtlich "nicht zu beanstanden", erklärte das Verwaltungsgericht. Der Bezirk könne die Vermietung seiner Räume davon abhängig machen, "ob diese für verfassungsfeindliche Zwecke genutzt würden". Norbert Schmidt, CDU-Sozialstadtrat in Steglitz-Zehlendorf, zeigte sich erfreut über das Urteil. "Damit hat erstmals ein Bezirk die NPD aus seinen Räumen ferngehalten", sagte er. Zufrieden äußerte sich auch Annika Eckel vom Mobilen Beratungsbüro gegen Rechtsextremismus, das die Bezirke bei der Formulierung entsprechender Verträge unterstützt. "Solche Verträge sind ein Modell für die Zukunft", sagte sie. Das Thema stehe auch beim nächsten Treffen der Bezirksbürgermeister auf der Tagesordnung.

Ob die NPD vor dem Oberverwaltungsgericht Widerspruch gegen das Gerichtsurteil einlegen wird, war zunächst unklar – ebenso, wo der Landesparteitag stattfinden soll. Die NPD war am Freitagnachmittag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

(Claudia Fuchs)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (14.03.2009)

»Die NPD ist nicht demokratisch«

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) über den Zustand des Landesverbandes

Annika Eckel ist Mitarbeiterin der MBR. Über die Berliner NPD, die am Samstag ihren Landesparteitag in der NPD-Bundeszentrale in Köpenick abhalten will, sprach mit ihr ND-Redakteur Martin Kröger. Gegenkundgebung: 12 Uhr, Mandrellaplatz, Köpenick.

ND: In diesen Tagen gab es wie so oft einen riesigen Hickhack um einen NPD-Landesparteitag. Die Publicity um Räume, Klagen, Verträge beschert den Rechten ein großes Medienecho. Wäre es nicht besser, die Versammlung einfach irgendwo stattfinden zu lassen?

Eckel: Es ist sehr wichtig, dass die Bezirke ihre Möglichkeiten nutzen, der NPD Räume zu verwehren und dass auch private Vermieter dies tun, denn die NPD ist keine normale Partei. Die NPD kann natürlich immer in ihre Bundeszentrale in Köpenick ausweichen. Wir finden außerdem, dass es wichtig ist, solche Parteitage mit einer kritischen Öffentlichkeit zu begleiten. Und in diesem Rahmen immer wieder deutlich zu machen, wo Positionen, Ideologie und Programm der NPD eben nicht mit demokratischen und menschenrechtsorientierten Werten vereinbar sind.

In dem Mustermietvertrag der MBR ist das Verbot, sich »rechtsextrem, rassistisch oder antisemitisch« zu äußern oder darzustellen, enthalten. Gerichtlich wurden diese Formulierungen gestern bestätigt. Ist es aber nicht doch ein bisschen abwegig, der NPD zu sagen, ihr dürft nicht NPD sein, wenn ihr euch in solchen Räumen versammelt?

Wir begrüßen die inhaltliche Positionierung des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf durch die Anwendung der Klausel aus unserem Mustermietvertrag. Sie sagen nämlich, wir dulden in diesen Räumen keine diskriminierenden, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen. Zudem wird dieser Vertrag allen Vereinen und auch anderen Parteien vorgelegt, die Räume anmieten. Also da muss sich die NPD fügen, da müssen sich aber auch alle anderen dran halten. Damit ist dem Gleichbehandlungsgrundsatz Genüge getan.

Aber nicht alle Bezirksämter verfahren nach dem selben Prinzip.

Unser Mustermietvertrag wird zur Zeit im Rat der Bürgermeister besprochen, um zu schauen, wie ein gemeinsames Vorgehen in Berlin aussehen kann. An diesem Prozess sind natürlich auch Juristen beteiligt.

In der lokalen NPD tobte in letzter Zeit der Machtkampf. Die aktivsten Mitglieder sind ausgetreten. Wie wichtig ist der Landesparteitag für die Rechtsextremen?

Die Versammlung ist relevant, um sich wieder zu konsolidieren und bestimmte Entscheidungen im Hinblick auf das Superwahljahr zu treffen. Der Landesparteitag dient sicher auch zur Vorbereitung auf den bevorstehenden Bundesparteitag. Dem NPD-Landesvorsitzenden Jörg Hähnel dürfte viel darin gelegen sein, Ruhe in die Partei zu bringen.

Was ihm bisher misslang. Als zentraler rechtsextremer Akteur hat die NPD entscheidend an Schlagkraft eingebüßt – das meint jedenfalls der Verfassungsschutz.

Aus unserer Sicht ist es noch zu früh abzuschätzen, ob die NPD ihre Schlagkraft als zentrale Kraft im Rechtsextremismus eingebüßt hat. Natürlich sind viele Mitglieder aus den zwei aktivsten und mitgliederstärksten Kreisverbänden ausgetreten. Es ist aber fraglich, ob es den Ausgetretenen gelingt, eine eigene Wirkungskraft zu entfalten. Zur Zeit gibt es mehrere Organisationsversuche, die aber kein eigenes inhaltliches Profil haben, sondern sehr auf die Abspaltung von der NPD fixiert sind.

In diesem Zusammenhang fällt der Name des sächsischen Freien Nationalen Bündnisses (FNB) .

Auch an dieser Stelle muss man abwarten. Wenn man den Äußerungen auf rechtsextremen Internetseiten Glauben schenken darf, ist das FNB für Menschen zum Sammelbecken geworden, die von der NPD enttäuscht sind. Das FNB sagt selber, sie wollen eine Alternative für, wie sie sagen, Kameraden sein, die aus der NPD verstoßen werden oder für die, die wegen der »Verbonzung« austreten. Von den Berliner Ex-NPD-Mitgliedern Hans-Joachim Henry und Gesine Hennrich gibt es dafür Zuspruch. Es gab ein Treffen mit dem FNB in Berlin und es sollen zwei Regionalgruppen gegründet werden.

Was bedeutet die Spaltung für den Kampf gegen Rechts?

Es ist wichtig, die NPD nicht nur als parteiförmigen Teil des Rechtsextremismus in den Blick zu nehmen. Die NPD hat sich in den letzten Jahren zu einer Bewegungspartei und einer Weltanschauungsgemeinschaft entwickelt. Und das, was die NPD zum Teil vertritt, sind Meinungen, die weit bis in die Mitte der Gesellschaft mitgetragen werden. Das muss man bei der Auseinandersetzung immer bedenken.

Infos: www.mbr-berlin.de



die tageszeitung (14.03.2009)

Partei ohne Raum

Die NPD verliert vor dem Verwaltungsgericht: Bezirk muss keine Räume für Parteitag vermieten. Der könnte jetzt in der Parteizentrale stattfinden. Antifaschistische Gruppen rufen zur Protestdemo auf

Die NPD darf ihren Landesparteitag an diesem Samstag nicht im Seniorenzentrum in Lankwitz abhalten. Das Berliner Verwaltungsgericht entschied am Freitag in einem Eilverfahren, dass das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf rechtmäßig gehandelt habe, als es die Räume an die CDU-Fraktion des Bezirks vermietet habe. Man werde kurzfristig keinen Einspruch gegen das Urteil beim Oberverwaltungsgericht einlegen, sagt Stephan Lux von der NPD, „wegen der Kosten und weil es einfach zu spät ist.“

Die Rechtsextremen hatten in einem Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht gegen den Mietvertrag des Bezirksamts geklagt. In dem Dokument hieß es, der Mieter dürfe keine Veranstaltung durchführen, in denen rechtsextremes, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut geäußert werde. Die NPD verweigerte die Unterschrift, kurz darauf buchte die örtliche CDU den Raum für Samstag.

„Politische Parteien können lediglich eine Gleichbehandlung bei der Raumvergabe verlangen“, heißt es in dem Gerichtsentscheid weiter. Die geübte Praxis des Bezirksamts sei nicht zu beanstanden. Außerdem seien die Räume mittlerweile ohnehin vergeben – woran rechtlich ebenfalls nicht zu rütteln sei.

Der NPD-Landeschef Jörg Hähnel hatte jüngst erklärt, er halte den angebotenen Mietvertrag für „eine sittenwidrige Form von Meinungsdictatur“. Die NPD müsse die Räume erhalten, ohne eine solche Klausel zu unterschreiben.

Im vergangenen Jahr musste die NPD ihren Parteitag mangels Alternativen in ihrer Parteizentrale abhalten. Einen Ort für das diesjährige Treffen konnte die NPD am Freitag nicht nennen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) vermutet allerdings, dass die Partei wieder in ihre Köpenicker Bundeszentrale ausweichen wird. Deshalb rufen die MBR, linke Gruppen und die Grünen zu einer Protestdemonstration vor der Parteizentrale am Mandrellaplatz am Samstag um 12 Uhr auf. Allerdings könnte es auch sein, sagt MBR-Mitarbeiterin Annika Eckel, dass die NPD sich in eine Gaststätte in Berlin oder im Umland zurückziehe. Erfreut zeigte sich Eckel darüber, dass der Mietvertrag, den ihr Verein entwarf, vor Gericht Bestand hatte. Bereits im vorigen Jahr hatte der Bezirk Treptow-Köpenick bei einer Veranstaltung der NPD den Vertrag angewendet und auf dessen Einhaltung geachtet. „Jetzt ist es natürlich ein noch größerer Erfolg, da dadurch wirklich verhindert werden konnte, dass die rechtsextreme Partei in Bezirksräumen tagt“, so Eckel.

Auch der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Dirk Behrendt, hält die Mietklausel „für einen guten Weg.“ Andere Bezirke, die bisher grundsätzlich alle Veranstaltungen von Parteien in ihren Räumen nicht zulassen, sollten sich seiner Meinung nach nun überlegen, ob die Einschränkung nicht rückgängig zu machen sei und stattdessen solche Verträge eingeführt werden sollten. „Schließlich braucht man zur politischen Willensbildung auch öffentliche Diskussionsräume.“ Derzeit berät der Rat der zwölf Bezirksbürgermeister über ein einheitliches Vorgehen in ganz Berlin.

(Kristina Pezzei und Grit Weirauch)



die tageszeitung (15.03.2009)

Keine Räume für Parteitag NPD muss ins Heim

Die NPD tagte in ihrer Zentrale, rundherum gab es Proteste. Ihre Raumgreifungsstrategie sei gescheitert, sagt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus.

Im Polizeispalier trotteten die 25 NPDler in ihre Parteizentrale in der Köpenicker Seelenbinderstraße. Dort trafen sie sich am Samstag zum Landesparteitag. Empfangen wurden die Rechtsextremen mit Sprechchören von knapp 200 Gegendemonstranten. Antifas, Gewerkschafter, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Grüne, Linke, SPD und Skater vom nahegelegenen Mellowpark hatten sich bei Sonnenschein und lauter Punkmusik aus dem Verdi-Transporter vor der Zentrale versammelt. "Kein ruhiges Hinterland für die NPD" forderten Transparente, alles blieb friedlich. Die mit großen Aufgebot anwesende Polizei nahm dennoch sechs Protestler fest - wegen Verstößen gegen das Vermummungsverbot.

Ursprünglich wollte die NPD in Lankwitz tagen, weigerte sich jedoch den vom Bezirk angebotenen Mietvertrag zu unterschreiben. Der enthielt eine Klausel, der rechtsextreme und rassistische Äußerungen auf der Veranstaltung untersagte. In einem Eilverfahren bestätigte das Verwaltungsgericht diesen Passus. Andere Räume fand die NPD auf die Schnelle nicht.

"Dass sich die NPD in ihre eigenen Räume verkriechen muss, ist ein Erfolg der Zivilgesellschaft", freute sich die Abgeordnete Clara Herrmann (Grüne). Evrim Baba (Linke) forderte auch andere Bezirke auf, diese Klausel künftig ebenfalls anzuwenden. Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) erklärte die NPD-Strategie der "raumgreifenden Normalisierung" für gescheitert. Der Versuch als vermeintlich "normale Partei" bezirkliche Räume zu beanspruchen, gelinge der NPD zusehens schlechter. Aktuell werde ein berlinweiter Entwurf für einen Raumnutzungsvertrag mit der Klausel im Rat der Bürgermeister diskutiert. "Mit diesem gemeinsamen Vorgehen ist Berlin in einer Vorreiterrolle", freute sich Klose.

(Konrad Litschko)



Der Tagesspiegel (16.03.2009)

Thor-Steinar-Laden gekündigt

Zeichen gegen Rechts: Dem Friedrichshainer Thor-Steinar-Laden "Tromsø" wurde die Kündigung geschickt. Derweil arbeiten Juristen an Vorlagen für Gewerbemietverträge, mit denen sich Hauseigentümer rechtslastige Ladenmieter vom Hals halten könnten

Erst sind die Schaufensterscheiben zerschlagen worden, dann protestierte die linke Szene gegen das Geschäft, nun soll der Laden „Tromsø“ in der Petersburger Straße 94 schließen. Zwei Wochen nach Eröffnung wurde den Betreibern des Friedrichshainer Kleidungsgeschäfts gekündigt. Der Vermieter, die SF-Immobilienfonds-Gruppe, fühle sich getäuscht, weil in dem Laden vor allem Kleidung der bei Neonazis beliebten Marke „Thor Steinar“ verkauft wird, sagte ein Mitarbeiter der zuständigen Hausverwaltung dem Tagesspiegel.

Die Brandenburger Firma Mediatex, der Hersteller der Marke, könnte bald grundsätzliche Schwierigkeiten haben, Mietverträge zu unterschreiben. Derzeit werden von Juristen der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR) spezielle Klauseln für Gewerbemietverträge ausgearbeitet: Diese sollen Nutzer von Ladenflächen dazu verpflichten, kein Verkaufssortiment zu führen, das rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Inhalte fördert. Wie wirksam solche Verträge sein können, musste am vergangenen Wochenende die rechtsextreme NPD erfahren: In einem Nutzungsvertrag für Bezirksräume in Lankwitz stand die Klausel, der Mieter sei nicht berechtigt, die Räume „zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremes, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut dargestellt und/oder verbreitet wird“. Das betrifft nicht nur die mietende Partei, sondern auch deren Besucher. Die NPD wollte diesen Vertrag „nur unter Vorbehalt“ unterschreiben – und bekam die Räume vergangenes Wochenende deshalb nicht.

Das Verwaltungsgericht hatte einen Eilantrag der Partei gegen den Mietvertrag abgelehnt. Die NPD äußerte den Verdacht, der Mietvertrag des Bezirksamts sei mithilfe der staatlich geförderten MBR entstanden. Die Experten hatten vor wenigen Monaten ein Heft veröffentlicht, um rechtsextreme „Anmietungsversuche“ unter anderem mit Mustermietverträgen zu verhindern. „Eine Hilfe für Ladenvermieter wird es voraussichtlich schon diesen Sommer geben“, sagte Bianca Klose von der MBR. Mediatex wollte sich dazu am Montag auf Nachfrage nicht äußern. Da sich Pullover, Jacken und T-Shirts von „Thor Steinar“ gut verkaufen, ist davon auszugehen, dass demnächst ein ähnlicher Laden eröffnet wird – so wie in der Vergangenheit derartige Geschäfte geschlossen und später woanders aufgemacht worden sind.

„Thor Steinar“ hat seit Jahren Probleme mit der Justiz: 2004 hatten Staatsanwälte Kleidungsstücke der Marke beschlagnahmen lassen – wegen Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die Runen ähnelten Nazisymbolen, hieß es. Erst im Herbst 2008 wurden die Inhaber des Ladens „Tönsberg“ in Mitte dazu verurteilt, das Geschäft zu räumen. Sie legten Widerspruch ein. Die Vermieter der Ladenfläche in der Petersburger Straße stellen sich deshalb auf einen langen Rechtsstreit ein.

(Hannes Heine)

Berliner Zeitung (21.03.2009)

Berliner Kleiderordnung

Der Polizeipräsident hat seinen Beamten das Tragen bestimmter Mode-Marken verboten. Händler und Firmen sind irritiert

Murat Böyük steht im Fred-Perry-Laden in der Neuen Schönhauser Straße und schaut sich mit seiner Freundin die neue Schuhkollektion an. "Mir gefallen die Sachen", sagt der 32-Jährige, dessen Eltern aus der Türkei stammen. "Schöne Farben, gute Qualität." Dass Fred Perry mit der rechten Szene in Verbindung gebracht wird, habe er noch nie verstanden. Seiner Meinung nach tragen Rechte eher Springerstiefel und Bomberjacken. "Aber doch nicht Fred Perry!"

Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch sieht das anders. Er hat eine neue Dienstanweisung erlassen, die Zivilbeamten verbietet, im Dienst Kleidung zu tragen, die der rechten Szene als Erkennungszeichen für die Zugehörigkeit dienen. Begründet wird das damit, dass es dem Ansehen der Polizei schade, wenn Polizisten den Anschein erwecken, mit rechtem Gedankengut zu sympathisieren. Bei einer linken Demonstration im November haben Zivilbeamte Thor-Steinar-Kleidung getragen. Wer gegen die Anweisung verstößt, muss mit einem Disziplinarverfahren rechnen.

Neben Marken wie Thor Steinar und Consdaple, von denen auch der Verfassungsschutz sagt, dass sie von Rechten bevorzugt getragen werden, stehen Labels wie Fred Perry, Ben Sherman, Alpha Industries und Lonsdale auf der Verbotsliste des Polizeipräsidenten. Das sorgt nicht nur bei den betroffenen Firmen für Unverständnis und Ärger. Auch Matthias Müller von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus kann Glietschs Auswahl nicht ganz nachvollziehen. "Die Intention begrüßen wir sehr, aber das Ergebnis ist weniger gut", sagt er. "Fred Perry, Ben Sherman und Lonsdale haben sich sehr stark von der rechten Szene distanziert, sie haben dafür gesorgt, dass sie nicht mehr über den rechtsextremistischen Versandhandel vertrieben werden. Da ist es ungerechtfertigt, wenn man die jetzt in Zusammenhang mit Marken wie Thor Steinar bringt", so Müller. In den 90er-Jahren seien diese Labels ebenso wie Alpha Industries von den Rechten vereinnahmt worden, weil jene damals noch keine eigenen Marken gehabt hätten. Manchmal geschah die Vereinnahmung auch aufgrund von Missverständnissen. Das Emblem, das die Poloshirts von Fred Perry ziert, halten viele für einen Eichenkranz. "Dabei sind das Lorbeerblätter", sagt Axel Mosch, Vertriebschef von Fred Perry in Deutschland.

Inzwischen hätten die Rechten eine Vielzahl eigener Marken, die von Aktiven der Szene vertrieben und von der Szene bevorzugt würden, erklärt Müller. Diese Marken hätten oft einen nordisch-germanischen Bezug, Codes wie H8 (steht für "Heil Hitler") oder 14 (Abkürzung für eine aus 14 Wörtern bestehende, rassistische Phrase eines amerikanischen Neonazis) spielten eine Rolle. Viele dieser Marken allerdings finden sich nicht auf der Liste des Polizeipräsidenten. "Wir hätten uns gewünscht, dass Herr Glietsch mit uns oder anderen Projekten gemeinsam eine Liste erarbeitet hätte", sagt Müller.

Auch Eberhard Seidel, Geschäftsführer des "Schule ohne Rassismus"-Netzwerks, begrüßt Glietschs Verbot grundsätzlich, jedoch sei es zu weitreichend. Er bietet Schülern und Lehrern Fortbildungsseminare über den Umgang mit rechten Schülern an. "Am besten erkennt man rechte Schüler an ihren Gedanken", sagt er. Die, die wirklich überzeugt seien, würden sich häufig unauffällig kleiden. Aber es gebe natürlich einschlägige T-Shirts mit Zahlenkombinationen oder Symbole wie Runen, an denen man Rechte erkennen könne.

Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes, sagt, er halte das Verbot des Polizeipräsidenten für nachvollziehbar. "Allerdings wäre eine Differenzierung wünschenswert", denn Labels wie Lonsdale würden rechtes Gedankengut scharf zurückweisen. Hertha BSC hat ein Stadionverbot für Fans, die rechte Label tragen, erlassen. "Wer mit einem Thor-Steinar-Hemd ins Stadion will, muss es entweder ausziehen oder draußen bleiben", sagte der Fan-Beauftragte Donato Melillo. Marken wie Fred Perry oder

Ben Sherman sind dagegen nicht verboten. Diese werden auch in angesehenen Kaufhäusern wie dem KaDeWe verkauft. "Fred Perry gibt es in allen großen Kaufhäusern der Welt", sagt KaDeWe-Sprecherin Petra Fladenhofer. Für sie habe die Marke eine internationale Reputation und würde außerdem gute Umsätze bringen, ebenso wie Ben Sherman.

"Man darf den Rechten Marken wie Fred Perry nicht überlassen", meint Benedikt Lux, innenpolitischer Sprecher der Grünen. Ein Verbot, Marken wie Thor Steinar oder Consdaple mit der Buchstabenfolge NSDAP zu tragen, sei aber zweifelsohne gerechtfertigt. Einen differenzierten Umgang vermisst auch CDU-Innenexperte Robin Juhnke: "Glietsch sollte sich besser vor seine Beamten stellen, als sie zu verdächtigen."

(Thorkit Treichel, Anne Lena Mösken, Eva Dorothee Schmid)



Der Tagesspiegel (23.03.2009)

Thor Steinar will weltweit expandieren Bei der umstrittenen Modemarke steigt ein arabischer Investor ein – Neonazis debattieren über „Geldmacherei“ des Textilhändlers

Der arabische Großinvestor Faysal al Zarooni ist bei der umstrittenen Modemarke Thor Steinar eingestiegen. Das Unternehmen aus dem Nahen Osten beteiligt sich vor allem an Immobiliengeschäften und residiert in bester Innenstadtlage im Hamarain Center in der Millionenmetropole Dubai. Die Firma Mediatex, die hinter der bei Rechtsextremen beliebten Marke Thor Steinar steht, hat ihren Sitz in Zeesen südlich von Berlin und ist mit knapp 40 Angestellten ein eher kleines Unternehmen.

Warum Zarooni Geld und Erfahrung in die Marke steckt, war am Montag weder aus Zeesen noch aus Dubai zu erfahren. Fest stehe: „Wir werden weltweit expandieren“, sagte ein Mediatex-Sprecher dem Tagesspiegel.

Erst am Sonnabend hatten wieder hunderte Linke gegen das Thor-Steinar-Geschäft „Tromsö“ in Friedrichshain demonstriert – Flaschen flogen gegen die Fassade. Dem Laden war schon zuvor vom Vermieter gekündigt worden. Doch auch dass der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch seinen Zivilbeamten das Tragen der Marke im Dienst verboten hat, scheint die Geschäftsführung nicht zu stören. „Uns geht’s gut“, heißt es bei Mediatex. „Wir werden bundesweit neue Filialen eröffnen und auch in Skandinavien, Nordamerika und Asien investieren.“ Ebenfalls geplant seien demnächst Geschäfte in Russland und den baltischen Staaten. Vor allem in Russland gibt es eine antisemitische und rassistische Jugendszene, rund um Sportvereine gruppieren sich paramilitärische Cliquen gewaltbereiter Rechtsextremer. Zarooni ist schon vergangenen November bei Mediatex eingestiegen. Dessen Wirtschaftsprüfer Mohammed Aweidah, der in wenigen Tagen 31 Jahre alt wird, ist als Geschäftsführer von Mediatex eingetragen. Wie viel Geld sich mit dem Kleidungshandel verdienen lässt, wollte die Firma nicht mitteilen. In der rechten Szene wird über „Millionengewinne“ spekuliert. Generell wird über die neuen Verhältnisse bei Thor Steinar in Neonazikreisen nun rege debattiert.

Zwar gilt ein Imagewechsel als unwahrscheinlich: Thor Steinar werde wegen seiner nordischen Symbolik weiterhin eine einschlägige Kundschaft an sich binden, sagte Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin. Dennoch haben sich einige Neonazis bereits von der Marke distanziert. Sie mokieren sich in Szeneforen über die Geldmacherei des Unternehmens. „Wusste doch eh seit Jahren jeder, dass dort kein Nationaler dran verdient“, lässt ein anonymes Schreiben auf der rechtsextremen Internetplattform „Altermedia“ wissen.

Den langjährigen brandenburgischen Geschäftsführern Uwe Meusel und Axel Kopelke wird vorgeworfen, sie hätten sich an rechten Käufern bereichert, der Szene aber „nichts zurückgegeben“. In einigen Foren wird nun zum Boykott der Marke aufgerufen. Rechte Kritiker weisen auch darauf hin, dass Pullover, T-Shirts und Jacken von Thor Steinar nicht in Deutschland genäht werden. „Wir lassen im Ausland fertigen“, bestätigte Mediatex. Die Firma dementierte aber, dass Mediatex seine Produkte in Polen nähen lasse. Von einem Absatzeinbruch spüre man nichts.

(Hannes Heine)



WDR5 - Platz der Republik (27.03.2009)

**Thor Steinar – Ein Nazilabel sorgt für Ärger
Mit einem Interview mit Bianca Klose, MBR**

(Beitrag von Nina Amin)



Spiegel-Online (27.03.2009)

**Streit um 'rechte' Kleidung: Dresscode für Berliner Polizisten
Filmbeitrag mit einem Interview mit Bianca Klose, MBR**



ARD-Tagesschau (31.03.2009)

**Schäuble verbietet rechtsextremen Verein "Heimatreue Deutsche Jugend"
Mit einem Interview mit Esther Lehnert, MBR**

(Andrea Zückert)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (28.03.2009)

Wider die falschen Saubermänner Rund 70 Demonstranten protestierten gestern gegen rechtsextreme Veranstaltung vorm Landgericht

Die Technik spielte nicht mit. Ohne Lautsprecherwagen, dafür mit einem Megaphon musste gestern die antifaschistische Kundgebung gegen eine Mahnwache von Neonazis vor dem Berliner Landgericht auskommen. Dennoch protestierten die 70 Teilnehmer, unter ihnen Antifas, Rechtsanwälte und Gewerkschafter, lautstark gegen die Rechtsextremen, die sich wegen eines Prozesses zu Kindesmissbrauch vor dem Eingang des Gerichts versammelt hatten.

»Die Neonazis versuchen, sich ein Saubermann-Image zu geben und das Thema Kindesmisshandlung im Superwahljahr zu missbrauchen«, sagte Evrim Baba (LINKE), die die Gegenkundgebung angemeldet hatte. Auch die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) verwies auf die Instrumentalisierung eines »hochemotionalen Themas« durch die Rechtsextremen.

Dass ausgerechnet dieselben Rechten, die sich unverhohlen an den Nationalsozialismus anlehnen, von Kindeswohl schwadronieren, sei das bloße Schüren von Ängsten und ein Appell an niedrigste Gefühle, erklärte Artur Nähring von der AIM. »Dabei waren es doch die Nazis, die Millionen Kinder in ihrem Vernichtungskrieg ermordet haben.« Die Gruppe erinnerte zudem daran, dass auch bei den rassistischen Brandanschlägen von Neonazis zu Beginn der neunziger Jahre in Mölln und Solingen ebenfalls Kinder ermordet wurden.

Mit der gestrigen Mahnwache wollten die Neonazis um die geschasste ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf, Gesine Hennrich, offenbar an eine relativ große Demonstration vom Oktober 2008 mit 400 Teilnehmern zum gleichen Thema anknüpfen. Damals war Hennrich allerdings noch in der NPD, aus der sie im Februar diesen Jahres aufgrund von Erotikbildchen, die im Internet veröffentlicht waren, herausgemobbt wurde. Inwiefern Hennrich nun stattdessen im Freien Nationalen Bündnis (FNB) ihre Hetze fortsetzt, ist noch nicht genau abzuschätzen, meint Matthias Müller von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Das müsse man aber beobachten.

Wie bereits am vergangenen Wochenende in Oranienburg zeigten die Rechten indes gestern vor dem Amtsgericht eine schwarze Flagge mit der Aufschrift »Frontbann 24« – wahrscheinlich eine Anlehnung an einen Titel, den sich die paramilitärische faschistische SA im Jahr 1924 in einer kurzen Verbotsphase nach dem gescheiterten Hitler-Putsch gegeben hatte.

(Martin Kröger)

Westfälische Rundschau (04.04.2009)

Kampf gegen rechte Modeketten - auch in Essen

Kämpfen bis zur letzten Instanz: Der Hersteller des Modelabels „Thor Steinar“ streitet deutschlandweit hartnäckig um Ladenlokale - mittlerweile sogar vor dem Bundesgerichtshof. Das jüngste Geschäft der unter Neonazis beliebten Marke hat gestern am Rand der Essener Fußgängerzone eröffnet.

Die Modemarke „Thor Steinar“ gilt wegen ihrer nordischen Symbolik in rechten Kreisen als Kultlabel. Der Essener Laden mit der Kollektion der Brandenburger Firma Mediatex, der am Freitag eröffnet hat, ist bundesweit der neunte der Modemarke.

Erst Ende Februar hatte in Berlin-Friedrichshain ein neuer „Thor-Steinar“-Laden eröffnet. Der Protest kam postwendend: Demonstranten zogen vor den Laden, Steine und Farbbeutel flogen an die Fassade. Zwei Wochen nach der Eröffnung kündigte der Vermieter dem Laden fristlos. Der Mieter habe verschwiegen, dass im Geschäft „Thor-Steinar“-Artikel verkauft werden sollten. Auch dem Ladenlokal in Berlin-Mitte hatte der Vermieter bereits vor längerem gekündigt, es folgten Widerspruch und Räumungsklage. Ob der Verkauf in den Berliner Läden dennoch weitergeht? „Klar, die sind offen“, sagt ein Mitarbeiter von Mediatex.

Langer Atem nötig

„Für den Kampf gegen diese Läden braucht man einen langen Atem“, weiß Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin. Der Mietstreit um das „Thor-Steinar“-Geschäft in Magdeburg liegt mittlerweile beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Einen Verhandlungstermin gibt es noch nicht. Der Versuch dagegen, im letzten Herbst auch in Hamburg einen Laden zu öffnen, endete in einer außergerichtlichen Einigung mit dem Vermieter. Das Geschäft konnte Ende September wegen Protesten nur unter Polizeischutz eröffnet werden. Nach Medienberichten hatte der Vermieter zu spät erfahren, dass sich dahinter die Marke „Thor Steinar“ verbirgt. Jetzt ist der Laden dicht. „Aber das heißt gar nichts: Thor Steinar will expandieren“, sagt Bianca Klose. Im November wurde die Mediatex GmbH von einem arabischen Investor übernommen. Ob die Stammkunden den ideologisch pikanten Wechsel hinnehmen? „In den Internetforen wird zwar viel diskutiert“, so Klose, „aber Thor Steinar wird weiter seine Kunden an sich binden.“ Die Mobilen Berater arbeiten gerade an einem Mustervertrag für Vermieter, die sichergehen wollen, dass in ihren Läden „keine Produkte verkauft werden, die in der Öffentlichkeit mit einem Bezug zur rechtsextremen Szene wahrgenommen werden“.

„nsda“ im Namen

Was schwammig klingt, bedeutet tatsächlich größtmögliche Wirksamkeit. Denn: Würde man von vornherein von „rechten Labels“ sprechen, wäre im Fall der meisten Firmen der Nachweis juristisch nur schwer möglich.

Erst im März hatte sich Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch im Dickicht der rechten Modeszene verirrt. Nachdem Zivilbeamte mit scheinbar einschlägiger Kleidung gesichtet worden waren, ließ er zehn Modemarken auf den Index setzen. Einige, unter anderem das Modelabel „Lonsdale“, wurden schon wieder von der Liste gestrichen. „Lonsdale“ war bei Neonazis vor allem wegen der enthaltenen Buchstaben „nsda“ beliebt.

Stadionverbot beim BVB

Auch in Bochum hatte ein früheres Mitglied der rechtsextremen „Borussenfront“ einen Laden mit dem Namen „Goliath“ eröffnet, um Thor-Steinar-Klamotten anzubieten. Nach heftigen Protesten schloss der Laden dort. Im Sommer 2007 öffnete er in Dortmund neu - in den Räumen des zuvor ausgezogenen Fußball-Kultladens „Alte Liebe“ in der Hohen Straße.

Das Geschäft schloss bereits nach wenigen Wochen wieder. Auch hier hatten Proteste, eingeschlagene Scheiben sowie eine gezielte Ansprache des bis dato ahnungslosen Vermieters zur Schließung geführt.

Die Marke war allerdings nicht nur dort, sondern auch in den Neonazi-Läden „Buy or Die“ und „Donnerschlag“ in Dortmund zu haben, die ebenfalls geschlossen wurden. Nach den Protesten hatte sich auch der BVB dazu entschlossen, Stadionverbot gegen die Marke zu verhängen.

(Julia Emmrich)



Berliner Zeitung (04.04.2009)

Rechte Marken sind unerwünscht Vermieter und Politiker am runden Tisch

Die großen Vermieter im Bezirk, die Industrie und Handelskammer sowie der Handelsverband Berlin-Brandenburg haben sich bei einem Rund-Tisch-Gespräch im Bezirk Lichtenberg darauf geeinigt, dem Verkauf rechter Artikel und Marken entgegenzuwirken. Anlass für das Treffen war die Ansiedlung von Geschäften mit rechten Bekleidungsmarken unter anderem im Linden-Center in Hohenschönhausen und im Ring-Center in Lichtenberg. Im November 2008 hatte das Bezirksparlament das Bezirksamt aufgefordert, sich mit Vermietern und Handelsunternehmen auf geeignete Maßnahmen zu verständigen.

"Die Anwesenden haben einmütig erklärt, dass sie keine rechten Aktivitäten oder Marken in ihren Häusern dulden", sagt Lichtenbergs Wirtschaftsstadtrat Andreas Prüfer (Linke). So klage das Linden-Center zurzeit gegen das Geschäft Doorbreaker, in dem die bei Neonazis beliebte Marke Thor Steinar verkauft wird. Ein Prozess gegen einen weiteren Doorbreaker-Laden im Ring-Center sei bereits entschieden - das Geschäft muss räumen. Dass sich solche Läden überhaupt ansiedeln können, solle künftig unterbunden werden, so Prüfer. Das Mobile Beratungsbüro gegen Rechtsextremismus bietet Informationen und Rechtsberatungen an, um mit speziellen Mietverträgen bestimmte Geschäfte auszuschließen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Lichtenberg gegen rechte Bekleidungsmarken aktiv wird. Seit Wochen liegen in den vier bezirkseigenen Bibliotheken Broschüren mit dem Titel "Investigate Thor Steinar" aus. Darin wird über Symbole der Kleidermarke sowie deren Herkunft aufgeklärt. Auch Polizeipräsident Dieter Glietsch war jüngst gegen jene Marken vorgegangen, die sich bei Rechten großer Beliebtheit erfreuen: Er hatte seinen Zivilbeamten das Tragen von zehn Marken untersagt - darunter Thor Steinar, Consdaple oder A.C.A.B. (Abkürzung für "All Cops Are Bastards" - alle Polizisten sind Bastards). Nach heftigen Protesten aus Politik und Handel hatte Glietsch die Liste überarbeitet, vier Marken gestrichen und zwei neue hinzugefügt.

Fristlos gekündigt wurde kürzlich dem Geschäft Tromsö, das in Friedrichshain Thor-Steinar-Sachen verkauft - wegen "arglistiger Täuschung" über die verkauften Sachen. Einem weiteren Thor-Steinar-Laden in Mitte war ebenfalls gekündigt worden. Die Betreiber hatten dagegen Berufung eingelegt.

(Claudia Fuchs)



Berliner Zeitung (06.04.2009)

Braune Schlammschlacht

Udo Voigt bleibt nun doch Vorsitzender der NPD. Auf dem Bundesparteitag kann er sich nach einer hitzigen Debatte durchsetzen und schantzt seinen Unterstützern Vorstandsposten zu

"Keine Bühne für Nazis in Reinickendorf", stand am Wochenende auf einem Transparent über dem Eingang zum Ernst-Reuter-Saal im Rathaus. Es klang wie ein trotziges Widerwort, denn das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hatte genau anders entschieden. Die Richter billigten am Freitag der NPD zu, den Rathaussaal für ihren Bundesparteitag mieten zu dürfen. Und so versammelten sich am Wochenende gut zweihundert Delegierte der rechtsextremen Partei in dem Haus am Reinickendorfer Eichborndamm.

Protest vor dem Rathaus

Gekommen waren nicht nur die Neonazis, sondern auch rund fünfhundert Gegendemonstranten. Bis an das Rathaus heran gelangten sie jedoch nicht. Mehrere hundert Polizisten hatten das Gelände rund um das Gebäude abgesperrt. So blieb den Demonstranten nur, "Haut ab!" und "Nazis raus!" zu rufen. Fünf Festnahmen gab es dennoch.

In dem Mietvertrag mit dem Reinickendorfer Bezirksamt hatte die NPD vor ihrem Parteitag eine sogenannte antifaschistische Klausel akzeptieren müssen. Darin heißt es, dass den Teilnehmern des Kongresses während ihres Aufenthaltes im Rathaus menschen- und verfassungsfeindliche Äußerungen verboten sind. Die Stadträtin für Schule, Bildung und Kultur, Katrin Schultze-Berndt (CDU), wollte sich am Samstag persönlich von der Einhaltung dieser Klausel überzeugen. Als sie mit Mitarbeitern des Bezirksamtes und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Saal auftauchte, wurde sie nach eigenen Angaben jedoch "persönlich bedroht". Ordner hätten versucht, sie des Saales zu verweisen.

Die gereizte und aggressive Stimmung auf dem Parteitag richtete sich jedoch nicht nur gegen Vertreter des Bezirksamtes. Auch einige Journalisten wurden massiv behindert. Man könne im Saal nicht für ihre Sicherheit im Haus garantieren, drohten ihnen Angehörige des NPD-eigenen "Bundesordnungsdienstes". Im Saal übten sich Parteifunktionäre in verbalen Ausfällen gegen Medienvertreter. "Hier befindet sich ein Haufen Geschmeiß im Saal", rief einer von ihnen zu Beginn des Parteitages in Richtung der anwesenden Journalisten.

Schon kurze Zeit später mussten Beobachter den Saal verlassen. Die Delegierten wollten unter sich sein, als es zum Showdown im parteiinternen Machtkampf zwischen Parteichef Udo Voigt und seinem Herausforderer Udo Pastörs kam.

Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender im Schweriner Landtag, hatte schon vor Monaten offen den Rücktritt von Udo Voigt gefordert und dies mit dessen persönlicher Verantwortung für die Finanzskandale der Partei begründet. Auf dem Parteitag ließ er die Skandale noch einmal Revue passieren: erst die Thüringer Spendenaffäre, bei der es um gefälschte Quittungen über insgesamt 870 000 Euro ging, dann die kriminellen Machenschaften von Voigts Freund Erwin Kemna, der als Schatzmeister eine dreiviertel Million Euro aus der NPD-Kasse auf seine Konten umgeleitet hatte. Jüngst kam auch noch heraus, dass die Partei angeblich vergessen hatte, Darlehen über insgesamt 900 000 Euro im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 zu deklarieren. Wegen dieses und noch weiterer Fehler in der Finanzaufstellung muss die hochverschuldete NPD nun eine Strafzahlung über zweieinhalb Millionen Euro leisten.

Doch alle Versuche von Pastörs, Voigt für dessen Versagen auf dem Parteitag in Verantwortung zu nehmen, schlugen fehl. In der hitzig geführten Debatte setzte sich die Fraktion des alten und neuen Parteichefs schließlich überraschend deutlich durch: Zwei Drittel der Stimmen holte Voigt; für Pastörs, der noch kurz vor dem Parteitag Siegeszuversicht ausgestrahlt hatte, votierten gerade mal 72 der 218 Delegierten.

Zuvor war die Diskussion auf dem Parteitag zeitweise in eine üble Schlammschlacht ausgeartet. So kursierte unter den Delegierten ein Pamphlet, das den bisherigen NPD-Generalsekretär und Pastörs-Vertrauten Peter Marx als Verräter bezeichnete. Im Zusammenhang damit wurde in dem Papier auf die jüdische Herkunft von Marx' zweiten Vornamen Jakob angespielt. Auch der Parteichef musste Schläge unter die Gürtellinie verkraften. So wurde ihm vorgehalten, seiner angeblichen Geliebten im Parteivorstand einen Job besorgt zu haben. Voigt wies diesen Vorwurf zurück.

Für seine Wiederwahl zum Parteichef hat sich Voigt erkenntlich gezeigt. Während Pastörs und dessen Unterstützer, darunter Marx und Sachsens Fraktionschef Holger Apfel, aus dem Parteivorstand flogen, hat Voigt für seine Leute auf dem Parteitag durchweg Spitzenposten durchgesetzt: Zu Stellvertretern wurden Jürgen Rieger, Karl Richter und Frank Schwerdt gewählt, dem Parteivorstand gehören unter anderem Eckart Bräuniger aus Berlin, der Thüringer Neonazi Thorsten Heise und Thomas Wulff aus Mecklenburg-Vorpommern an. Sie alle stehen für einen radikalen, offen rassistischen und gewaltbereiten Kurs.

Allerdings könnte genau dies in der nächsten Zeit auch zu Problemen führen: Voigt und Schwerdt droht wegen eines rassistischen "WM-Planers", in dem der dunkelhäutige Fußballnationalspieler Patrick Owomoyela verunglimpft wird, mindestens eine Bewährungsstrafe. Auch Heise erwartet eine Anklage wegen der Verbreitung verbotener rechter Rockmusik. Und Thomas Wulff, der seinen Namen gern um den des SS-Offiziers Steiner ergänzt, steht ebenfalls bald vor Gericht. Mitte Mai wird ihm in Passau der Prozess gemacht, weil er bei der Beerdigung eines Rechtsextremisten eine Hakenkreuzfahne über dessen Sarg ausgebreitet hatte.

(Andreas Förster, Stefan Strauss)



die tageszeitung (06.04.2009)

Sonne nur für Demokraten

Die NPD tagt ohne Tageslicht und darf nicht lüften: Der Bezirk setzt auf Ungemütlichkeit. Vor dem Reinickendorfer Rathaus demonstrieren Hunderte gegen den Parteitag der Rechtsextremen

Der Bezirk Reinickendorf konnte den Parteitag nicht verhindern, aber sie haben es der NPD so ungemütlich gemacht wie möglich: Nur mit rigiden Auflagen durfte die rechtsextreme Partei am Wochenende ihren Parteitag im Reinickendorfer Ernst-Reuter-Saal abhalten. "Der Bezirk hat nur das zur Verfügung gestellt, was er wirklich musste", sagte Bianca Klose vom Mobilen Beratungsteam (MBR).

So war das Treffen nur im Hauptsaal möglich, Foyer und Garderobe blieben der NPD verwehrt. Die Fenster sollten geschlossen und verhängen bleiben - als Vorsichtsmaßnahme vor Gegenprotesten. Zudem unterschrieb die NPD eine Klausel, die rassistische und antidemokratische Äußerungen auf dem Parteitag verbot. Die Einhaltung dieser Auflagen überwachten Bezirksmitarbeiter im Saal.

Klose lobte das konsequente Vorgehen Reinickendorfs. "Hier wurde mit Entschlossenheit und langem Atem verhindert, dass die NPD bezirkliche Räume für eine machtvolle Selbstinszenierung missbrauchen konnte."

Vor dem Tagungssaal wurde die NPD derweil von der Zivilgesellschaft umzingelt: Am Samstag protestierten rund 650 Menschen gegen die Veranstaltung, am Sonntag waren es gut 100 Demonstranten. Zu den Protesten hatte vor allem am Samstag ein breites Bündnis aus Parteien, deren Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Antifa aufgerufen. Darüber hinaus beteiligten sich zahlreiche Anwohner. Entsprechend vielfältig war der Protest: Die jungen Liberalen zeigten selbstgemalte Plakate mit der Aufschrift "Quo vadis, NPD?". Mit Figuren, die sich in Lemming-Manier den Berg hinunterstürzten, drückten sie ihre Hoffnung auf eine schnelle Selbsterstörung der NPD aus. Andere zeigten sich nicht ganz so optimistisch. Eine Frau der katholischen Arbeitnehmerbewegung beispielsweise trug einen selbstgebastelten Karton mit der Aufschrift "Wir warnen vor der NPD. Wir kennen ihre schlimmen Ideen." Vor allem die "Deutschtümelei" sei es, die sie mit Besorgnis sehe, und die Parallelen zur Ideologie der NS-Diktatur.

Die Politiker forderten in ihren Reden mehrheitlich eine Abschaffung der NPD. "Ich bin der Auffassung, dass die Partei verboten werden sollte", sagte Peter Senftleben (SPD), stellvertretender Bezirksbürgermeister von Reinickendorf. Es sei bezeichnend, dass genau diejenigen, die den Rechtsstaat bekämpften, dessen Mittel in Anspruch nähmen. Senftleben spielte damit auf den vorhergehenden Rechtsstreit um die Raumfrage an: Der Bezirk hatte versucht, die Vermietung der Räume an die NPD anzulehnen - unterlag jedoch vor Gericht. Die Richter sowohl vom Berliner Verwaltungsgericht als auch vom Oberverwaltungsgericht argumentierten mit dem Gleichheitsgrundsatz. Denn der Bezirk habe die Räume in der Vergangenheit auch an Bundesparteien vermietet.

Während der Proteste versuchten immer wieder kleine Gruppen von NPD-Mitgliedern, ins Rathaus zu gelangen. Da viele von ihnen zunächst in Richtung Haupteingang steuerten, den Saal aber an den Demonstranten vorbei durch einen Nebeneingang betreten mussten, hatten die leichten Spiel: An einer Ecke hagelte es hämische Bemerkungen, wenn die Rechtsextremisten - teilweise mit Polizeischutz - passierten, an der nächsten schallten ihnen "Nazis raus!"-Rufe entgegen. "Auf dem Weg zum Abiball?", rief ein Demonstrant einer Handvoll NPDler in Sonntagskleidung entgegen.

Viele Anwesende zeigten sich zufrieden mit den Protesten. "Es sind deutlich mehr Leute da als noch vor drei Jahren", stellte ein Anwohner fest. Damals hatte die NPD im Märkischen Viertel im Fontanehaus getagt. Die Antifaschistische Initiative Reinickendorf bezeichnete die Zahl dagegen als "die unterste Messlatte" für Protestaktionen.

Für die NPD könnte es noch ein Nachspiel geben: Sie hatte MBR-Chefin Klose des Raums verwiesen - obwohl sie als Beauftragte des Bezirks die Veranstaltung beobachten sollte.

(Konrad Litschko und Svenja Bergt)



Zitty (09.04.2009)

Nichts als Hiobsbotschaften aus der rechten Szene. Wir fragten Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, ob sie jetzt aufatmet.

Zitty: Die NPD ist pleite, die Heimattreue Deutsche Jugend verboten, Thor Steinar nach Saudi-Arabien verkauft – steckt die rechte Szene in der Krise?

Bianca Klose: Ich warne vor verfrühtem Optimismus. Zum einen sind die Finanzstrukturen der NPD so undurchsichtig, dass sich jederzeit ganz neue Umstände ergeben können. Zum anderen sollte man nicht alleine dem parteiförmigen Rechtsextremismus Aufmerksamkeit schenken. In der Mitte der Gesellschaft gibt es starke rechtsextreme Tendenzen – nach wie vor. Auch Thor Steinar wird sich darum weiterhin großer Beliebtheit erfreuen – unter Menschen, die sich vom Runenkult und von den Gewalt verherrlichenden Botschaften angesprochen fühlen.

Also keine guten Nachrichten?

Doch. Wirklich erfreulich ist, dass sich die demokratische Öffentlichkeit in letzter Zeit bewusst gegen Rechtsextremismus positioniert und dagegen vorgeht. Es kommen drei Dinge zusammen: Erstens geht die Polizei an vielen Orten repressiv und nachhaltig gegen Rechtsextremismus vor – wie beispielsweise die Kleiderordnung in Berlin zeigt. Zweitens nutzen Kommunen oder auch Hausbesitzer immer öfter alle juristischen Möglichkeiten, um Rechtsextremen den Zugang zu Räumlichkeiten zu erschweren – so wie der Bezirk Reinickendorf vor dem NPD-Parteitag. Und drittens ist die Öffentlichkeit vielerorts gut informiert und organisiert sich gegen Rechts – das konnte man in Friedrichshain beobachten.

Stichwort Friedrichshain: dem dort eröffneten Thor-Steinar-Laden wurde gekündigt. Sind die Rechten in der Innenstadt gescheitert?

Nein. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es sehr lange dauern kann, ehe rechte Organisationen oder Unternehmer sich von einem Ort zurückziehen – selbst wenn eine Kündigung durch den Vermieter vorliegt. So was braucht einen langen Atem.

Welche Folgen für die rechte Szene hätte ein Zusammenbruch der NPD?

Es hat bereits Versuche gegeben, Organisationsstrukturen neben der NPD aufzubauen, und die sind gescheitert. Aber es ist viel zu früh, über das Ende der NPD zu spekulieren. Im Moment geht es in der Partei um finanzielle Probleme und um Machtkämpfe – die hat es auch in der Vergangenheit häufig gegeben, und bisher hat sich die Partei immer wieder berappelt.

(Das Interview führte Frederik Bombosch)



Lehrgemeinschaft
Zehlendorf / Steglitz
Schiedsrichter im Berliner Fußball-Verband

Schiedsrichter-Lehrgemeinschaft Zehlendorf/Steglitz (10.04.2009)

Mit dem Seminar »Antidiskriminierung im Amateurfußball« entwickelt der BFV in Kooperation mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) ein neues Schulungsangebot.

Die knapp 25 Schiedsrichter standen verteilt im großen Sitzungssaal des Berliner Fußball-Verbandes und diskutieren mit reichlich Emotionen, wie der Ausruf »Geh' doch mit den Mädchen spielen!« eines Trainers gegenüber einer Schiedsrichter-Assistentin einzuordnen ist. Ziel der Aufgabe war es jedoch nicht, regelkonforme Antworten zu erarbeiten, sondern sich über Situationen, in denen Diskriminierungen auftreten, und deren Lösungsvarianten auszutauschen.

Am Montagabend fand der zweite Durchlauf des Seminars »Antidiskriminierung im Berliner Amateurfußball« statt. Der Workshop ist aus der Kooperation des Berliner Fußball-Verbandes und der MBR hervorgegangen und wurde zunächst mit Schiedsrichtern der leistungsbezogenen Spielklassen durchgeführt, darunter auch Angela Hahn, Jörg Wehling, Christian Paul und Fabian Zastrow aus unserer Lehrgemeinschaft.

Seit fast zwei Jahren stehen die Handlungsrichtlinien im Mittelpunkt der Maßnahmen des Berliner Fußball-Verbandes gegen Rassismus auf den Sportplätzen der Stadt. Die rund dreistündige Veranstaltung sorgte für eine Auffrischung und sinnvolle Ergänzung des Themas und kam vor allem wegen ihres guten didaktischen Aufbaus positiv bei den Teilnehmern an. Referent Michael Kraft und sein Team führten kompetent und informativ durch den Abend und regten intensive Gespräche an.

Neben der beschriebene Diskussion im sogenannten »Schiedsrichter-Barometer« gab es einen Vortrag über Rassismus und Rechtsextremismus im Fußball. Rechtsextremismus ist eine Einstellung oder Verhaltensweise, bei der von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgegangen, ein ethnisch homogenes Volk konstruiert und die Gemeinschaft vor der Individuum gestellt wird. Auf Grundlage dieser Definition wurden Einstellungen, Erscheinungsformen und Symboliken besprochen.

Zum Abschluss des Seminars machten sich drei Gruppen in Werkstattgesprächen Gedanken, wie das Handeln von Verband, Vereinen und Schiedsrichtern verbessert werden kann. Konkrete Vorschläge wie der Einführung eines Ordnerbuches oder der Einbindung des Themas in die Lehrarbeit nahmen nicht nur die teilnehmenden Schiedsrichter, sondern auch der Vorsitzende des Schiedsrichter-Ausschusses Gerhard Müller, der dem Seminar beiwohnte, mit nach Hause. Nun sind die Schiedsrichter auf den Fußballplätzen gefordert, im Ernstfall – wenn möglich präventiv – zu handeln.



Berlin Online (29.04.2009)

Auftritt von Rechtsextremist Schweiger am 1. Mai verboten

Der NPd ist ein für den 1. Mai in Berlin geplanter Auftritt des Rechtsextremisten Herbert Schweiger verboten worden. Das habe die Versammlungsbehörde der NPd am Mittwoch mitgeteilt, sagte ein Polizeisprecher in Berlin. Schweiger sollte nach den Plänen der Rechtsextremen auf einer Veranstaltung im Stadtteil Köpenick reden.

Schweiger hatte in der Vergangenheit «wiederholt nationalsozialistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut geäußert und diese Wertvorstellungen aktiv vertreten», begründete die Versammlungsbehörde ihr Verbot. Es bestehe die konkrete Gefahr, «dass er sich auch anlässlich der NPd-Veranstaltung am 1. Mai im Falle seines öffentlichen Auftritts in strafbarer Weise äußern wird». Nach Angaben der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) Berlin ist Schweiger ein ehemaliger Angehöriger der «Leibstandarte SS Adolf Hitler» und wurde mehrfach wegen Leugnung des Holocaust verurteilt.

Gegen die NPd-Veranstaltung zum Tag der Arbeit in Berlin sind zahlreiche Protestaktionen von Parteien und linken Gruppierungen angekündigt.



die tageszeitung (04.05.2009)

"Ich erlebe regelmäßig Bedrohungen durch Neonazis"

Bianca Klose ist Berlins Vorzeigestreiterin gegen Neonazis. 2001 gründete sie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Das macht Klose zu einer Hauptfeindin der Neonazis.

Porträt: Bianca Klose

Nach ihrem Politik- und Germanistikstudium gründet Bianca Klose im Jahr 2001 die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Kurz zuvor hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) aufgrund zunehmender rechtsextremer Gewalt einen "Aufstand der Anständigen" ausgerufen.

Für Klose waren die Projekte gegen rechts bis dahin zu "täterfokussiert". Die 35-Jährige setzt dagegen auf Otto Normalbürger: Ihn möchte sie in seinem demokratischen Engagement stärken. Dafür berät und unterstützt die MBR Grundschullehrer wie Bezirksräte, Punks wie Polizeichefs. Ziel sind ein offensives Eintreten gegen rechts - und der Aufbau demokratischer Netzwerke in den Kiezen.

Zuletzt entwarf die MBR einen demokratischen Raumnutzungsvertrag, der einen öffentlichen Parteitag der Berliner NPD verhinderte. Darin war festgelegt, dass in vom Bezirk gemieteten Räumen keine rechtsextremen, rassistischen und antidemokratischen Äußerungen geduldet werden. Die NPD unterschrieb den Vertrag nicht. Aktuell basteln Klose und ihr Team an Mustermietverträgen für Vermieter von Gewerbeflächen, die sich vor dem Verkauf von rechtsextremen Produkten in ihren Räumen schützen wollen.

Die Mobile Beratungsstelle präsentiert sich im Internet unter www.mbr-berlin.de.

taz: Frau Klose, die Zahl der Rechtsextremen in Berlin ist seit Jahren nicht wirklich gesunken. Bei rechten Straftaten gibt es gar einen deutlichen Anstieg. Frustriert Sie Ihr Job nicht?

Bianca Klose: Sie müssen schauen, was Projekte wie unsere Mobile Beratung überhaupt leisten können: Wir wären völlig überfordert, den Erfolg unserer Arbeit am Steigen oder Sinken der Zahl rechtsextremer Gewalttaten zu bemessen. Wie soll das auch funktionieren? Es kommt ja niemand auf die Idee, die Polizei abzuschaffen, nur weil die Zahl der Straftaten steigt.

Vor acht Jahren haben Sie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) gegründet. Was, glauben Sie, hat Ihre Beratung bisher gebracht?

Wir haben erreicht, dass die Politik in Berlin weitaus sensibler geworden ist im Umgang mit Rechtsextremismus. Und wir setzen auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft und wenden uns an diejenigen, die sich für Demokratie einsetzen. In allen Kiezen dieser Stadt gibt es inzwischen Initiativen und Ansprechpartner für dieses Anliegen.

Aber hat das auch dem Rechtsextremismus geschadet?

Wenn Demokraten gestärkt auftreten, haben es Rechtsextreme schwerer, auf Wählerfang zu gehen. Und wenn der NPD-Vorsitzende Udo Voigt auf seinem Bundesparteitag Anfang April eingestehen muss, dass er zuvor 65 Absagen auf seine Raumanfragen kassiert hat, dann ist das doch ein großartiger Erfolg. Es ist uns gelungen, dass die NPD in dieser Stadt als das wahrgenommen wird, was sie tatsächlich ist: eine rechtsextreme, rassistische, antisemitische und menschenverachtende Partei. Sie hat es inzwischen sehr schwer, sich öffentlich in Szene zu setzen. Das war früher keineswegs selbstverständlich.

Es hat vorher Berliner gegeben, die die NPD nicht als rechtsextrem wahrgenommen haben?

Die NPD versucht immer, sich als normale Partei zu inszenieren. Das Problem sind aber nicht nur die Neonazis auf der Straße. Auch in der Mitte der Gesellschaft stoßen wir immer wieder auf Menschen mit antisemitischen oder rassistischen Stereotypen. Da werden ganz unhinterfragt rechtsextreme Ressentiments geäußert, ohne dass sich diese Personen selbst als Nazi bezeichnen würden. Für dieses Problem versuchen wir zu sensibilisieren.

Machen Sie diese weitverbreiteten rechten Ressentiments fassungslos?

Das weniger. Vielmehr zeigt sich, dass wir noch viel zu tun haben und diejenigen erreichen müssen, die zwar nicht unbedingt die NPD wählen, aber am Stammtisch nicht weniger rassistische Parolen von sich geben. Auch die demokratische Zivilgesellschaft ist nicht frei von solchen Ressentiments.

Sie kommen aus Göttingen, in den 1990er-Jahren bekannt als Hochburg der Antifa. Rührt daher Ihr Interesse am Rechtsextremismus?

In erster Linie habe ich mich damals in meinem Politikstudium mit dem Thema wissenschaftlich beschäftigt und meine Zwischenprüfung zur Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) geschrieben. Es war ein Skandal, dass eine so hoch militante, rechtsextreme Organisation wie die FAP lange Jahre von der Politik geduldet und erst 1995 verboten wurde. Als ich im Jahr 2000 nach Berlin gekommen bin, habe ich hier, vor allem aber auch in den Neuen Bundesländern kennengelernt, was Rechtsextremismus im Alltag tatsächlich bedeutet.

Gab es für Sie ein konkretes Schlüsselerlebnis?

Nein. Und ich bin natürlich froh, nicht selbst Opfer rechtsextremer Gewalt geworden zu sein. Ich finde auch, es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass man erst einen persönlichen Leidensdruck haben muss, um sich gegen Rechtsextremismus einzusetzen. Es sollte doch das Anliegen aller sein, sich gegen diejenigen zu engagieren, die unsere Freiheit bekämpfen. Da war Göttingen schon ein Vorbild.

Wieso?

In Göttingen gab es - nicht zuletzt aufgrund einer gut organisierten Antifa-Szene - einen weit ins bürgerliche Lager reichenden Konsens, dass Neonazis in der Stadt nichts zu suchen haben. Damit war es den Rechtsextremen jahrelang nicht möglich, in der Stadt aufzumarschieren und sich als normale Kraft zu inszenieren. Mir hat das deutlich gemacht, wie wirkungsvoll es sein kann, wenn eine Stadt zusammenhält.

Sie schließen auch gewaltbereite Antifas aus diesem Konsens nicht aus?

Militanz ist nicht das Mittel der MBR, und wir rufen auch nicht dazu auf. Für uns ist entscheidend, dass Antifas seit Jahren wertvolle Arbeit betreiben, sei es bei der Recherche über Neonazis oder bei Öffentlichkeitskampagnen, zum Beispiel gegen die bei Rechten beliebte Kleidungsmarke Thor Steinar. Ich finde, die Politik und die Bürger sollten auch solche Arbeit wertschätzen. Und außerdem zeigen die Gewaltstatistiken deutlich, dass die Gefahr in diesem Land nicht von linker Militanz, sondern von rechtsextremer Gewalt droht.

Sie persönlich machen doch ständig die Erfahrung, wie schwer ein bürgerliches Bündnis zu erhalten ist, wenn militante Antifas mal wieder besonders martialisch aufgetreten sind.

Meine Aufgabe ist es, stabile Netzwerke zu schaffen und zwischen den Engagierten zu moderieren. Das kann zwischen Antifas und Bürgern genauso schwierig sein wie zwischen der CDU und der Linkspartei. Immer wieder habe ich aber die Erfahrung gemacht, wie die Engagierten in jahrelanger Zusammenarbeit gegenseitige Ressentiments abgebaut haben und nun gemeinsam und mit professionellen Absprachen an einem Strang ziehen. Dass sich in Berlin inzwischen eine Bezirksbürgermeisterin neben Antifas zu Blockaden gegen Neonazi-Aufmärsche auf die Straße setzt, ist doch der beste Beweis dafür.

So wie am vergangenen Freitag, dem 1. Mai, in Köpenick, als ein buntes Bündnis gegen ein NPD-Fest protestierte?

Ganz genau. In Köpenick hat sich gezeigt, wie kraftvoll Protest sein kann, wenn er breit aufgestellt ist und in seinen Formen vielfältig. Auf der Straße standen Vertreter der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen zusammen, während andere den Bahnhof mit Blockaden besetzten. Diese Vielfalt, gerade auch der Protestformen, war ein voller Erfolg, ein starkes Zeichen gegen die NPD. Das sollte ein Modell für die Zukunft sein.

Ihre Arbeit weiß inzwischen auch Ehrhart Körting (SPD) zu schätzen. Macht Sie das nicht stutzig, wenn selbst ein Innensenator so von Ihnen schwärmt?

Wo meiner Meinung nach Kritik nach oben angebracht ist, artikuliere ich die auch. Generell bin ich aber schon froh, dass wir es unter diesem Senat leichter haben als Mobile Beratungen in anderen Bundesländern. So hat Herr Körting eine von uns ausgearbeitete antirassistische Sportstättenordnung auf den Weg gebracht. Und in dieser Stadt gibt es einen Polizeipräsidenten, der seinen Mitarbeitern verbietet, Thor-Steinar-Kleidung zu tragen. Es wäre skandalös, wenn Polizisten diese Marke weiter tragen würden, während regelmäßig Bürger gegen Thor Steinar auf die Straße gehen. Daher ist das ein ganz wichtiges Signal des Polizeipräsidenten.

Herr Körting kritisiert Sie jedoch wegen Ihrer Idee einer antifaschistischen Mietklausel für die NPD. Der Innensenator hält dies für kein rechtsstaatliches Instrument.

Seit die NPD 2006 eine Veranstaltungsoffensive ausgerufen hat und nicht mehr in Hinterzimmern piefiger Gaststätten, sondern in großen öffentlichen Räumen tagen will, werden die Bezirksämter regelmäßig mit Raumanfragen von der NPD konfrontiert. Viele denken, die Partei ist ja nicht verboten, also kriegen sie die Räume. Ich finde das falsch. Die NPD ist keine normale Partei, und das muss man den Bürgern immer wieder klarmachen. Mit unserem Nutzungsvertrag gibt es die klare Auflage, auf den Veranstaltungen keine rechtsextremen Äußerungen und Symbole zu erlauben. Inzwischen findet unser Konzept bundesweit Anwendung.

Aber muss man nicht auch der NPD das Parteien- und Versammlungsrecht zugestehen?

Was ist daran nicht rechtsstaatlich, wenn ein Bezirksamt sagt: Ich dulde in den Räumen, die mir gehören, keine antisemitischen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen? Das ist doch eine ganz klare demokratische Positionierung.

Machen Sie es mit solchen Auflagen der NPD nicht zu leicht, sich als Opfer zu inszenieren?

Rechtsextremisten inszenieren sich doch ständig als Opfer: als Opfer des Staates, als Opfer der Alliierten, als Opfer der "Systempresse", als Opfer einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung. Diesen Inszenierungen sollte man nicht auf den Leim gehen. Auf ihrem Bundesparteitag im April in bezirkseigenen Räumen hat die NPD ihr wahres Gesicht doch

wieder deutlich gezeigt. Im Auftrag des Bezirksamtes war ich mit dessen Mitarbeitern im Saal, und wir wurden derart von NPD-Ordnern bedroht, dass wir von der Polizei aus dem Saal geleitet werden mussten.

Wäre dann ein Verbot der NPD, wie etwa Innensenator Körting es fordert, nicht die sauberere Lösung?

Aus demokratiethoretischer Sicht habe ich zwar immer Probleme mit Verboten. Dennoch bleibt es eine Selbstverständlichkeit, eine nationalsozialistische Partei zu verbieten. Das wäre allein schon deshalb folgerichtig, weil die NPD inzwischen zum Sammelbecken vieler verbotener Organisationen geworden ist. Mit einem NPD-Verbot würde man der rechtsextremen Szene daher eine ganz wichtige Struktur- und Finanzierungsquelle nehmen. Solch ein Schritt darf aber nicht dazu führen, dass die Bürger denken, damit hätte sich das Problem erledigt.

Wie ist die NPD eigentlich selbst auf Sie zu sprechen, wenn Sie ihr ständig Fallstricke bauen?

Natürlich bin ich ein Feindbild der rechtsextremen Szene und erlebe regelmäßig Bedrohungen. Zugleich zeigen die Anfeindungen aber, wie zielführend und schmerzhaft unsere Beratungen und Maßnahmen für sie sind.

Stecken Sie diese persönlichen Bedrohungen einfach so weg?

Situationen wie auf dem letzten NPD-Bundesparteitag, wenn sich zwei Ordner vor mir aufbauen und sagen: "So, jetzt legen wir gleich mal Hand an", oder wenn ein NPD-Vorstandsmitglied seine Arme demonstrativ auf meine Sitzlehne legt und mir ins Ohr flüstert: "Du bist hier nicht erwünscht. Hast du mich verstanden?" - das sind klare Szenarien persönlicher Bedrohung, auf die man gern verzichten würde. Die müssen aber leider viele erleben, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.

Sind solche Bedrohungen Ihren Job wert?

Genau das wollen die Rechtsextremen ja: Einen so lange einschüchtern, bis man aufhört. Aber ich kann mich doch nicht wegducken und gleichzeitig die Bürger auffordern, gegen Rechtsextremismus öffentlich aufzutreten. Leider bedarf es in diesem Land nach wie vor eines gewissen Mutes, wenn man sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt.

Ganz ehrlich: Hat es nicht einmal den Moment gegeben, an dem Sie diese ganze Arbeit gegen Neonazis hinschmeißen wollten?

Der Grund, warum ich die MBR gegründet habe und nach wie vor am Ball bleibe, ist ganz sicher weder der Spaß noch das Geld. Viel verdienen kann man hier nicht. Und natürlich ist es unerträglich, permanent mit Rechtsextremen konfrontiert zu sein. Aber für mich ist es die Herausforderung, mit meinem Team und engagierten Menschen vor Ort tagtäglich genau dagegen vorzugehen. Ein Ermüdungseffekt wäre doch exakt das, was die Neonazis mit ihren täglichen Provokationen erreichen wollen. Und diesen Gefallen werden wir ihnen nicht tun.

Das sagt der Kopf. Aber was sagt Ihr Bauch?

Machen wir uns nichts vor: Diese Arbeit ist mühsam. Und wir haben trotz aller Unterstützung vom Senat nach wie vor keine Planungssicherheit. Die Zuwendungen, die wir erhalten, gelten nur für ein Jahr. Wenn in regelmäßigen Abständen die Finanzierung des Projekts infrage gestellt wird, ist das natürlich eine enorme Belastung. Würden wir nicht so viel

Unterstützung der Menschen aus den Kiezen erhalten, die dann empörte Briefe an die Politiker schreiben, hätte sich bei mir schon häufiger ein Gefühl der Ermattung breitgemacht.

Wie lange werden Sie diesen Job noch machen?

Wenn es die Geldgeber zulassen, hoffentlich noch sehr lange.

Aber wäre es nicht besser, Ihre Arbeit wäre irgendwann einmal nicht mehr notwendig?

Sicherlich. Und wir arbeiten ja auch tagtäglich intensiv an unserer eigenen Überflüssigkeit. Leider denke ich, dass dies trotzdem noch einige Zeit dauern wird.

(Konrad Litschko & Felix Lee)

DIE ZEIT

Die Zeit (10.05.2009, auch erschienen im Tagesspiegel)

Frau sucht Führer

Immer mehr Rechtsextreme sind weiblich. Die Grünen warnen schon vor einem Risiko für die Zukunft.

Ein zentraler Begriff im Leben von Tanja Privenau lautet: Vorsicht. Bei der Tagung in Berlin dürfen von ihr keine Fotos gemacht werden. Ein junger Mann passt auf, dass niemand eine Kamera oder ein Fotohandy zückt. Die Veranstaltung zum Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ findet im gut geschützten Centrum Judaicum statt – hier kommt niemand rein, der verdächtig erscheint. Die Wachsamkeit ist notwendig: Seit Privenau vor vier Jahren die rechtsextreme Szene verlassen hat, wird sie von einstigen „Kameraden“ verfolgt. Sie sah sich gezwungen, siebenmal mit ihren Kindern umzuziehen. „Der Ausstieg hat sich als unheimlich hart herausgestellt“, sagt Privenau. Und er sei angesichts der Bedrohung „immer noch nicht abgeschlossen“.

Die freundlich auftretende, 37 Jahre alte Mutter von fünf Kindern war jahrelang eine Größe im braunen Milieu. Sie brachte es in der männerdominierten Szene sogar zur Anführerin einer „Kameradschaft“ von Neonazis. Sie sei so tief eingetaucht, weil „die radikalen Forderungen, etwa nach der Einführung der Todesstrafe für Kinderschänder, mir genauso gefallen haben wie die Musik – und die ‚echten‘ Männer“. Privenau war nicht die einzige Frau, die sich begeistern konnte: „Ich habe Frauenkreise gegründet, die sich später dem ‚Ring Nationaler Frauen‘ (RNF) angeschlossen haben“, erzählt sie. Der RNF gehört zur NPD.

Privenau ist auf der Tagung am vergangenen Donnerstag eine Art Kronzeugin für die These der Veranstalter, der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Berliner Grünen, die Öffentlichkeit müsse für das schwierige Thema Frauen und Rechtsextremismus stärker sensibilisiert werden. „Rechtsextreme Frauen werden viel weniger wahrgenommen als Männer, dabei gibt es immer öfter auch reine Frauengruppen“, sagt Esther Lehnert von der Berliner Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Außerdem meldeten unauffällig erscheinende Rechtsextremistinnen Aufmärsche an und mieteten Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Die Szene selbst messe Frauen „vermehrt Bedeutung zu“, schreibt der Berliner Verfassungsschutz in einer internen Analyse. Weibliche Mitglieder der Szene deckten „ein großes Spektrum an Funktionen, Orientierungen und Handlungsmustern ab“, manchmal sogar ideologisch radikaler als die Männer – aber „unterhalb der Führungsebene“. Und Frauen seien im Rechtsextremismus „quantitativ generell unterrepräsentiert“, eine „erhöhte sicherheitspolitische Bedeutung“ komme ihnen nicht zu. Ein Beispiel: Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger an rechten Delikten in Berlin liege bei sieben Prozent.

Entwarnung gibt der Verfassungsschutz jedoch nicht und verweist auf Umfragen, wonach Frauen „in gleichem Maß wie Männer zu rechtsextremistischen Einstellungen neigen“. Wovon die NPD schon profitiert hat: In Sachsen haben 2004 laut Forschungsgruppe Wahlen immerhin 14 Prozent der Frauen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren die NPD gewählt. Bundesweit stellten Frauen ein Drittel der Wählerschaft rechtsextremer Parteien, berichtet die Göttinger Frauenforscherin Johanna Sigl auf der Tagung. Die weibliche Mitgliedschaft in rechtsextremen Vereinigungen bewege sich zwischen zehn Prozent bei Neonazi-Cliquen und 27 Prozent bei der NPD.

Ein Frauenprojekt, das sich gegen den schleichenden Einzug rechter Propaganda in die Zivilgesellschaft einsetzt, ist „Lola für Lulu“ in Mecklenburg-Vorpommern, wo die NPD im Landtag sitzt und regional verankert ist. „Wir unterstützen Frauen im Landkreis Ludwigslust, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren“, sagt Heike Radvan von Lola für Lulu auf der Tagung. Radvan berichtet von Erzieherinnen, die mit rechtsextremen Müttern konfrontiert

sind. “Die sagen zu ihren Kindern ‚Heil Odin‘ und fordern im Kindergarten biodynamisches Essen”.

Um Rechtsextremismus bei Frauen zu bekämpfen, müsse die Regierung mehr Geld in die Jugendarbeit stecken, fordert auf der Tagung Renate Künast, Chefin der grünen Bundestagsfraktion: “Sonst entsteht ein systemisches Risiko für die Zukunft!” Neben anderen Projekten und Forschung zum Thema müssten auch nicht-staatliche Aussteigerprogramme wie “Exit” dauerhaft finanziert werden. Exit hat Tanja Privenau beim Ausstieg von Beginn an unterstützt. Etwa 25 der 300 Aussteiger, die Exit bislang betreut hat, seien Frauen, sagt der Leiter der Initiative, Bernd Wagner, am Rande der Tagung. Die problematische Situation der Aussteigerinnen, erst recht wenn sie Kinder haben, werde unterschätzt, klagt er.

(Frank Jansen)



Netz gegen Nazis (13.05.2009)

Rechtsextreme Frauen: Alles andere als harmlos

Welche Bedeutung haben Frauen in der rechtsextremen Szene und wie kann ihnen beim Ausstieg geholfen werden? Diesen Fragen widmete sich die Tagung "Frauen und Rechtsextremismus" der Amadeu Antonio Stiftung und von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN am 7. Mai 2009 im Centrum Judaicum in Berlin.

"Haus, Hof, Hierarchie und Hass, das sind die ideologischen Leitlinien der Rechtsextremen.", so fasste Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, in einem Vorwort die nationalkonservative Denkweise zusammen. Für die Weitergabe dieser Prinzipien spielen Frauen eine besondere Rolle, denn sie sind der soziale Kitt der Szene. In Jugendclubs oder Krabbelgruppen bereiten sie über scheinbar harmlose Angebote einen Zugang in die rechte Szene. Dennoch wird Rechtsextremismus in der Politik meist als rein männliches Phänomen in Verbindung mit Gewalt wahrgenommen. Als mangelhaft charakterisierte Renate Künast (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) in ihrem Grußwort die Haltung der Regierung zu Rechtsextremismus und Gender: "Die Bundesregierung ist auf dem rechten Auge blind, auf dem linken Auge ignoriert sie den Genderaspekt."

Unter der Moderation von Simone Rafael, Chefredakteurin von netz-gegen-nazis.de, diskutierten anschließend auf dem Podium Dr. Esther Lehnert von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Heike Radvan vom Projekt "Lola für Lulu - Frauen für Demokratie in Ludwigslust" der Amadeu Antonio Stiftung, Clara Herrmann von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sowie Tanja Privenau, Aussteigerin aus der rechtsextremistischen Szene.

Erfahrungen einer Aussteigerin

Tanja Privenaus Biographie macht deutlich, wie Frauen in die rechtsextreme Szene geraten und wie schwierig es ist, den Ausstiegswunsch zu realisieren. Schon mit vierzehn Jahren fand sie Zugang zu Neonazikreisen, der Übergang vom deutschnationalen Elternhaus war nur graduell. Bald war sie völlig im Bann der Szene und übernahm über Jahrzehnte hinweg selbst wichtige Funktionen in rechtsextremen Kameradschaften und Parteien. "Man hat Scheuklappen und kann nicht mehr richtig sehen", beschreibt sie diese Situation. Ein Schlüsselerlebnis war für Tanja Privenau, als ihr ältester behinderter Sohn bei einem Lager der mittlerweile verbotenen "Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) mit Wissen der Aufseher von anderen Kindern ausgegrenzt, gefesselt, verprügelt und eingesperrt wurde. Außenkontakte über ihre Berufstätigkeit ermöglichten ihr schließlich, ihre eigene Lage mit einer gewissen Distanz zu betrachten.

Ausschlaggeben für Tanja Privenaus Wunsch, rechtsextremen Kreisen den Rücken zu kehren, waren unter anderem ihre fünf Kinder, die sie vor ihrem gewalttätigen Vater retten wollte. Eben dies machte die Realisierung aber besonders schwierig. "Es gibt überhaupt keine klare gesetzliche Regelung dazu und das betrifft vor allem Frauen mit Kindern", so stellte Tanja Privenau fest. Im Jahr 2002 unternahm sie ihren ersten Versuch, mit Hilfe des Verfassungsschutzes auszusteigen. Der Versuch scheiterte, da ihr nicht die benötigte soziale, juristische, therapeutische und finanzielle Unterstützung gewährt werden konnte. Viele Ämter reagierten hilflos auf den Fall, bei dem ein Ausstieg durch eine Familie geht - nicht nur der Vater, auch die Großeltern der Kinder sind noch in der Szene. Dem Berater des Verfassungsschutzes ging es ähnlich. Er hatte sich noch nie mit Familienrecht auseinandergesetzt. Erst drei Jahre später gelang es ihr über die Aussteigerinitiative EXIT, endgültig den

Schlussstrich zu ziehen. Noch immer ist sie im Sorgerechtsstreit mit ihrem Ex-Mann, der von begüterten Nazis wie dem Anwalt Jürgen Rieger und dem Schweriner NPD-Abgeordneten Udo Pastörs großzügig finanziell unterstützt werde. Tanja Privenau selbst kann nicht einmal Gerichtskostenbeihilfe beantragen, weil sonst ihre verdeckte Identität bekannt werden würde.

Rechtsextreme Frauen brauchen spezielle Ausstiegsprogramme

Als konkrete Forderung an die Politik ergibt sich daraus, den § 8a der Kindeswohlgefährdung im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGBVIII) in Bezug auf Rechtsextremismus zu erweitern. Dringend notwendig wäre auch eine genderspezifische Ausstiegsberatung, die bisher noch völlig fehlt. Doch leider ist das Thema Rechtsextremismus in der Politik konjunkturell, so Clara Herrmann (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN): "Nur wenn wieder etwas passiert ist, gibt es einen Aufschrei und nur der gewalttätige Mann wird wahrgenommen."

Dr. Esther Lehnert (MBR) spricht in punkto Rechtsextremismus und Gender von einer doppelten Unsichtbarkeit der Frauen. Rechtsextreme Frauen nehmen innerhalb der Szene, die auf massiven Geschlechterhierarchien beruht, keine Frontstellung ein, sind aber sehr wohl ideologisch gefestigte Täterinnen. Von außen werden sie oft nicht als gefährlich bewertet. Viel seltener als Männer werden sie vor Gericht gebracht, weil eben auch die Normalgesellschaft auf biologistischen und sexistischen Konstrukten von Geschlecht basiert und in ihrer Wahrnehmung entsprechend strukturiert ist.

"Lola für Lulu" - geschlechtsspezifische Präventivarbeit

Eines der wenigen genderorientierten Projekte zu Rechtsextremismus ist "Lola für Lulu - Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust" der Amadeu Antonio Stiftung. Was tun, wenn ein Kind eingeschult wird, das den Namen Heil Odin trägt? Mit solchen Fragen müssen sich Erzieher und Erzieherinnen im Landkreis Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen, wo manche Kommunen 30 % NPD - Wählerschaft haben. Eine berufsspezifische Fortbildung zu Rechtsextremismus für Hebammen, Erzieher oder Lehrerinnen hält Heike Radvan als Präventivmaßnahme für dringend angebracht. Demnächst wird mit dem Mentorinnenprogramm von "Lola für Lulu" ein Pilotprojekt dazu gestartet, mit dem demokratische Frauen fit für den Einstieg in die Lokalpolitik gemacht werden sollen. Ein Peer Leader Training für Jugendliche, die sich in ihrem Umfeld für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen wollen, und politische Salons zum Thema runden das Feld der derzeitigen Aktivitäten ab.

Einig waren sich die Rednerinnen auf dem Podium, dass es dringend notwendig ist, den Genderaspekt in den Debatten um Rechtsextremismus aus seiner marginalen Position herauszuhieven. Ein gendersensibler Ansatz bedeutet, Frauen nicht als harmlose Mitläuferinnen wahrzunehmen und die entsprechenden Programme in der Präventivarbeit oder für ihren Ausstieg aus der Szene zu entwerfen. Aber auch dominante Männlichkeitskonstrukte, die an völkischen Ideologien angrenzen, sollten in den Blick genommen werden, denn vom akzeptierten Normalzustand zum Rechtsextremismus ist der Übergang fließend.

(Regina Rahe)



Netz gegen Nazis (15.05.2009)

Rechtsextreme Kleidermarken verbieten?! Einschüchterung per T-Shirt: Teilnehmer einer Neonazi-Demonstration in Peenemünde

Der Berliner Polizeipräsident tut es, die Fußballclubs St. Pauli, Hertha BSC, Werder Bremen, Borussia Dortmund, der FC Carl Zeiss Jena, Dynamo Dresden und der 1. FC Magdeburg tun es – und auch viele Schulen verbieten, rechtsextreme Kleidung zu tragen. Warum eigentlich?

Vom Berliner Polizeipräsidenten Dieter Glietsch gab es im März eine Dienstanweisung an seine Polizisten, im Dienst keine Kleidung zu tragen, die einen rechtsextremen Beigeschmack hat. Viele Fußballclubs erlauben es ihren Fans nicht, mit rechtsextremen T-Shirts ins Stadion zu kommen. Und auch viele Schulen verbieten das Tragen rechtsextremer Kleidung im Unterricht. Wie sinnvoll das ist, beantwortet Sabine Kritter von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

Das fällt doch unter das Recht auf freie Meinungsäußerung?

Das Tragen von Kleidung mit rechtsextremen Codes oder Symbolen ist nicht einfach irgendeine Meinungsäußerung, sondern eine, die zentral davon ausgeht, dass Menschen nicht gleichwertig seien. Sich als Deutsche überlegen zu fühlen, Menschen wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe als minderwertig zu behandeln und ihnen grundlegende Rechte abzusprechen, steht in klarem Gegensatz zum Prinzip der Menschenwürde. Und das muss man auch als Schule nicht einfach tolerieren, selbst wenn die getragenen Kennzeichen nicht strafrechtlich relevant sind. Eine Hausordnung, die das Tragen von rechtsextremer Kleidung verbietet, ist eine Möglichkeit, das zum Ausdruck zu bringen.

Was bringt ein Verbot?

Erstens: Die Schule positioniert sich für alle sichtbar gegen Rechtsextremismus. Sie zeigt sich damit sensibel für das Problemfeld und auch problembewusst. Eine Hausordnung ist ja im besten Fall Ergebnis einer breiten Diskussion an der Schule, durch die diejenigen gestärkt und ermutigt werden, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren, ebenso wie potentielle Opfer rechtsextremer Gewalt.

Zweitens wird eine klare Grenze gezogen: Symbole, Codes und Lifestyle haben eine nicht zu unterschätzende Wirkung unter den Schülern. Es geht um ein rechtsextremes Gruppengefühl und die Frage: Was ist cool und wer hat in der Schule das Sagen? Dadurch werden potentielle Opfer eingeschüchtert oder sogar bedroht.

Drittens erleichtert es Lehrerinnen und Lehrern die Arbeit, weil ein Verbot per Hausordnung ein einheitliches Vorgehen des Lehrerkollegiums ermöglicht, denn es schafft einen Rahmen und gibt damit eine gewisse Sicherheit. Vorher sind es meist nur einzelne Lehrer, die individuell etwas tun und sich dabei auf keine formalen Richtlinien beziehen können.

Was sind Gefahren?

Ein Verbot rechtsextremer Kleidermarken sollte nicht dazu führen, dadurch die Diskussion zum Thema ad acta zu legen. Denn letztlich ist es nicht das Verbot, das an den Einstellungen, die hinter den getragenen Klamotten stehen, etwas ändert. Vielmehr geht es

darum, mit Schülern, Lehrern und Schulleitung zu besprechen, wie mit dem Problem an der Schule umgegangen wird. Und da kann die Hausordnung nur ein Aspekt sein.

Was sollte denn verboten werden?

Schwierig ist es, einzelne Marken oder Zeichen zu verbieten, denn davon gibt es einfach zu viele und sie ändern sich zu schnell. Das könnte leicht zu einem Wettlauf werden nach dem Motto: „Das steht doch gar nicht in der Hausordnung drin!“ Praktikabler ist es, Kleidung zu verbieten, die rechtsextreme Gesinnung zur Schau trägt.

Lässt sich so ein Verbot durchsetzen?

Das ist, ohne Zweifel, der schwierigste Part. Dafür braucht die Schule Lehrerinnen und Lehrer, die rechtsextreme Orientierungen nicht nur sicher wahrnehmen können, sondern auch vor der Auseinandersetzung mit den Schülern nicht zurückschrecken; die also das Verbot umsetzen und gleichzeitig die Diskussion mit den Schülern suchen. Das ist nicht immer eine leichte Aufgabe und funktioniert langfristig nur, wenn immer mehr Lehrer und auch Schüler selbst Verantwortung dafür übernehmen.

Neues Deutschland

Neues Deutschland (19.05.2009)

Im Blumenviertel blüht das Vorurteil

Nach Brandanschlägen Studie zu Rechtsextremismus in Rudow vorgestellt

»Lieber drei Tage Regen als eine Stunde Besuch«, steht an einer Gartentür im Rudower Blumenviertel. Davon haben sich Nicole Jäckle und Ulrich Bahr nicht abschrecken lassen, als sie in dem Quartier zwischen Teltowkanal und Neuköllner Straße eine Anwohnerbefragung durchführten, deren Ergebnisse jetzt vorgestellt wurden. Sehen die Bewohner Rechtsextremismus als Problem? Wie leben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Blumenviertel zusammen? Das wollten Bahr und Jäckle im Auftrag des Interkulturellen Beratungs- und Begegnungs-Centrums bei Recherchen im Areal um Minze- und Orchideenweg herausfinden.

In dem Viertel mit dem idyllischen Namen waren im März und April 2008 zwei Brandanschläge auf Häuser migrantischer Familien verübt worden. Die zwei jugendlichen Täter aus dem rechtsextremen Spektrum, die auch selbst im Blumenviertel wohnten, waren im Januar 2009 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

82 Interviews haben Jäckle und Bahr mit Bewohnern des Blumenviertels geführt. In den Gesprächen wurde deutlich, dass nicht allein der organisierte Rechtsextremismus ein Problem ist. Zwar hat es in der Vergangenheit rechte Strukturen auch im Blumenviertel gegeben, davon zeugen nicht nur die Brandanschläge, sondern auch zahlreiche rechtsextreme Schmierereien und Aufkleber im Quartier. Gravierender erscheinen jedoch die rassistischen Einstellungen vieler Bewohner, die bei der Befragung offen zutage treten. Zwar haben nur 15 Prozent eine eindeutig negative Einstellung gegenüber Ausländern. Ressentiments sind jedoch verbreitet. »Woher haben die ihr Geld?«, fragen sich deutsche Blumenviertelbewohner angesichts der Häuser migrantischer Familien, nur um zu vermuten: »Diese Familien, die Zigeunersippen, die sind alle kriminell.«

Die Mehrheit der befragten Migrantinnen und Migranten spricht von negativen Erfahrungen mit Nachbarn. Fünf der zwölf Befragten haben im Viertel rassistische Bedrohung oder Beleidigung erlebt. Aber die Ablehnung äußert sich auch subtiler: »Oft werde ich angeguckt, als käme ich vom Mars. Es ist bisher nichts passiert, aber Blicke können oft mehr sagen als Worte«, so die Erfahrung eines migrantischen Anwohners. »Erschreckend« findet Jäckle, dass die Anschläge »kaum Thema in der Nachbarschaft« gewesen seien. »Uns ist ja noch nichts passiert, toi, toi, toi«, so äußerten sich mehrere deutsche Interviewpartner. Ganz anders die Situation der Migranten: Sie berichten von Depressionen und Schlafstörungen seit den Brandanschlägen.

Endlich angstfrei in ihrem Viertel leben zu können und als normale Bewohner anerkannt zu werden, fordern denn auch viele der Befragten mit Migrationshintergrund. Doch noch etwas hat die Studie gezeigt, so Frauke Büttner von der Mobilen Beratung gegen Rechts, die das Projekt betreut hat: Für ein besseres Zusammenleben seien Orte des Miteinanders von Migranten und Deutschen und präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus notwendig.

»Im Alltag ist es wichtig, Respekt und Toleranz zu fördern«, sagt Büttner. Gut findet sie die Aktivitäten der Nachbarschaftsinitiative »Blütenvielfalt«, die sich in Reaktion auf die Anschläge im Blumenviertel gebildet hat. Wenn die Initiative Erfolg hat, dann freuen sich im Blumenviertel vielleicht bald mehr Menschen über Besuch.

(Katharina Zeiher)



die tageszeitung (19.05.2009)

**Neonazi-Klamotten in Lichtenberg
Rechter Laden soll einpacken - Antifa plant Kundgebung neueröffneten Laden mit
rechtsextremen Klamotten in Lichtenberg.**

Der Eröffnungstermin war wohl nicht ganz zufällig gewählt: Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, luden die Betreiber des „Horrido“ in Lichtenberg zur Eröffnung. Bei Bratwurst und Freibier präsentierten sie ihr Sortiment – darunter die bei Rechtsextremen beliebten Modemarken „Eric & Sons“ und „Kategorie C“. „Eine klare Provokation“, findet Sabine Kritter von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus.

Nun organisieren lokale Antifa-Gruppen den Gegenprotest: Am Mittwoch wollen sie mit einer Kundgebung vor den Laden in der Straße Alt Friedrichsfelde 98 ziehen.

„Das Geschäft zielt eindeutig auf ein rechtsextremes Publikum“, so Kritter. „Eric & Sons“ werde auf rechtsextremen Internetseiten und der NPD-Homepage beworben. Ähnlich wie „Thor Steinar“ kommt die Marke mit nordischer Aufmachung und Runensymbolik daher. Die Marke „Kategorie C“ werde im „Horrido“ mit dem Zusatz „Hungrige Wölfe“ verkauft – für die Antifa-Gruppen ein Verweis auf die rechtsextreme Hooligan-Band gleichen Namens.

Der Protest um 18 Uhr wird auch von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes unterstützt. Man wolle dem Laden „entschlossenen Widerstand“ leisten und dafür sorgen, dass „Horrido bald einpacken kann“, heißt es in einem Aufruf. Unbekannte sind dem schon gefolgt: Das Schaufenster des Geschäfts wurde mit Steinwürfen entglast.

Laut Kritter plant auch das Lichtenberger Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Proteste.

(Konrad Litschko)



Cicero Online (Mai 2009)

Schleichende Gefahr Interview mit Esther Lehnert

Das öffentliche Erscheinungsbild der rechtsextremen Szene ist männerdominiert. Bei Parteikundgebungen und Demonstrationen sind Frauen eher Randerscheinungen. Kein Wunder: sie haben ihre eigenen Organisationsformen, und die gewinnen innerhalb der Szene zunehmend an Einfluss. Im Interview mit Cicero Online erklärt Rechtsextremismus-Expertin Esther Lehnert, woran das liegt – und welche Gefahren das weibliche Engagement birgt.

Frau Lehnert, woran erkennt man eine rechtsextreme Frau?

Das ist schwierig zu sagen, weil ganz viele von ihnen äußerst bürgerlich auftreten. Es gibt natürlich schon eine Reihe von rechtsextremen T-Shirts, die werden auch von Frauen getragen. Beliebt ist das Symbol der Triskele (dreiarmliges Hakenkreuz). Was wir außerdem – im straßenkämpferischen Milieu – in letzter Zeit verstärkt beobachten, sind dreifach gefärbte Haare: schwarz-weiß-rot. Aber es gibt bestimmt auch Frauen, die das tragen, die gar nicht wissen, dass das gerade schick ist bei den Nazifrauen.

Im März erregte eine Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen Aufsehen, derzufolge 14,4 Prozent der deutschen Jugendlichen „sehr ausländerfeindlich“ sind. Wenn diese Zahlen stimmen, dann würde das einen signifikanten Anstieg der Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen bedeuten. Welchen Anteil haben die Mädchen und Frauen daran?

Ich halte diese Zahlen durchaus für realistisch. Was den „weiblichen Anteil“ betrifft, so ist es allerdings so gut wie unmöglich, verlässliche quantitative Aussagen zu machen, weil Mädchen und Frauen ganz lange so gut wie gar nicht wahrgenommen wurden von den Beobachtern der Szene, man also keine Vergleichszahlen hat.

Was wir aber auf alle Fälle feststellen können, ist, dass die rechtsextremen Jugendkulturen viel pluraler geworden sind, das heißt, die Bandbreite für Jugendliche ist viel größer als früher – vom Habitus, vom Style, vom Aussehen und auch von den Inhalten her. Allein dass die Szene sich wegbewegt hat von dieser sehr stark männliche dominierten Skinheadoptik, hat sie für die Mädchen interessanter gemacht. Es gibt einfach viel mehr Einstiegsmöglichkeiten.

In einem aktuellen Verfassungsschutz-Bericht heißt es, dass auch die Szene selbst den Frauen vermehrt Bedeutung zumisst. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Was die NPD betrifft, so gehen wir davon aus, dass bestimmte Formen von Modernisierung nachgeholt werden. Und eine wichtige Form der Modernisierung ist natürlich die Auseinandersetzung mit dem Thema Frauen.

Auf der anderen Seite haben auch die NPD-Frauen selber erkannt, dass es wichtig ist, sich in reinen Frauengruppierungen zu organisieren und zu versammeln, um innerhalb der Partei und der Szene mehr erreichen zu können.

Widerspricht diese Emanzipation nicht dem konservativen Frauenbild der rechtsextremen Szene?

Die NPD-Frauen verstehen sich ja nicht als Emanzen, ganz im Gegenteil: sie grenzen sich stark von „linken Emanzenvereinen“ ab. Das tut ihnen nicht weh, es ist anschlussfähig und es zeigt den Männern in der Partei, in der Bewegung auch: Wir sind anders, aber wir wollen nicht an euren Vormachtstellungen kratzen, wir wollen nicht daran kratzen, dass die Welt natürlich biologistisch zweigeteilt ist.

Dann handelt es sich also doch nicht um eine Emanzipations-Bewegung?

Emanzipation nicht im „klassischen“, demokratischen Sinn, da auch das Engagement rechtsextremer Frauen hochgradig rassistisch ist. Es muss jedoch konstatiert werden, dass sehr wohl auf „emanzipatorische“ Methoden zurück gegriffen wird. So geht es dem Ring nationaler Frauen (RNF) zum Beispiel, der offiziellen Frauenorganisation der NPD, die im Herbst 2006 gegründet worden ist eindeutig darum „nationale“ Frauen zu empowern. Rechtsextreme scheuen sich nicht Methoden zu verwenden, die in sozial progressiven emanzipatorischen Bewegungen entwickelt worden sind. Beispielsweise das Mentorinnenkonzept: ältere, gestandene Frauen innerhalb der Szene haben Vorbildfunktion, sie nehmen die jüngeren Frauen an die Hand. Das ist im Prinzip eine Idee aus der zweiten deutschen Frauenbewegung in den siebziger Jahren.

„Frauen in der Szene gelten als ideologisch gefestigter als ihre Kameraden“, haben Sie unlängst im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ gesagt...

...das formuliere ich gerne so zugespitzt. Mir geht es mit dieser Aussage in erster Linie darum, dem weit verbreiteten Vorurteil, dass Frauen grundsätzlich als Anhängsel oder Freundin von xy in die Szene kommen etwas entgegen zu setzen. Die wenigen Forschungen, die es zu dem Thema gibt, weisen darauf hin, dass die Frauen, die sich für einen Einstieg in die Szene entscheiden, meistens ideologisch sehr gefestigt sind – dass es also weniger das Action-Moment ist, das bei jungen Männern häufig eine sehr große Rolle spielt, sondern bei Frauen eben viel eher die politische Überzeugung.

Gibt es Erhebungen über den durchschnittlichen Bildungsgrad rechtsextremer Frauen?

Nein. Aber die Frauen, die in der rechtsextremen Szene als Protagonistinnen unterwegs sind, die sind alle sehr gebildet. Im Prinzip ist es so wie gesellschaftsweit auch: wenn Frauen so weit kommen wollen wie Männer, dann müssen sie in der Regel mehr drauf haben. Die Frauen, die da vorne stehen, konterkarieren also das Bild des tumben Schlägertypen, das vielen beim Begriff „Neonazi“ sofort einfällt.

Die Frauen als gesellschaftsfähige Neonazis?

Ja. Und darin liegt eine große Gefahr: Neulich habe ich zum Beispiel in einem rechtsextremen Forum den Beitrag einer Mutter gelesen, die schrieb, wenn man sich in der Elternarbeit einbringen wolle, dann sei es wichtig, dass man anfänglich keine nationalen Themen bemühe, nicht über Politik rede. Die Strategie funktioniert also so: Über das Knüpfen von sozialen Bindungen werden nach und nach rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte transportiert.

In dem Moment, wo ich die Frau xy als engagierte Mutter kennengelernt habe, fällt es mir viel schwerer, zu akzeptieren, dass ihre Äußerungen darauf hindeuten, dass sie kein demokratisches Bewusstsein hat.

Diese Gefahr der „schleichenden Bekehrung“ ist umso größer deshalb, weil die breite Gesellschaft immer noch stark patriarchalisch geprägt ist, also eine genaue Vorstellung davon hat, was gefährlich ist: Das ist eine bestimmte Art von männlicher Gewalt, die nichts mit dem zu tun hat, was die Frauen da anrichten.

Welche politischen Themen werden von den rechtsextremen Frauen aufgegriffen?

Oft werden große Themen gegendert: Zum Beispiel werden die Frauen beim Thema Zuwanderung besonders in die Pflicht genommen, als „Bewahrerinnen der weißen deutschen Rasse“. Rassistische Stereotype werden vor allem gegenüber Frauen geäußert, immer wieder grenzt man sich zum Beispiel gegen muslimische Frauen ab. Ein anderes großes Thema ist die Familienpolitik mit der Forderung „Müttergehalt statt Elterngeld“. Und was immer wieder zum Stimmenfang benutzt wird, ist die populistische Forderung nach einer „Todesstrafe für Kinderschänder“.

Wie kann man junge Frauen, die gefährdet sind, in die rechtsextreme Szene abzurutschen, davor bewahren?

Grundsätzlich ist es wichtig, auch Mädchen eine politische Überzeugung zuzutrauen. Es wird einfach häufig davon ausgegangen, dass Mädchen und Frauen keine eigene politische Überzeugung haben, dass sie, wenn sie sich überhaupt politisch äußern, auf jeden Fall von ihrem Freund beeinflusst worden sind. Deswegen werden rechtsextreme, rassistische und antisemitische Äußerungen von Mädchen als Anzeichen einer politischen Radikalisierung häufig nicht ernst genug genommen.

Wenn das vorausgesetzt werden kann, dann muss an den Widersprüchen gearbeitet werden. Den Jugendlichen muss gezeigt werden, dass die Propaganda und die Wirklichkeit in vielem nicht übereinstimmen. Das kann man sehr gut am Frauenbild der rechtsextremen Szene demonstrieren.

Ein anderer Ansatz ist, das Interesse an demokratischen Prozessen bei den Jugendlichen zu stärken – auch bei denen, die zunächst nicht gefährdet zu sein scheinen.

Ein NPD-Verbot würde der Bewegung ihre umstrittene rechtsstaatliche Legitimation nehmen. Könnte das für die Frauen, die für eine „rechtsextreme Normalität“ stehen, zum Ausstiegsgrund werden?

Es ist schon so, dass es für eine Reihe von Frauen eine Rolle spielt, dass die NPD eine Partei ist, die sich als „normale Partei“ geriert. Und natürlich sind wir generell für ein Verbot. Aber das alleine reicht nicht. Denn an den Einstellungen ändern wir damit zunächst gar nichts.

Welche Handlungsansätze empfehlen Sie der Politik, abgesehen von einem NPD-Verbot?

Ganz wichtig ist die Arbeit an den staatlichen Aussteigerprogrammen, die bisher alle nicht gender-orientiert funktionieren. Ein entscheidendes Kriterium in diesen Programmen ist nämlich die Straffälligkeit – nur jemandem, der innerhalb der Szene straffällig geworden ist, kann beim Ausstieg geholfen werden. Da das auf die wenigsten Mädchen und Frauen zutrifft, fallen sie hier wieder mal unter den Tisch.

Wir fordern also zum einen, auch Frauen, die sich von der Szene distanzieren, ohne straffällig geworden zu sein, als Aussteigerinnen in die Programme aufzunehmen – zum anderen, dass die Programme generell mehr auf die Belange und Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet werden, um auch Aktivistinnen und Protagonistinnen der Szene zum Ausstieg motivieren zu können.

Vielen Dank für das Gespräch!

(Das Interview führte Sophie Diesselhorst)

Basler Zeitung

Basler Zeitung (ebenfalls erschienen in der Der Tagesanzeiger, 20.05.2009)

Vormarsch der Frauen in der Neonazi-Szene

Unauffälliger als die Männer, aber nicht minder radikal: Frauen spielen in der deutschen Rechtsextremen-Szene eine zunehmend wichtige Rolle – und das mit Folgen.

Als sie ihre Karriere in der rechtsextremen Szene startete, konnte es für Tanja Privenau nicht radikal genug zugehen. Drogendealern wünschte die damals 13-Jährige die Todesstrafe, Juden die Vernichtung und dem politischen Feind den «Tag der Abrechnung». Vor allem aber faszinierte sie die klare Rollenteilung. «Echte Mannsbilder gab es dort noch. Der Mann an der Waffe, die Frau am Herd», erinnert sich die Aussteigerin.

25 Jahre später sind aus den Heimchen am Herd heimliche Herrinnen geworden. Innerhalb der Rechtsextremen sind die Neonazi-Frauen heute der soziale Kitt, ohne den praktisch nichts mehr läuft. Nach aussen unterwandern sie dabei gezielt andere soziale Gruppen wie etwa Jugendtreffs. Und weil die Frauen nicht grölen, sondern über den Gartenzaun hinweg plaudern, wirkt die rechte Szene weniger brutal. Statt den Springerstiefeln wird das Image poliert. In Wahrheit aber denken die Frauen nicht weniger radikal und schrecken auch vor Gewalt nicht zurück. 30 Prozent der Neumitgliedschaften in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sollen Frauen sein, ebenso viele wie bei den etablierten Parteien. Und der Ring Nationaler Frauen (RNF), eine NPD-Unterorganisation, buhlt offenbar noch erfolgreicher um Mitglieder: Ihre Zahl hat sich laut eigenen Angaben innerhalb eines Jahres auf rund 150 verfünffacht. Qualitativ gewinnen Frauen ebenfalls an Einfluss: Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass sie den Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren «ideologisch modernisiert» haben.

Mitläuferin, dann Funktionärin

Auch Privenau ist über die Jahre bis in die Kaderspitze gestürmt. Nachdem sie mit der Neonazi-Ideologie von Kindesbeinen an aufgewachsen war, wurde die heute 38-Jährige zunächst Mitglied in der später verbotenen Wiking-Jugend. In der Szene fand sie auch ihren ersten Freund. Als Jugendliche schloss sie sich der – ebenfalls später verbotenen – Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei an. Danach leitete sie Freie Kameradschaften und brachte den rechten Nachwuchs auf Linie.

Zunächst musste sich Privenau gegen die Vorherrschaft der Männer durchboxen. Erst nach etwa zehn Jahren wurde klar: Aus der Mitläuferin war eine Funktionärin geworden. «Ich habe viele Demonstrationen angemeldet und in Mecklenburg-Vorpommern die sogenannten national befreiten Zonen mit aufgebaut», bekennt die Ex-Neonazi-Frau. Wenn es zu Krawallen mit der Polizei kam, schleuderte auch sie Pflastersteine gegen den «politischen Feind». Andere Aussteigerinnen berichten, dass sie bei Gruppengewalt gegen Einzelne Schmiere gestanden, mit dem Handy gefilmt oder selbst zugeschlagen haben.

Von aussen ist indes meist schwer zu erkennen, bei wem das Herz rechts schlägt. Als die NPD kürzlich in ihrer Parteizentrale in Berlin-Köpenick eine Versammlung zum 1. Mai abhielt, betreuten Neonazi-Frauen die Hüpfburg auf dem Hinterhof und sorgten für Speis und Trank. Auf Plakaten wirbt der RNF für ein Muttergehalt. Mit Blusen und Röcken oder Hosenanzug wirken die rechtsextremen Frauen allenfalls konservativ und adrett. Auf der RNF-Website etwa zeigt sich die 60-jährige Edda Schmidt aus Baden-Württemberg artig in trachtenähnlicher Rüschenbluse an der PR-Front, die 47-jährige Katrin Köhler aus Chemnitz mit geflochtenen Zöpfen. Wahlweise setzen sie sich für Brauchtum oder Alleinerziehende ein.

Unauffälliges Doppelleben

Solche Frauen lassen sich auch gerne in Elternbeiräte wählen; hier können sie die Gesellschaft relativ ungestört formen, während sie für die Aussenwelt ein Doppelleben führen. Stella Palau etwa hielt sich nach ihrem Umzug ins brandenburgische Hohen-

Neuendorf zunächst mit politischen Äusserungen zurück. Mutterrolle statt Strassenkampf lautet die Devise: An vorderster Front sprach sie in einem alternativen Familienzentrum lieber über Ernährung und Kindererziehung. Erst durch einen Zufall erfuhren die Verantwortlichen dort: Palau ist Mitglied im NPD-Bundesvorstand. Im Familienzentrum ist sie heute unerwünscht.

«Die Frauen sind weniger sichtbar als die Männer», sagt Esther Lehnert von der Mobilen Beratung Rechtsextremismus (MBR) in Berlin. Immer noch greife das gängige Vorurteil, Frauen seien friedfertiger. «So sind sie als Rechtsradikale schwerer zu erkennen: Sie wirken sehr nett und bürgerlich.» Ein Trugschluss: «Die Frauen sind meist ideologisch gefestigter», sagt Lehnert.

Behinderten Sohn misshandelt

Tanja Privenau hat vor vier Jahren mit ihren fünf Kindern mit Hilfe der Aussteiger-Organisation Exit dennoch den Absprung geschafft. Ihr geistig behinderter Sohn wurde in Ferienlagern der mittlerweile verbotenen «Heimattreuen Deutschen Jugend» eingesperrt, gefesselt und verprügelt. Zu Hause warf ihr Ehemann beim Streit auch schon mal den Tisch durch das Zimmer, erinnert sie sich. Er brach ihr mehrere Knochen, darunter das Steissbein. «Ich habe mich gefragt, ob ich das für meine Kinder will – und bin dann aufgewacht», sagt Privenau.

Doch gerade für die 25 Frauen unter den 300 Aussteigern, die Exit bisher betreut hat, ist die Kehrtwende besonders schwierig. Häufig kommt es bei Paaren mit Kindern zum Sorgerechtsstreit. Privenau erzählt, ihr Ex-Mann sei während der Scheidung von den rechten Kameraden finanziell unterstützt worden. Sie dagegen habe nicht einmal Prozesskostenhilfe beantragen können. Denn dann hätte sie ihre neue Identität offenlegen müssen. Geld sei aber auch für die Therapien der Kinder notwendig gewesen. «Ich kann es Frauen nicht empfehlen auszusteigen. Es ist sehr gefährlich», warnt Privenau. «Ich zweifle jeden Tag daran, ob es mir noch einmal möglich sein wird, ein normales Leben zu führen.»

(Fabian Löhe)



Zitty (23.05.2009)

Chaos in der rechten Szene

Der Sozialarbeiter sitzt auf einem zerschlagenen Sofa im Keller des Jugendzentrums und ärgert sich. Es steht in den Hausregeln: Mit Thor-Steinar-Klamotten kommt keiner in die „Bunte Kuh“. Da sei man sich doch einig. Der Sozialarbeiter sagt „mensch“ statt „man“. Jens sitzt neben ihm auf der Couch. Montagabend, Plenum, ein Dutzend Jugendliche auf Couchgruppen, in der Ecke eine rote Antifa-Flagge, an der Wand ein Plakat, Superman schlägt einen Comic-Hitler. Bei der Party neulich gab es wieder Stress wegen Thor Steinar. Jens schaut in den aufgeklappten Laptop auf seinem Schoß und nickt. Er kennt die Argumente der Jungs, die vorne am Hofeingang abhängen, saufen, in die Ecke pinkeln. Sind doch nur Klamotten. „Das ist Nazi-Kleidung“, sagt Jens.

Er ist 23, macht gerade seinen Realschulabschluss nach, trägt schwarze Hosen mit ausgebeulten Seitentaschen und hat einen Urahn, der mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen den Krieg gestimmt hat. Es gibt in seiner Familie so etwas wie eine antifaschistische Tradition. Und er setzt sie fort, draußen am Rande von Berlin, in Weißensee, im Jugendclub „Bunte Kuh“, wo er donnerstags Infoveranstaltungen über Rechtsextreme besucht und wo sie freitags im Buchclub die Philosophie von Horkheimer und Adorno diskutieren. Jens heißt nicht Jens, er hat Angst vor den Rechten sagt er. Vor Jahren hat er einmal ein Interview gegeben, anschließend klebte ein Zettel an seiner Wohnungstür: Antifa zerschlagen. Jens hat am 1. Mai in Köpenick gegen das NPD-Familienfest demonstriert und im März gegen den Thor-Steinar-Laden in Friedrichshain. Er kratzt ständig Aufkleber mit Neonazi-Parolen von den Laternen und surft im Internet durch linke und rechte Seiten. „Wir müssen geschult sein“, sagt er, „immer wieder ein Update machen.“ Er kann gar nicht genau sagen, warum. Aber er fühlt sich zuständig, seit er 16 ist. Sein Ziel: „Neonazis in ihren Freiräumen einengen“. Er teilt es mit den Leuten aus etlichen anderen Bündnissen und Initiativen, die in den ersten Monaten des Jahres immer wieder für Öffentlichkeit gesorgt haben. Der Druck auf die extreme Rechte in Berlin wächst nicht nur von dieser Seite. Ende März hat das Innenministerium die Heimattreue Deutsche Jugend verboten, eine rechte Kadenschmiede mit Verbindungen zur NPD. Die Nationaldemokraten werden von einem Schuldenberg erdrückt und rangeln im Bund und im Land Berlin um ihre Führung. Die Polizei geht seit Jahren so rigoros gegen rechte Konzerte vor, dass es praktisch keine mehr gibt. Manchen Thor-Steinar-Läden wird vom Hauseigentümer gekündigt, bevor sie richtig aufgemacht haben. Über all das freut sich Jens, und doch fragt er sich, warum der Protest vor allem in Friedrichshain, Mitte und Prenzlauer Berg stattfindet, wo es schon viele linke Hausprojekte und Kulturzentren gibt.

Gerade hier am Stadtrand findet er es wichtiger, etwas zu unternehmen. Weißensee kommt ihm manchmal vor wie ein Katalog für Rechtsextreme. Es sind alle gängigen Berliner Typen vorhanden, sagt er. Der NPD-Funktionär aus dem Pankower Kreisverband, den er abends nach der Arbeit nach Hause laufen sieht. Der Neonazi-Anwalt, der die verbotene Jugendorganisation Wiking-Jugend angeführt hat, Mitglied der kürzlich verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend war und seine Kanzlei mitten in Weißensee hat. Vor allem aber die Autonomen Nationalen, junge Männer, die Adidas-Schuhe tragen, Pullover mit Hip-Hop-Schrift, manchmal steht „Gegen Nazis“ darauf. Und darunter, ganz klein: „in Gefängnissen“. Er erkennt sie an ihren Gesichtern, sagt Jens. „Man sieht darin irgendwie die Gewalt.“ So etwas Dumpfes. An den Wochenenden, abends, meidet er bestimmte S-

Bahnhöfe. Greifswalder Straße, Ostkreuz, Frankfurter Allee. Es sind Stationen auf dem Weg in den Süden von Neukölln, glaubt er, wo Autonome Nationalisten mit ihren Kameraden feiern. Dort, in Rudow, sind im April vor einem Jahr Häuser von Einwanderern angezündet worden. Bei den vergangenen Wahlen ist die NPD in die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung eingezogen.

„Ohne die NPD passiert in Berlin nichts“, sagt Ulli Jentsch. Er sitzt an einem alten Holztisch, Kerben, Kratzeleien. Hinter ihm: Regale voller Ordner. Das Antifaschistische Pressearchiv, kurz apabiz, dokumentiert in der Fabriketage in einem Kreuzberger Hinterhof seit Jahren, wie Rechte in der Hauptstadt auftreten. Seit einiger Zeit gehen sie mit Kameras und Aufnahmegeräten zu Demos und öffentlichen Vorträgen. Danach machen sie Dossiers daraus, mit Bildern und Redetexten. Jentsch hat den Überblick. Er sagt: „Außerhalb der NPD gibt es keinen wirklich erwähnenswerten personellen Zusammenhang in Berlin, der in der Lage ist, rechtsgerichtete politische Projekte zu verwirklichen.“ Aber selbst die NPD, die gerade 1,27 Millionen Euro Parteiförderung zurückzahlen muss, ist nur in ganz wenigen Bezirken wirklich präsent. Der Autor und Journalist Olaf Sundermeyer hat für sein Buch „In der NPD“ Parteifunktionäre in ganz Deutschland getroffen, um zu zeigen, wie die Partei sich ausbreitet. Die Kapitel spielen in Brandenburg, in Sachsen, im Ruhrgebiet. Von Berlin handelt keines.

„Die NPD ist kein Großstadtphänomen“, sagt Sundermeyer, „sie wird da gewählt, wo wenige leben.“ Allein im Bezirk Treptow-Köpenick, wo ihr Bundesvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung sitzt, hätten es die Nationaldemokraten geschafft, die Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Die Machtzentren der NPD sieht er in Dresden und Schwerin, wo sie aus den Landtagen heraus agiert. Nicht in der Metropole, die die Neonazis gern wieder zur „Reichshauptstadt“ machen würden. Zum ersten Mal seit langem, stellt Jentsch vom apabiz fest, gebe es jetzt außerdem eine „parteiinterne Fraktionierung.“ Zwei NPD-Kreisverbände haben sich abgespalten. Das Zerwürfnis begann mit einer Demonstration gegen Kindesmissbrauch und endete vorerst mit einer Affäre um Nacktfotos einer Nationalen. Gesine Hennrich, die Kreisvorsitzende aus Marzahn-Hellersdorf hatte gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden von Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf Proteste gegen einen angeklagten Pädophilen initiiert, als NPD-Veranstaltung. Jörg Hähnel, der Landeschef mit den Kameradschafts-Verbindungen, wollte ihr das nicht genehmigen. Ein Machtkampf, die beiden rebellischen Kreisvorsitzenden meldeten die Demo als Privatpersonen an. Als im Internet Bilder von der Marzahner Frontfrau auftauchten, auf denen sie halbnackt posierte, nutzte Hähnel diese Blöße und drängte Hennrich zum Austritt – falls sie weiterhin seinen Konkurrenten aus dem Tempelhofer Kreisverband unterstütze. Mittlerweile sind beide Rebellen zurückgetreten. Eine Fraktion um die ehemalige Marzahner Vorsitzende scharft sich seitdem auf Anti-Kinderschänder-Demos um Transparente mit der Aufschrift „Frontbann 24“ und betreibt unter dem Titel eine Internetseite, wo von Ortsgruppen in Lichtenberg und Schöneeweide die Rede ist.

Hennrich, sagt Ulli Jentsch, sei in Marzahn wesentlich „aktionistischer“ aufgetreten als der komplette Landesverband vorher. Er sieht hinter dem „Porno“-Eklat den Streit zweier Fraktionen innerhalb der NPD. Die Landesführung um den Parteisoldaten Hähnel, die nach außen auf deutsche Familienwerte und Seriosität setzt und die Marzahner Gruppe um Hennrich, die vor allem durch Aktionen mit platten Parolen auffiel. Ein linkes Online-Medium spricht von „einem Haufen von Plattenbau-Deppen“, Jentsch von „Marzahner Glatzen“. Er fragt sich, ob das „Freie Nationale Bündnis“ aus dem Sächsischen Vogtland, das dort die NPD als politischen Akteur faktisch abgelöst habe, jetzt in die Berliner Lücken im Osten und im Zentrum vorstoßen will. Ein neuer Zusammenschluss um den ehemaligen Tempelhofer Kreisvorsitzenden verteilt offenbar Mitgliedsanträge für das „Freie Nationale Bündnis“.

Dass die rechtsextreme DVU, die mit dem schwedischen Unternehmer Patrik Brinkmann gerade einen neuen Finanzförderer gefunden hat, künftig in der Hauptstadt eine Rolle spielen könnte, bezweifelt Jentsch. Zwar hat Brinkmann im Sommer 2008 eine Villa in

Zehlendorf gekauft und ein Sprecher seiner Stiftung sagte Anfang Mai, sie solle nach Berlin verlegt werden. Doch noch hält sich die DVU an den Deutschland-Pakt mit der NPD, der eine Aufteilung nach Bundesländern vorsieht. „In Berlin“, sagt er, „ist die DVU nicht mal mehr eine Leiche.“ Die NPD, die der Verfassungsschutz als Gravitationszentrum des deutschen Rechtsextremismus sieht, hält er nach wie vor für lebendig. Mit den politischen Rauswürfen der jüngsten Zeit, könne die Bindungskraft aber durchaus sinken. „Die Personaldecke der NPD ist in Berlin nicht gerade dick“, sagt Sabine Kritter von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus. Wenn einzelne Führungspersonen abwandern, schwächt das die Organisation. Allerdings: Eine ernsthafte Alternative sieht Kritter in deren Neugründungen bisher nicht. Es ist ohnehin nicht immer leicht zu sagen, was genau sich hinter manchen Bezeichnungen verbirgt, mit denen Rechte Demonstranten ihre Transparente beschriften.

Seit 2005 zwei zentrale Berliner Kameradschaften verboten wurden, sieht der Verfassungsschutz die Bedeutung von reinen „Labels“ wachsen, hinter denen sich keine wirkliche Struktur mehr verberge, teilt die Senatsverwaltung für Inneres auf Anfrage mit. Es tauchen auf Demos zwar diverse Schein-Organisationen auf, die sich „Nationale Aktivisten Prenzlauer Berg“ oder „Freie Nationalisten Tempelhof“ nennen. Damit solle eine „größere Bewegung zahlreicher Gruppierungen“ vorgetäuscht werden. „Tatsächlich sind in Berlin derzeit so gut wie keine Kameradschaften existent“, bilanziert der Verfassungsschutz. Jentsch vom apabiz beobachtet nichts anderes. Dass die Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten in Berlin 2008 im Gegensatz zum Vorjahr um 17 auf 91 gestiegen ist, lässt sich seiner Ansicht nach auch damit erklären, dass es zahlreiche jugendliche Cliquen von Neonazis gibt, die nicht unbedingt organisiert sind – und trotzdem zuschlagen.

Damit in manchen Kiezen erst gar kein Umfeld entsteht, in dem solche Schläger oder NPD-nahe Autonome Nationalisten sich ungestört bewegen können, setzt die Mobile Beratung auf das Engagement von Nachbarschaftsinitiativen, Schulen und Bezirksvertretern. Tatsächlich sind wohl auch diverse Berliner Antifa-Gruppen, die nicht immer pazifistisch auftreten, für den geringen Einfluss der Rechten mitverantwortlich.

In den Büros der Mobilien Beratung, in der Chausseestraße, in Berlins IT-Mitte, liegen Broschüren aus, Ratgeberhefte für die Jugendarbeit. Darin sind die neuen Nationalen abgebildet, moderne Nazis mit Glatze oder Cap und T-Shirts, auf denen „Old School Racist“ oder „Odin Statt Jesus“ steht. Dazu ihre Bands: „Zillertaler Türkenjäger“, „Die Lunikoff Verschwörung“. Ein paar Seiten weiter: die Gegendemonstranten, mit Plakaten, die einen Playmobil-Hitler zeigen, „Berlin gegen Nazis“. Eines davon hängt bei der Mobilien Beratung im Konferenzraum. Sabine Kritter hat gerade wegen der jüngsten Thor-Steinar-Proteste den Eindruck, dass mittlerweile mehr Leute merken, wie wichtig es ist, etwas gegen das zu unternehmen, was sie rechtsextreme Infrastrukturen nennt, also Kneipen und Szene-Läden. In Lichtenberg hat es eine lokale Initiative kürzlich geschafft, einen „Werwolf“-Laden zu vertreiben, in dem Promo-Material für rechte Berliner Bands wie Spreegeschwader verkauft wurde.

Die Aktivisten informierten den Eigentümer über den Ladeninhalt und der kündigte dem Betreiber. Kritter setzt sich mit der Mobilien Beratung jetzt dafür ein, rechte Läden schon zu verhindern, bevor sie überhaupt aufmachen können. In Lichtenberg werden gerade Mietverträge entwickelt, die den Verkauf rechtsextremer Marken verbieten.

„Rechtsextreme versuchen, sich im öffentlichen Raum zu verankern“, sagt Kritter, „um dadurch zum ganz normalen Bestandteil der lokalen Infrastruktur zu werden.“ Sie setzen darauf, dass sich irgendwann ein gewisser Gewöhnungseffekt gegenüber rechtsextremen Läden einstellt. In Berlin kommen sie nicht besonders weit. Die Räume sind eng. Der Protest zeigt Wirkung: Es sei, hat ein Funktionär dem Autor Sundermeyer während seiner Recherchen erzählt, auch für die NPD angenehmer, da Wahlkampf zu machen, wo die Plakate hängen bleiben.

(Johannes Gernert)



die tageszeitung (03.06.2009)

Schlag ins Gesicht der Antifa

Der Geschäftsführer der bei Rechten beliebten Modemarke soll zwei Frauen bedroht haben, das Verfahren wird gegen Geldzahlung eingestellt. Ein Gerichtstermin

Betont gelassen kaut er sein Kaugummi, die viel zu große Sonnenbrille setzt er selbst im dunklen Gerichtsflur nicht ab. Fast immer wenn es um die umstrittene Modemarke Thor Steinar geht, fällt sein Name: Uwe Meusel, der sonnengebräunte Geschäftsmann aus Königs Wusterhausen. Obwohl er kein Wort mit den Journalisten reden will, merkt man ihm seine Siegesicherheit an. Thor Steinar gilt als eines der beliebtesten Accessoires in der Neonazi-Szene. Mit der Marke werden jedes Jahr Millionenumsätze gemacht. Normalerweise ist Meusel nur vor Gericht zu sehen, wenn wieder über die Räumung eines seiner Geschäfte verhandelt wird. Am Dienstag musste er vor dem Amtsgericht Tiergarten als Privatperson auf die Anklagebank.

Meusel, zweiter Geschäftsführer der Mediatex GmbH, die für Thor Steinar auftritt, wird vorgeworfen, mit einer Begleiterin im Sommer 2008 Hausfriedensbruch in einer Galerie in der Rosa-Luxemburg-Straße in Mitte begangen zu haben. Wenige Monate zuvor hatte in derselben Straße ein Thor-Steinar-Geschäft namens „Tønsberg“ eröffnet. Um gemeinsam gegen den Laden in Mitte zu protestieren, bildete sich 2008 eine Bürgerinitiative von Anwohnern und Kulturschaffenden. Als Sprecherin trat damals Lilian Engelmann auf. Am 16. Juli sollen Uwe Meusel und Franziska K. die Galerie von Engelmann betreten und aggressiv auf sie eingeredet haben. „Er wollte uns definitiv einschüchtern“, sagte Anna Papenberg, die sich zu dem Zeitpunkt auch in der Galerie befand. Trotz mehrfacher Aufforderung hätten sich Meusel und seine Begleiterin geweigert zu gehen.

Bevor Meusel die Räume schließlich doch verließ, habe er die Anwesenden schließlich direkt bedroht. „Er sagte mir, ich solle in Zukunft lieber auf meine Gesundheit achten“, so Papenberg. Daraufhin rief sie die Polizei. Umso überraschter war Papenberg, als sie am Dienstag erfuhr, dass gegen Meusel nicht wegen Bedrohung, sondern lediglich wegen Hausfriedensbruch ermittelt wurde.

Obwohl die Richterin die „Strafwürdigkeit“ seiner Tat ausdrücklich bestätigte, konnten Meusels Anwälte noch vor der eigentlichen Verhandlung hinter geschlossenen Türen einen Deal mit der Staatsanwaltschaft aushandeln. Weder Meusel noch die Zeugen mussten vor Gericht eine Aussage machen. Gegen eine Zahlung von 4.000 Euro wurde das Verfahren eingestellt. Meusels Begleiterin muss 1.400 Euro zahlen. Während die Richterin das Ende der Verhandlung ankündigt, dreht sich Meusel triumphierend lächelnd zu der enttäuschten Zeugin um – dieses Mal ohne Sonnenbrille.

Wie schnell Meusel die Fassung verliert, zeigte sich einige Minuten zuvor. Schon vor Beginn der Verhandlung stürmte Meusel plötzlich vor dem Gerichtssaal auf einen Journalisten los, der ihn fotografieren wollte. Erst als ein Gerichtsdienstler herbeieilte, ließ er von dem Fotografen ab. Anschließend begann Meusel mit einem Handy die anwesenden Journalisten und Prozessbeobachter zu fotografieren.

„Ich bin irritiert, dass hier offenbar eine klare Bedrohung stattgefunden hat, die einfach nicht juristisch geahndet wird“, sagte Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Der Ausgang der Verhandlung sei ein falsches Signal an alle Menschen, die sich zivilgesellschaftlich gegen Rechtsextremismus engagieren.

“Der Prozess zeigt, dass von solchen Läden sehr wohl für die Anwohner eine Bedrohung ausgeht”, sagte Clara Herrmann, die für die Grünen im Abgeordnetenhaus sitzt. Auch in Friedrichshain, wo in der Petersburger Straße vor kurzem ein weiteres Thor-Steinar-Geschäft eröffnet hat, gebe es ähnliche Probleme. Mehrere Migrantenvereine hätten Herrmann berichtet, dass sich ihre Mitglieder auf der Straße seit der Eröffnung von der rechtsextremen Kundschaft des Geschäfts bedroht fühlen.

Erst vergangene Woche wies das Kammergericht die Berufung der Betreiber des “Tønsberg” gegen die vom Landgericht verhängte Räumung des Geschäfts zurück. Der Mietvertrag sei wegen arglistiger Täuschung von Anfang an nichtig gewesen, so das Gericht. Beobachter gehen jedoch davon aus, dass die Betreiber in Revision gehen. Bei dem Thor-Steinar-Laden in Friedrichshain hat der Vermieter ebenfalls angekündigt die Räumung gerichtlich durchzusetzen.

(Johannes Radke)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (25.06.2009)

Homophobe Moralapostel und andere Zum dritten Mal haben Projekte den alternativen Jahresbericht “Berliner Zustände” verfasst

Es ist so was wie ein alternativer Verfassungsschutzbericht. Bereits zum dritten Mal haben fünf Projekte den Bericht “Berliner Zustände” verfasst, in dem sie auf rund 60 Seiten ihre Sichtweise auf Entwicklungen in den Problemfeldern Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wiedergeben.

“Durch die kontinuierliche Arbeit der Projekte und Autor/innen eröffnen sich Einblicke in Vorgänge und Prozesse, die jenseits polizeilicher Aufgabenfelder liegen oder durch Kriterien des Verfassungsschutzes nicht erfasst werden”, schreiben die Herausgeber des Berichts vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR).

Tatsächlich unterscheidet sich der Fokus der “Berliner Zustände” deutlich von seinem staatlichen Pendant: Denn während im offiziellen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 vor allem auf die Gefahr von gewaltbereiten Islamisten und Linksradikalen hingewiesen wird, setzt der alternative Bericht gänzlich andere Schwerpunkte. Etwa auf Homophobie.

Aufgeschreckt durch die Schändung des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten sowie brutale Übergriffe an Cruiser-Treffpunkten sowie vor dem SO36 wurde “trans- und homophober Gewalt endlich die Aufmerksamkeit geschenkt, die ihr seit Jahrzehnten verweigert wurde”, formuliert es die Gruppe Gays & Lesbians aus der Türkei (Gladt).

Insofern wurden im Jahr 2008 Weichen gestellt: Runde Tische befassten sich mit der grassierenden Homophobie, der rot-rote Senat verfasste inzwischen einen landesweiten Aktionsplan gegen die Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen. Die Gruppe “Gladt” zeichnet diese Entwicklungen und die kontroverse Debatte dazu in ihrem Beitrag “Kreuzberg als Chiffre” kritisch nach. Wobei insbesondere die Fokussierung auf sogenannte migrantische Täter bei homophoben Übergriffen von Gladt hinterfragt wird.

Eine weiteres Schlaglicht auf Lesben- und Schwulenfeindlichkeit werfen Autoren des Antifaschistischen Pressearchivs, die homophobe und sexistische Einstellungen im Ring Nationaler Frauen und dem Landesverband der NPD beschreiben. Titel ihres Beitrags: “Nationalistisches Moralapostel”.

Neben der Analyse bestimmter Phänomene liefert der Bericht »Berliner Zustände« auch eine Chronik, Vorortberichte und Debattenbeiträge. Akribisch dokumentiert etwa die Opferberatungsorganisation Reach Out ihre jährliche Auswertung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer gewalttätiger Übergriffe. “Für das Jahr 2008 müssen wir mit 148 Angriffen einen Anstieg der Gewalt feststellen”, erläutert Sabine Seyb von Reach Out. Die Beratungsstelle legt in dem nun vorliegenden Bericht überdies an zwei konkreten Beispielen den äußerst problematischen Umgang von Polizisten mit Opfern rassistischer Gewalt dar. Solche Fälle sucht man im offiziellen Verfassungsschutzbericht vergeblich.

(Martin Kröger)

Berliner Morgenpost (26.06.2009)

Neonazis auf den Spuren Ernst Röhms

Der Aufmarsch vor der NPD-Parteizentrale am 1. Mai in Köpenick beginnt mit dem Ausrollen der schwarzen Fahne. Eine Gruppe Glatzköpfe hat sich um das Symbol geschart, das in der Szene als Zeichen der Kampfbereitschaft und des Aufstandes gilt.

Die Kahlköpfe heben sich vom Rest der Demonstranten ab. Sie gehören nicht zu den jungen Aktivisten, die den politischen Gegner unentwegt provozieren – die Männer halten sich eher zurück. Sie tragen schwarze Schuhe, schwarze Hosen und schwarze Hemden mit Bügelfalte. Auf den Kragen prangt die Zahl „24“. Auf der rechten Brust sind mit weißem Garn Reichsadler mit Lorbeerkranz eingestickt. Auf den linken Brusthälften prangt der Name ihrer Gruppe: Frontbann 24.

Mitgliederzahl steigt rapide

Die Organisation ist nach Angaben der Sicherheitsbehörden die am schnellsten wachsende Gruppe innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Berlin. „Wir rechnen dem Frontbann etwa 40 bis 60 Mitglieder zu, mit steigender Tendenz“, sagt Claudia Schmid, Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes. Seit Jahresbeginn treten die Neonazis verstärkt in der Öffentlichkeit auf.

Wer genau die Organisation wo initiiert hat, ist unklar. Der Verfassungsschutz vermutet, dass Frontbann 24 das Zerfallsprodukt der politischen Flügelkämpfe innerhalb der Berliner NPD ist. „Der Landesverband ist durch Austritte und Konflikte geschwächt, der Vorsitzende Jörg Hähnel umstritten“, sagt Schmid. „Der NPD mangelt es zurzeit an Attraktivität.“

Frontbann 24 widerspiegeln zudem das Bedürfnis der Rechtsextremen, sich in kameradschaftsähnlichen Strukturen zu organisieren. Kameradschaften wie die „KS Tor“ existieren seit Verboten des Innensenators seit Jahren nicht mehr. Dennoch gebe es einen Unterschied: „Der Frontbann 24 hat viel mehr Mitglieder als die Kameradschaften in Berlin je hatten. Die relativ junge Organisation ist in ein Vakuum gestoßen, das vor allem für ältere Aktivisten zwischen 30 und 45 Jahren interessant ist“, so Claudia Schmid weiter. Die Schwarzhemden seien wahrscheinlich keine vorübergehende Erscheinung, sondern gehörten zu einer sich weiterentwickelnden, stabilen Gruppe, die sich vorwiegend aus frustrierten Ex-NPD-Mitgliedern und – eher vereinzelt – den sogenannten „Freien Kräften“ zusammensetze. Es gebe zwar eine gewisse Konkurrenz zur NPD, doch die Übergänge seien fließend.

1. Mai, NPD-Zentrale in Köpenick. Inmitten von Frontbann eine eher unscheinbare Frau. Sie gilt als einer der Auslöser der neuen Bewegung: Gesine Hennrich, ehemalige Vorsitzende des Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf, und Landesvorsitzende des Ring Nationaler Frauen. Im Februar erklärte sie ihren Rücktritt von allen Ämtern sowie ihren Austritt aus der NPD. Das Zerwürfnis ist das Ergebnis eines monatelangen Konflikts um die internen Machtverhältnisse in der Partei. Mit Hennrich stiegen fast die gesamten Kreisverbände Marzahn-Hellersdorf und Tempelhof-Schöneberg aus.

Seit dieser Trennung tauchten um Hennrich die Kahlköpfe vom Frontbann 24 auf, die mit ihrem Aussehen an die stereotypen Bilder von Neonazis aus den 90er-Jahren erinnern und sich „dem Kampf gegen Kinderschänder“ verschrieben haben.

Die NPD will offiziell keine Kontakte zum Frontbann 24 haben. „Mit denen haben wir nichts gemein“, sagt Jörg Hähnel, Landesvorsitzender. Nach seinen Angaben habe die

Organisation bereits vor der Austrittswelle bestanden. Er spricht über den Frontbann von einem „politischen Haufen“, der sich wie eine Kameradschaft organisieren wolle.

Woher der Gruppenname stammt, erklärt ein Mitglied im Internet: „Der Frontbann wurde 1924 gegründet. (...) Da wir nun aber nicht den Namen im Original übernehmen wollten (weil uns das nicht zusteht), haben wir das ehemalige Gründungsjahr hinter den Namen gesetzt. Man kann also von einer Wiederbelebung, allerdings mit abweichenden Praktiken und Zielsetzungen, sprechen.“ Man werde vermeiden, dass die Behörden ein Verbot der Gruppe erwirken, „weshalb wir uns auch in der vorgeschriebenen Legalität bewegen werden.“ Der Frontbann wurde von Ernst Röhm im April 1924 gegründet. Die Mitgliederzahl explodierte, im September gleichen Jahres sollen bereits 30 000 Frontmänner registriert gewesen sein. Der Frontbann galt als Auffangorganisation für verschiedene, nach dem fehlgeschlagenen Hitlerputsch verbotene, rechtsextreme Wehrverbände der Weimarer Republik, hauptsächlich jedoch für die SA.

Über die politische Ausrichtung der neuen Strömung besteht für die Leiterin des Verfassungsschutzes kein Zweifel. „Wir rechnen die Gruppe den Neonationalsozialisten zu“, sagt Claudia Schmid. Es gebe Äußerungen von Mitgliedern, die darauf hindeuteten. Zudem habe man ein Flugblatt dokumentiert, das auch dieser Zeitung vorliegt.

Das Papier hat einen schwarzen Hintergrund, an den Rändern prangt der Gruppenname in rot-weißen Buchstaben. Unter der Überschrift „Seid Ihr bereit, die Wahrheit zu sehen?“ wird – wörtlich – aufgezählt:

„Leben unter einer Marionettenregierung, die vom Zentralrat der Auserwählten und Besatzer gesteuert wird.“

„Gezielte Auslöschung der deutschen Kultur, Sitten und Gebräuche durch Überfremdung.“

„Gesteuerte Verdummung unserer Jugend durch Unterricht von drogengeprägten Existenzen der 68ziger Bewegung in heutiger Gestalt von Lehrern.“

Gruppe inszeniert sich selbst

„Ideologisch gibt der Frontbann 24 nicht viel her“, sagt Ulf Bünermann von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Die Gruppe inszeniere sich vor allem selbst, vorrangig aber seien Struktur und Attitüde für die Mitglieder attraktiv. Bei Aufmärschen und Versammlungen zeigen die Kahlköpfe ihre Zusammengehörigkeit. „Dies geht so weit, dass sie Kleidung tragen, die wie Uniformen aussehen“, sagt Claudia Schmid vom Verfassungsschutz. Warum dieser Retro-Stil bevorzugt wird, erklärt Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv: „Das Ganze dient zur Einschüchterung der Öffentlichkeit und des politischen Gegners, die Uniformierung zeigt fast paramilitärische Züge.“ Die Polizei sieht das Problem offiziell gelassener. „Verstöße gegen das Uniformierungsverbot sind einzelfallabhängig und werden jeweils konkret vor Ort beurteilt“, sagt Sprecher Thomas Goldack. Zu laufenden Ermittlungen gegen Frontbann-Mitglieder wolle man nichts sagen; die Bewertung der Gruppe sei noch nicht abgeschlossen. Man wisse nichts über die Mitgliederzahl, kenne aber Treffpunkte. Wie so oft ist die Berliner Antifa auskunftsfreudiger: In einer kleinen Eckkneipe am Mariendorfer Damm versammelten sich jeden Dienstag mehrere Schwarzhemden zum Stammtisch.

Im Internet verfügt auch der Frontbann 24 über eine eigene Homepage. Überschrift: „Jetzt erst recht(s)!“ Man habe Ortsgruppen in Schöneweide, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln. Deren Mitglieder und ihre Aktionen werden penibel gelistet – eine Auswahl: 14. Juni, Bad Freienwalde. 15 Kameraden des Frontbann 24 unterstützen die Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim und die dortige NPD bei einer Mahnwache. Motto: „Gegen linke Gewalt“.

28. März, Berlin-Mitte. Mahnwache gegen Kinderschänder am Kriminalgericht in Moabit. „51 Kameraden, bestehend aus Freien Kräften, Frontbann 24, FNB und sogar zwei NPD-Mitgliedern, hielten in vorbildlicher, ruhiger Weise fast drei Stunden Wache“, heißt es auf einer Internetseite.

13. Februar, Dresden. Teilnahme am Trauermarsch für den angeblichen “Bombenholocaust” der Alliierten.

Bei dieser Veranstaltung erscheinen erstmals Fahnen und Abzeichen mit der Aufschrift Frontbann 24 in den Reihen der Neonazis.

Für den Verfassungsschutz ist noch unklar, ob die Gruppe eine nachhaltige Strömung innerhalb der Szene ist. “Eine genaue Prognose kann ich nicht abgeben”, sagt Claudia Schmid. “Doch die hohe Zahl der Mitglieder, ein stetiger Zuwachs an Aktivisten und die Schwäche der NPD lassen vermuten: Der Frontbann ist keine vorübergehende Erscheinung.”

(Axel Lier)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (06.07.2009)

Punkten mit Rassismus

Rechtspopulisten von »Pro Berlin« wollen zur Abgeordnetenhauswahl 2011 antreten

Seit kurzem steht auf der Homepage der rechtspopulistischen »Bürgerbewegung Pro Deutschland« die Ankündigung, dass »Pro Berlin« noch in diesem Jahr gegründet werden soll. Ziel sei es, zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2011 anzutreten. Bereits im April hätten sich der Bundesvorstand um Manfred Rouhs sowie »40 Mitglieder und Interessenten« in Berlin getroffen und über die Gründung des Landesverbandes gesprochen. Ein weiteres Treffen solle voraussichtlich im September stattfinden, ist dort zu lesen.

Ihren größten Erfolg feierten die Rechten, als »Pro Köln« 2004 im Fahrtwind einer aufgeheizten Debatte um einen Moscheebau in Köln-Ehrenfeld mit 4,7 Prozent in den Stadtrat einzog. In Nordrhein-Westfalen ist »Pro Köln« als rechtsextrem eingestuft und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Gegründet wurde »Pro Köln« 1996 von ehemaligen Mitgliedern der Republikaner. Nach ihrem Wahlerfolg in Köln versuchen sie, mit rassistischer Propaganda gegen Moscheebauten unter dem Namen »Pro Deutschland« bundesweit zu agieren.

»Angekündigt haben sie die Gründung von »Pro Berlin« seit 2007 regelmäßig, passiert ist bislang nichts«, sagt Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz). Er hat sich mit der »Pro«-Bewegung auch wissenschaftlich beschäftigt und beobachtet ihre Entwicklung seit längerem.

Die Pro-Bewegung bediene ein bürgerliches Spektrum, das rechts von der CDU agiert, aber nichts mit Nazis zu tun haben will. »In der Berliner Parteienlandschaft existiert diesseits der NPD ein politisches Vakuum«, so Jentsch. Es handele sich dabei um das Feld, das früher die Republikaner oder die DVU besetzt hätten oder das in der CDU von Rechtsaußen Heinrich Lummer bedient worden sei. »Die Rechtspopulisten geben sich bürgerlich-konservativ«, bedienen aber die gleichen rassistischen und homophoben Ressentiments wie die extreme Rechte.

Bei den Protesten gegen den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Pankower Ortsteil Heinersdorf seien die »Pro Deutschland«-Mitglieder indirekt in Erscheinung getreten, sagt Annika Eckel von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (mbr) gegenüber ND. »Sie waren in Kontakt mit der Bürgerinitiative »ipahb«, die gegen den Moscheebau Stimmung gemacht hatte. »Aufrufe zu Demonstrationen und Taktiken haben teilweise an »Pro Köln« erinnert«, meint Eckel. So hätte die »ipahb« zur Demo für Frauenrechte und die Gleichberechtigung homosexueller Partnerschaften aufgerufen – alleinig in Abgrenzung zu den Muslimen der Ahmadiyya-Gemeinde. »Sie versuchen, demokratisch daherkommen und ihren Antiislamismus zu verbergen.«

»Der Rechtspopulismus ist schwerer zu bekämpfen als die extreme Rechte.« Das liege daran, dass der Rechtspopulismus oft nicht als Demokratie gefährdend angesehen wird, sagt Eckel. Die Träger seien »etablierte Männer und Frauen, teilweise aus den Eliten der Gesellschaft«. Die Bekämpfung sei auch deshalb schwer, weil man rassistische Grundhaltungen bearbeiten müsse, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. Im Berliner Wahlkampf 2011 könne es durch die Polarisierung von Themen wie Migration oder Gewalt Aufwind für die »Pro«-Bewegung geben, befürchtet sie.

Denn auch wenn aus den vollmundigen Ankündigungen bislang nichts geworden ist: Wenn das richtige Kampagnenthema kommt und auf die richtige Stimmung stößt, könne sich das sehr schnell ändern, findet auch Ulli Jentsch.

(Jörg Meyer)



die tageszeitung (10.07.2009)

**Rechtsextreme Kameradschaften. Neonazis sollen sich entkleiden
Erstmals seit Jahren gibt es wieder eine Neonazi-Kameradschaft in Berlin: “Frontbann 24”. Diese gerät wegen ihres Auftretens ins Visier der Polizei. Verfassungsschutz hält die Gruppe für gewaltbereit**

Still war es geworden um die rechtsextreme Kameradschaftsszene in Berlin. Einige Jahre hatte man nichts aus dieser Richtung gehört – bis Ende 2008 die Organisation “Frontbann 24” auftauchte. Die Neonazis betreiben mehrere Sektionen in der Stadt. Nun bekommen sie Ärger mit der Polizei: Die Beamten greifen gegen die uniformähnliche Kleidung der Kameradschaft auf Demonstrationen durch. Ganz in Schwarz gekleidet waren die “Frontbann”-Mitglieder zuletzt auf verschiedenen Aufzügen zu sehen. Rechts auf ihren Hemden prangt ein Reichsadler, links der “Frontbann”-Schriftzug, am Kragen eine “24” – ein Bezug auf die gleichnamige, 1924 gegründete Vorgängerorganisation der nationalsozialistischen SA. Daneben schwenkten die zumeist glatzköpfigen Neonazis ihre schwarze Fahne mit schwarz-weiß-rottem “Frontbann 24”-Aufdruck. “Es ist ein Auftritt, der ein Bedrohungspotenzial suggerieren soll”, so Ulf Bünermann von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR).

Im brandenburgischen Storkow schritt die Polizei nun erstmals gegen den martialischen Auftritt ein: Bei einer NPD-Demonstration am Wochenende veranlasste sie, dass drei “Frontbann”-Mitglieder ihre Embleme abkleben mussten. Grund sei das Uniformverbot auf Versammlungen, so eine lokale Polizeisprecherin. Auch die Berliner Polizei kündigt an, nicht das “geringste Anzeichen einer gleichförmigen Kleidung” von “Frontbann”-Mitglieder auf Demonstrationen zu dulden. “Wir sind zum Einschreiten verpflichtet, wenn gegen das Uniformverbot verstoßen wird”, so Polizeisprecher Thomas Goldack.

Der Verfassungsschutz sieht im “Frontbann 24” die erste relevante Neonazi-Gruppe nach den Verboten der “Kameradschaft Tor” und “Berliner Alternative Süd-Ost” 2005. Beim “Frontbann” würden sich rund 50 bis 60 Personen “mit rechtsextremistischen Vorlauf” tummeln, die teils als gewaltbereit einzuschätzen seien. Im Schnitt seien die Neonazis 30 bis 45 Jahre alt. Es gebe Sektionen in Schöneweide, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln. Auf einem Antifa-Flugblatt will man von dienstäglichen Gruppentreffen in einer Tempelhofer Kneipe wissen.

Es ist vor allem der rege Demo-Aktionismus, durch den die Gruppe bisher auffiel. Am 1. Mai versammelten sie sich vor der NPD-Zentrale in Köpenick, im März forderten sie vorm Amtsgericht Tiergarten “Todesstrafe für Kinderschänder”. “Frontbann”-Fahnen wehten auf Neonazi-Demos in Oranienburg, Bad Freienwalde, Schöneiche, Rathenow oder Luckenwalde. “Inhaltlich sieht es dagegen sehr mager aus”, so MBR-Experte Bünermann. Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv sieht lediglich eine verbindende “SA-Mystifizierung und einen Hang zu paramilitärischen Anspielungen”.

Der Verfassungsschutz spricht von “bewusst gewählten Bezüge zum historischen Nationalsozialismus”. In einem Flugblatt schreibe die Gruppe von einem “Leben unter einer Marionettenregierung, die vom Zentralrat der Auserwählten und Besatzer gesteuert wird”. Bünermann schüttelt den Kopf: “Das ist oldschool Rechtsextremismus, Sehnsucht nach dem Revival.” Experten sehen in der Kameradschaft eine Abspaltung unzufriedener NPD-Mitglieder. Laut Jentsch sind dies vor allem aktionsorientierte Neonazis, die nicht mit NPD-Landeschef Jörg Hähnel auskommen. Einige hätten sich bereits “Frontbann”-Tattoos zugelegt, heißt es beim MBR. Offen pflegt Gesine Hennrich, ehemalige NPD-Chefin von Marzahn-Hellersdorf, Kontakte zum “Frontbann”. Bünermann begrüßt das Vorgehen der Polizei gegen die Embleme der Kameradschaft, da diese NS-Symbolen ähneln. Laut Polizei beschäftigt sich auch die Staatsanwaltschaft mit dem “Frontbann”: Voraussetzungen für ein Vereinigungsverbot seien bisher aber nicht gegeben.

(Konrad Litschko)



die tageszeitung (14.07.2009)

Solidarität nach brutalem Überfall Naziübergriff. Mahnwache für Opfer an der Frankfurter Allee. Am Samstag Demo gegen rechte Gewalt

Mit einem Jochbeinbruch, diversen Hämatomen, Prellungen im Gesicht und einer schweren Gehirnerschütterung endete am Sonntagmorgen die Partynacht für einen 22-jährigen Neuköllner. Auf dem Nachhauseweg am S-Bahnhof Frankfurter Allee in Friedrichshain wurde er von vier polizeibekanntem Neonazis bis zur Bewusstlosigkeit brutal zusammengeschlagen. Einer der Täter legte den Kopf des Studenten auf den Bordstein, um ihm dann gegen den Hinterkopf zu treten. Alex S., ein Freund des Opfers, ist schockiert: „Ich erkenn ihn nicht mehr wieder, sein Gesicht ist völlig entstellt.“

Rund 100 Leute versammelten sich am Montagnachmittag am Tatort, um auf den Übergriff aufmerksam zu machen. „Wandelt Wut zu Widerstand“, heißt es auf Flyern, die für eine Demonstration am Samstag verteilt wurden. Alle hätten die Pflicht, Nazis dort zu bekämpfen, wo sie auftauchen, schreiben die AntifaschistInnen. „Nazigewalt ist widerlich. Was bilden die sich ein?“, schimpft Alex. Für Sabine Kitter von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus ist der Übergriff „von besonderer Qualität“. „Die extreme Brutalität finden wir so nicht häufig vor.“ Für Linksalternative sind Vorfälle dieser Art ein Affront: Ausgerechnet „ihr“ Szenebiotop Friedrichshain führt längst die Statistiken über rechte Gewalt an. In der Nähe des Tatorts befindet sich auch die Diskothek „Jeton“, in der Rechtsradikale verkehren.

Auch Grünenpolitiker erschienen zur Mahnwache. Heidi Kosche mahnte die Bürger, Verantwortung zu übernehmen und Mut zu beweisen. Für Canan Bayram ist das „ein typischer Naziübergriff, bei dem die Rechten wahllos auf erkennbar Linke draufhauen“.

Warum der junge Mann ins Visier der vier Brandenburger geraten war, bleibt unklar. Auch die Polizei mochte sich nicht weiter äußern. Die Ermittlungen dauerten noch an und würden vom Landeskriminalamt übernommen, sagte ein Sprecher. Am Montagnachmittag wurden die Beschuldigten einem Haftrichter vorgeführt. Bis Redaktionsschluss war nicht klar, ob sie in Untersuchungshaft kommen.

Sicher ist: Die jungen Männer hatten schon zuvor Streit mit Linken, der in einer Schlägerei endete. Anlass war nach Polizeiangaben die „einschlägige Kleidung“ der Männer. Sie trugen laut Zeugen die bei Rechtsextremen beliebte Bekleidungsmarke „Thor Steinar“.

(Tilla Masberg)



die tageszeitung (15.07.2009)

Brutale Neonazi-Attacke

In einem Berliner Bezirk mit starkem alternativen Milieu treten Neonazis einen 22-Jährigen fast tot. Nun wächst dort die Angst vor den Schlägern

Sonntagmorgen 5.45 Uhr, Berlin Friedrichshain: Der 22-jährige Jonas K. wird am Bahnhof Frankfurter Allee von vier jungen Rechtsextremen angepöbelt, geschlagen und getreten. Irgendwann bleibt Jonas K. bewusstlos liegen. Dann schleift ihn der 26-jährige Neonazi Oliver K. auf den Fahrradweg, legt ihn mit dem Gesicht nach unten und tritt ihm gegen den Hinterkopf. Jonas K. wird später lebensgefährlich verletzt auf die Intensivstation eingeliefert: Hirnblutungen, Jochbeinbruch, Prellungen.

Es ist eine Tat, die viele Berliner erschüttert hat. Zumal sie in einem bisher als alternativ geltenden Kiez stattgefunden hat: Friedrichshain. Grünen-Hochburg, Wohn- und Ausgehgebiet vieler Alternativer und Linker. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) spricht von einer „schrecklichen Tat“. Sein Parteikollege Andreas Geisel fordert „ernste Konsequenzen“ für die Täter. Die Grünen appellieren für mehr Zivilcourage gegen rechts. Am Montag versammelten sich rund 150 Personen zu einer Mahnwache am Tatort. Antifa-Gruppen mobilisieren für Sonnabend zu einer Demonstration in Friedrichshain.

Wie genau es zu der Tat kam, ist noch immer nicht geklärt. Die vier 20- bis 26-jährigen Verdächtigen sollen den Abend im „Jeton“, einer bei Rechten und Hooligans beliebten Diskothek, verbracht haben. Auf dem Heimweg gerieten sie am Bahnhof Frankfurter Allee in eine Schlägerei mit einer Gruppe von zehn Linken. Diese hatten die Rechten auf ihre „Thor Steinar“-Kleidung angesprochen. Laut Polizei soll sich auch Jonas K. „aktiv“ an der Schlägerei beteiligt haben. Deshalb ermittelt die Polizei auch gegen den 22-Jährigen. Warum dieser zurückblieb, als sich die Gruppen trennten, ist noch unbekannt. Die Neonazis hätten das Opfer weiter attackiert.

Seit Montagabend sitzen die noch am Tatort festgenommenen Rechtsextremen in Untersuchungshaft. Zeugen hatten die Polizei alarmiert, waren aber nicht eingeschritten. Gegen die Rechtsextremen bestehe ein dringender Tatverdacht des versuchten Totschlags, sagt Martin Steltner, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Zwei der Beschuldigten bestritten eine Tatbeteiligung, die anderen würden schweigen. Die Polizei berichtet von einschlägigen rechten Propaganda- und Gewaltdelikten der Verdächtigen.

Am Dienstag nahm die Polizei auch einen 26-Jährigen fest, der zu der Gruppe der Linken gehört und einem der Neonazis eine Platzwunde zugefügt haben soll. Er sei „als linker Gewalttäter polizeibekannt“, so ein Sprecher. Jonas K. sei noch nicht vernehmungsfähig, schwebe aber nicht mehr in Lebensgefahr. Er habe die Intensivstation verlassen.

Die Tat im alternativen Friedrichshain habe viele aufgewühlt, sagt Sabine Kritter von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. „Der 22-Jährige wurde Opfer, weil er als Linker eingeschätzt wurde. Es hätte auch viele andere hier treffen können.“ Kritter spricht von einer „extrem brutalen Tat, die es in dieser Stadt selten gab“. Das Areal um den Bahnhof Frankfurter Allee und das „Jeton“ ziehe aber seit Längerem auch Rechte an. Erst im vergangenen März gab es einen fremdenfeindlichen Vorfall an fast gleicher Stelle: Eine Frau hatte einen Afrikaner auf dem Bahnsteig rassistisch beschimpft und ins Gleisbett gestoßen. Passanten zogen den Mann zurück auf den Bahnsteig. Laut Kritter gab es in Friedrichshain in diesem Jahr bereits sechs rechtsextreme Übergriffe. Berlinweit zählte der

Verfassungsschutz 2008 1.377 rechtsextreme Straftaten, darunter 91 Gewaltdelikte. Im Vorjahr waren es 74 Gewalttaten.

Die vier Täter selbst sind keine Berliner. Sie kommen vom Berliner Stadtrand um das brandenburgische Königs Wusterhausen. „Die rechte Szene hat in dieser Gegend eine lange Tradition und ist sehr aktiv“, sagt Andrea Nienhuisen vom Mobilen Beratungsteam Brandenburg. Die Tat in Friedrichshain weckt Erinnerungen an einen Fall im brandenburgischen Potzlow: Dort wurde 2002 der 16-jährige Marinus Schöberl von Neonazis mit einem Nackentritt getötet. „Die rechtsextreme Szene hat in dieser Gegend eine lange Tradition und ist auch sehr aktiv“.

(Konrad Litschko)



Die Zeit/Störungsmelder (15.07.2009)

Mordversuch nach der “Hooligan-Disko”

Im alternativen Berliner Stadtteil Friedrichshain haben vier Neonazis letzten Sonntag in den frühen Morgenstunden am S-Bahnhof Frankfurter Allee einen 22-Jährigen Student beinahe zu Tode getreten. Der nüchterne Polizeibericht liest sich wie eine Szene aus dem Anti-Nazi-Hollywood-Film “American History X”. “Auf ihn traten und schlugen die Männer so lange ein, bis er das Bewusstsein verlor. Der 26-Jährige Täter zog den wehrlosen Neuköllner auf den Gehweg, legte ihn mit dem Gesicht nach unten ab und trat mit dem rechten Bein auf dessen Hinterkopf.” Das Opfer kam mit Hirnblutungen auf die Intensivstation, ist aber inzwischen außer Lebensgefahr.

UPDATE: Bei Indymedia sind gerade Fotos aufgetaucht, die die Täter vor der Tat im Jeton zeigen, obwohl der Betreiber vehement bestreitet, dass die Neonazis dort gefeiert hätten. Außerdem sieht man die Täter beim zeigen des Hitler-Grußes im Jeton. Zudem sind Bilder aus der Wohnung der Rechtsextremisten zu sehen, wo ein Poster von “American History X” hängt.

“Derart grausame rechte Gewalt, bei der die Täter den Tod des Opfers offenbar in Kauf nehmen, hat es in Berlin bisher selten gegeben”, sagte Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) dem Störungsmelder. “Das ist nicht nur eine besondere Qualität an Brutalität, sondern zeigt auch, dass Rechtsextremisten zum Teil eine völlige Entmenschlichung ihrer Opfer vollziehen.”

Die Täter konnten noch am Tatort von der Polizei festgenommen werden und sitzen in Untersuchungshaft. Es wird jetzt wegen versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung gegen sie ermittelt. Alle vier sind der Polizei als rechtsextreme Gewalttäter bekannt. Wie NPD-Blog berichtet kommt der Haupttäter aus Brandenburg. Zumindest einer der Angreifer soll bei der Tat Kleidung der bei Neonazis beliebten Marke “Thor Steinar” getragen haben.

Vorausgegangen war der brutalen Gewalttat eine Auseinandersetzung zwischen den vier Rechtsextremisten und etwa zehn linken Jugendlichen. Dabei erlitt einer der Männer eine Platzwunde am Kopf. Über das was danach geschah gibt es zwei unterschiedliche Versionen: Die Polizei ging anfangs davon aus, dass die Täter, nachdem die Linken verschwunden waren, das Opfer rein zufällig ausgewählt hatten. Die Neonazis hingegen behaupten, dass Opfer habe sie “proviziert” und sei bei der Gruppe Linker dabei gewesen, mit denen sie sich zuvor geschlagen hatten.

Das MBR warnt aber davor aus Opfern vorschnell Täter zu machen. “Der Tathergang und auch die Aussagen der Rechtsextremisten müssen erst noch genau geprüft werden”, sagte Bianca Klose. In der Vergangenheit habe es mehrfach Fälle gegeben, in denen Neonazis gezielt Falschaussagen gemacht hätten.

In den Stunden vor dem Übergriff hatten die Angreifer nach Polizeiangaben im “Jeton” gefeiert. Die Disko ist bekannt für ihr Publikum aus dem Hooligan- und rechtsextremen Milieu. Im Sommer 2005 geriet das Etablissement in die Schlagzeilen als Spezialeinsatzkommandos der Polizei die Diskothek bei einer Razzia stürmten. 158 Besucher vorläufig festgenommen, dabei wurden 21 von ihnen verletzt.

Viele Berliner fragen sich jetzt, warum es gerade in einem beliebten Szene- und Party-Bezirk wie Friedrichshain zu derartigen rechtsextremen Gewaltausbrüchen kommen konnte. Dabei zeigt ein Blick in die jährliche Chronik der Opferberatungsstelle Reach Out, dass es in diesem Bezirk in den letzten Jahren besonders häufig zu rechtsextremen und rassistischen Übergriffen kam.

“Die Rechten finden dort schneller potentielle Opfer – vor allem Menschen die äußerlich der alternativen Szene zugerechnet werden können“, erklärt Helga Seyb von Reach Out das Phänomen. “Gerade diese Gegenden sind allen, die nationalistisch und rassistisch denken, ein Dorn in Auge.“ Man dürfe aber nicht glauben, dass alle Schläger zum Prügeln in die besagten Stadtteile anreisen. Oft würden sie ganz in der Nähe wohnen. “Die alternativen Kieze sind in jedem Bezirk relativ begrenzt“, sagt Seyb.

Friedrichshain ist mit 30 (2007: 24) Gewalttaten auch im Jahr 2008 der Bezirk mit der höchsten Angriffszahl. Zum Vergleich: in der Hochburg der Neonazis Lichtenberg gab es im gleichen Jahr “nur” 15 (2007: 14) Angriffe. Auf einer Übersichtskarte kann man online die Orte der Übergriffe sehen. Um das “Jeton” herum, am S-Bahnhof Frankfurter Allee, finden sich besonders viele Markierungspunkte.

Für kommenden Samstag ruft ein breites Bündnis aus Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Antifagruppen zu einer Demonstration in Friedrichshain gegen Rechte Gewalt auf. Startpunkt ist um 18 Uhr auf dem Bersarin-Platz.

(Johannes Radke)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (16.07.2009)

Jeton unter Beschuss

Nach rechtem Übergriff: Linke attackieren Diskothek

In der Nacht zum Dienstag hagelte es in Friedrichshain Steine. Rund 200 überwiegend schwarz gekleidete Personen griffen gegen 23.15 Uhr die Diskothek „Jeton“ in der Frankfurter Allee an. Die Verglasung, die Leuchtreklame, die Außentreppe und drei davor geparkte PKW wurden dabei beschädigt, teilte die Polizei mit.

Ein vorbeifahrendes Streifenfahrzeug und die kurze Zeit später anrückende Bereitschaftspolizei seien ebenfalls beworfen worden, wobei ein Beamter leicht verletzt wurde. Als sich drei Hundertschaften um den Ort des Geschehens sammelten, flüchteten die Angreifer in Seitenstraßen. Ermittelt werde nun wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung. Festnahmen habe es nicht gegeben.

Handelt es sich bei der Tat um einen Racheakt der Linken? Stefan Kuhlmann von der Registerstelle Friedrichshain, die rechte Übergriffe dokumentiert, geht von einem Zusammenhang zwischen der Attacke auf das „Jeton“ und dem brutalen Übergriff auf einen 22-jährigen Neuköllner in der Nacht zum Sonntag am S-Bahnhof Frankfurter Allee aus. Vier rechte Schläger hatten den Studenten Jonas K. brutal zusammengeschlagen und ihn mit einem Tritt auf den Kopf lebensgefährlich verletzt. Die vier mutmaßlichen Täter wurden noch am Tatort festgenommen und sitzen nun in Untersuchungshaft. Der Vorwurf: Versuchter Totschlag. Augenzeugen zufolge sollen sie vor ihrer Tat in der gegenüberliegenden Diskothek „Jeton“ gefeiert haben, berichtet Kuhlmann.

Schon in der Vergangenheit war das „Jeton“ Ausgangspunkt für neonazistische Angriffe. „Hier verkehrt eine Melange aus Hooligans, normalem Partypublikum und Rechtsextremisten“, erklärt Sabine Ritter von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Es könnte so eine Stimmung entstehen, in der gerade nachts MigrantInnen und alternative Jugendliche die Umgebung der Diskothek meiden.

Inzwischen steht der Verletzte Jonas K., der nicht mehr in Lebensgefahr schwebt, selbst im Visier der Ermittlungen. Er soll an einem Angriff auf die vier Neonazis aus einer Gruppe von zehn jungen linken Männern heraus beteiligt gewesen sein – bevor sie ihn zusammenschlugen. Auch gegen einen anderen Mann wird deswegen ermittelt. Die Polizei nahm ihn am Montag vorläufig fest. Dienstagabend war er wieder auf freiem Fuß.

Die Ermittlungen dürften nicht zu einer Verharmlosung von Nazi-Gewalt führen, fordert die Abgeordnete Evrim Baba von der Partei Die LINKE. „Ob Jonas K. nun zu einer Gruppe linker Jugendlicher gehörte, die nicht hinnehmen wollte, dass Personen mit Naziklamotten durch Friedrichshain ziehen, ist zweitrangig. Fakt ist, dass es einen Mordversuch gegeben hat.“ Baba fordert Bezirk und Senat auf, den Betreibern des „Jeton“ eine klare Positionierung abzuverlangen.

Als Reaktion auf den Übergriff ruft ein breites antifaschistisches Bündnis für Samstag, den 18. Juli, um 18 Uhr am Bersarinplatz zu einer Demonstration „gegen rechten Terror“ in Friedrichshain auf.

(Anne Britt Arps)



die tageszeitung (18.07.2009)

Rechtsextreme Schläger. Mit Hitlergruß auf der Tanzfläche

Bilder im Internet zeigen die am Sonntag verhafteten Rechten ganz privat – und offen rechtsextremistisch.

Auf den ersten Blick sind es Fotos, wie sie viele Jugendliche von sich ins Internet stellen: Partyszenen, Schnappschüsse, Gruppenbilder. Doch die vier Brandenburger auf den Fotos werden vorerst keine Bilder mehr auf ihre Seiten stellen. Sie sitzen wegen versuchten Totschlags seit Sonntag in Untersuchungshaft – wegen des brutalen Übergriffs auf den 22-jährigen Jonas K. am S-Bahnhof Frankfurter Allee.

Die Bilder der Neonazis, die am Freitag auf dem linken Onlineportal indymedia zu sehen waren, wurden offensichtlich aus privaten Profilen der Täter und deren Freunden aus einem Onlinenetzwerk herauskopiert. Dessen Betreiber konnten dies auf Anfrage weder dementieren noch bestätigen. Auch die Polizei hat sich schon bei den Betreibern wegen der Fotos gemeldet.

Haupttäter Oliver K. ist auf einem Foto mit einem T-Shirt der Nazi-Band Skrewdriver zu sehen. Ein Bild zeigt den korpulenten Täter Marcel B., wie er vor einem Imbiss neben der Disco Jeton sitzt und lachend den Hitlergruß zeigt. Auf der Aufnahme einer Wohnung ist im Hintergrund ein Poster von „American History X“ sichtbar. Aus diesem Film stammt die Vorlage für den tödlichen „Boardsteinkick“, bei dem auf den Kopf des Opfers getreten wird, um es zu töten. Auch Oliver K. soll am Sonntag seinem bewusstlosen Opfer in den Nacken getreten haben.

Die Fotos zeigen ein bedrohliches und krudes rechtsextremes Weltbild in allen Lebensfacetten. In einer Hand das Bier zu halten und mit der anderen den Hitlergruß zu zeigen gilt in diesen Kreisen als normaler Partyspaß. „Abhitlern“ wird das in der rechten Szene scherzhaft genannt.

Dass die Täter derart explizite Aufnahmen, deren Veröffentlichung schon einen Straftatbestand darstellt, offenbar selbst ins Netz geladen haben, überrascht Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) nicht. „Die Bilder zeigen, wie stark die Täter, unabhängig vom Grad ihrer Organisation in der Szene, einen rechtsextremen Lebensstil zelebrieren“, sagte Klose der taz. „Das Zurschaustellen von Waffen, Hitlergruß und Propagandamaterial dient einer rechtsextremen Identitätsschaffung, aus der heraus es zu solchen brutalen Übergriffen wie in Friedrichshain kommen kann.“

Die Bilder belegen auch ein weiteres Detail. Die Rechtsextremisten gingen anscheinend häufiger in die Diskothek Jeton in Friedrichshain. Ein Bild zeigt Marcel B., wie er an einem unbekanntem Tag mitten in der feiernden Menge den Arm zum Hitlergruß hebt. In einer Stellungnahme auf der Website des Jeton heißt es, die „sogenannte Linke Szene“ würde fälschlicherweise „propagieren“, dass die vier Täter Gäste des Jeton gewesen seien. Zwei Klicks weiter, in der Bildergalerie zur Tatnacht, findet man jedoch zwei Fotos, die den Haupttäter und einen weiteren Festgenommenen auf der Tanzfläche zeigen.

(Johannes Radke)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (21.07.2009)

Keine Fascho-Fashion-Meile

Nach der Schließung ist vor der Eröffnung / Friedrichshain macht mobil gegen “Doorbreaker”

Von der bevorstehenden Eröffnung des neuen Ladens hat sie durch Zufall erfahren, erzählt Gigi. Der Klamottenladen “Doorbreaker”, der nach jahrelangen Protesten aus dem Ring Center II geflogen ist, wird wahrscheinlich in der Frankfurter Allee 91 neu eröffnen. In dem Laden wurde lange Kleidung der bei Nazis beliebten Klamotten-Marke “Thor Steinar” verkauft.

Gigi, die ihren richtigen Namen aus Sicherheitsgründen nicht in der Zeitung lesen möchte, ist sofort aktiv geworden. “Ich bin zur Frankfurter Allee gefahren, habe in den Nachbarläden gefragt, was die wissen, und mir die Adresse von der Verwaltung der Hauses Nummer 91 besorgt.” Eine junge Frau habe den Laden im Juni angemietet, nachdem zwei Vertreter des “Doorbreaker” ihn zuvor besichtigt und für zu klein befunden hatten.

“Ein Scheingeschäft” vermutet Canan Bayram. Die Grünen-Abgeordnete ist seit der Gründung 2006 bei der Friedrichshainer Initiative gegen Rechts dabei, hat schon gegen gegen den alten “Doorbreaker” im Ring Center II protestiert. Bayram geht davon aus, dass in dem Geschäft auch weiter die Klamotten mit den Runen-Logos verkauft werden.

Mit dem Geschäftsführer des berlinomat, in dem Mode und Kunst von jungen Berliner Designern verkauft werden, habe sie auch geredet. Dort sehe man die neuen Nachbarn mit Sorge. “Niemand will in Friedrichshain eine Fascho-Fashion-Meile”, sagt Bayram – auch mit Blick auf das “Tromsø” wenige hundert Meter weiter.

Im Namen des Mieterladens, der auch Gründungsmitglied der Initiative gegen Rechts ist, hat Gigi an die Verwaltung geschrieben. Im Brief heißt es: “Wir werden, wie viele andere Menschen, Bewohner und Initiativen im Bezirk diesen Laden nicht tolerieren.” Aber auch, dass die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die Vermieter unterstützen würden. Verwaltung und Makler haben am nächsten Tag reagiert und einen Anwalt gegen die neuen Mieter eingeschaltet, erzählt Gigi.

Die MBR arbeitet derzeit eng mit dem Lichtenberger Bezirksamt und Centermanagern zusammen, um einen Mietvertrag mit entsprechenden Paragrafen zu entwickeln, mit denen die Anmietung durch derartige Firmen von Anfang an verhindert werden kann. “Wir setzen auf Prävention”, sagt Bianca Klose von der MBR. Neben der Ausschöpfung aller juristischen Mittel müsse aber auch “nach einer Sensibilisierung der Anwohnerinnen und Anwohner mit kreativen Protestformen deutlich gemacht werden, dass solche Läden nirgendwo erwünscht sind”.

In Leipzig und Magdeburg gab es Gerichtsurteile, die zur Schließung von “Thor Steinar”-Läden führten. Arglistige Täuschung war das Argument. Die Betreiber hätten die Vermieter im Vorfeld informieren müssen, was verkauft werden soll, da “Thor Steinar” nun einmal mit der rechten Szene in Verbindung gebracht werde. In Berlin muss das “Tønsberg” in Mitte aus dem gleichen Grund die Pforten schließen.

“Wir hoffen, dass es gelingt, den Mietvertrag zu annullieren, bevor der Laden eröffnet”, sagt Gigi. Die Friedrichshainer Initiative gegen Rechts überlegt, ob sie einen BSR-Container, der Ende August zur Biermeile als Blick-Blocker vor das “Tromsø” in der Petersburger Straße gestellt werden sollte, nun vor dem neuen “Doorbreaker” aufstellt – wenn er denn aufmacht.

(Jörg Meyer)

Berliner Zeitung (25.07.2009)

Ein Bündnis will gegen eine Kneipe mobilisieren / Sie ist als Rechtsextremisten-Treff polizeibekannt

Nein, einladend ist der Ort nicht. Die Fenster der Kneipe an der Brückenstraße in Niederschöneweide sind blickdicht zugeklebt. Das wirkt abweisend, so, als seien Gäste nicht erwünscht. Wer dennoch reingeht, sieht als Erstes einen Galgen, an dem eine Hanfsclinge baumelt. „Odin statt Jesus“ lautet ein Spruch an der Wand. Der kurz geschorene Kellner ist vom Nacken bis zur Wade tätowiert. Man mag das originell finden oder geschmacklos, eines jedenfalls ist die Kneipe „Zum Henker“ nicht: eine normale Kneipe.

Der seit Ende Februar existierende „Henker“ ist ein polizeibekannter Treff für Rechtsextremisten. „Seit März wurden sechs Strafverfahren eingeleitet“, sagt Polizeisprecher Martin Otter. Wegen Körperverletzung, Verstoßes gegen das Waffengesetz, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Widerstands gegen Beamte werde ermittelt.

„In der Kneipe treffen sich Größen der Berliner NPD sowie Angehörige der Kameradschaft Frontbann 24“, sagt Matthias Müller von der Mobilen Beratung gegen Rechts (MBR). Die rechtsextremistische Kameradschaft, deren Name sich auf eine Vorläuferorganisation der SA bezieht, wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Polizei ist oft vor Ort. Der Wirt vom „Henker“ war am Freitag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Er ist einschlägig bekannt: Paul Stuart B., der über der Kneipe wohnt, wurde 2003 in Berlin zu sieben Monaten auf Bewährung verurteilt. Er hatte auf einer Homepage Fotos von Polizisten veröffentlicht, dazu eine Maschinenpistole und den Satz „Die Kugel ist für dich.“

Die Kneipe ist Gesprächsstoff in der Straße. Händler berichten von Anfeindungen, von Nazi-Aufklebern am Schaufenster und von abgekipptem Müll vor der Tür. In eine Scheibe wurde ein Hakenkreuz geritzt. Einer der Händler hat Zettel voller Telefonnummern unterm Ladentisch. Von Kunden, die ihm bei Gefahr Hilfe versprochen hätten, sagt er. Offen reden will auch er nicht. „Ich muss hier mit denen auskommen, da halte ich den Mund.“ So wie er denken viele in der Brückenstraße. Die meisten Anwohner winken ab, wenn man sie aufs Thema „Henker“ und Rechtsextremismus anspricht. Ein junger Mann sagt: „Viele hier sind arbeitslos und von der Politik enttäuscht. Deshalb kümmern sie sich um nichts mehr.“ Gegen dieses Desinteresse mobilisiert jetzt der Bezirk Treptow-Köpenick. Am Montag wollen Mitglieder des Bündnisses für Demokratie, einer parteiübergreifenden Initiative, mit Flugblättern in der Brückenstraße zu Zivilcourage aufrufen. „Wir wollen die Menschen sensibilisieren für die Gefahren, die von den Rechten und von der Kneipe ausgehen“, sagt Bündnis-Mitglied Hans Erxleben (Linke). Man wolle verhindern, dass sich rechte Strukturen verfestigen. „Die Anwohner dürfen sich ihren Kiez nicht von Rechten kaputt machen lassen“, sagt auch Jugendstadtrat Dirk Retzlaff (SPD).

Die Ortsteile Nieder- und Oberschöneweide gelten als Rechten-Hochburgen. 55 Prozent der 149 registrierten rechtsextremistischen Vorfälle im Bezirk wurden 2008 dort begangen. Der Bahnhof Schöneweide ist als Tatort für rechte Übergriffe bekannt. Das schlechte Image will man loswerden. Schließlich beziehen im Oktober 6 000 Studenten den neuen Campus der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Oberschöneweide. „Wir wollen, dass viele dort auch hinziehen, das geht nur ohne Nazi-Probleme“, so Erxleben. In einem Brief hat Bürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) den Vermieter des Hauses Brückenstraße 14 über die Kneipe „Zum Henker“ aufgeklärt. Eine offizielle Antwort gibt es noch nicht. Doch der Verwaltungsleiter des Erlanger Unternehmens sagte der Berliner

Zeitung: “Dem Problem, das wir nicht kannten, wird zeitnah nachgegangen. Wir wollen, dass sich unsere Mieter sicher fühlen.”

Ein Beispiel, bei dem man erfolgreich gegen Rechts war, schildert Hans Erxleben: “Bei einem Szenetreff in Oberschöneweide haben wir den Bierlieferanten angeschrieben. Der stellte die Lieferung ein, kurz darauf hat der Treff geschlossen.”

(Karin Schmidl)



NDR Online (30.07.2009)

Braune Schwestern – Rechte Frauen auf dem Vormarsch

Ihre blonden Zöpfe lassen sie mädchenhaft und ein wenig scheu wirken, doch ihre Worte sind knallharter Nazi-Jargon: “Bald wird Deutschland wieder von gesunden nationalen Menschen regiert. Und dann werden Schulausflüge nicht mehr nach Bergen-Belsen geplant. Dann kommt man hierher nach Bad Nenndorf und mahnt, was dem deutschen Volk angetan worden ist!”

Ricarda Rieflings Stimme überschlägt sich fast, während sie diese Sätze ins Mikrofon brüllt. Ihre Zuhörer sind Hunderte Neonazis aus ganz Norddeutschland. Die 27-Jährige aus der südniedersächsischen Kleinstadt Coppengrave ist eine der Vorzeigefrauen der norddeutschen Neonazi-Szene.

Gefragte Einpeitscherin

In Bad Nenndorf hat Riefling seit ein paar Jahren immer wieder Anfang August ihren größten Auftritt. Denn in der niedersächsischen Stadt steht das sogenannte Wincklerbad. Britische Besatzungstruppen nutzten dieses Bad unmittelbar nach Kriegsende als Internierungslager für Wehrmachtsangehörige und mutmaßliche NS-Kriegsverbrecher. Neonazis aber deuten die Geschichte in ihrem Sinne um: Sie sprechen von einer Folterstätte, in der aufrechte Deutsche gequält und misshandelt worden seien. Im vergangenen Jahr waren rund 500 Rechtsextremisten diesem Aufruf zum “Trauermarsch” gefolgt. In diesem Jahr dürften es nicht viel weniger werden. Die einpeitschenden Worte von der dreifachen Mutter sind diesem Publikum hochwillkommen.

“Ausgesprochen schillernde Figur”

Ricarda Riefling ist bei Niedersachsens Verfassungsschützern seit Langem bekannt. Der Präsident der Behörde in Hannover, Günter Heiß, bezeichnet sie als “ausgesprochen schillernde Figur, die auf vielen Gebieten im rechtsextremen Bereich tätig ist”. Sie ist nicht nur gern gesehene Rednerin bei rechten Aufmärschen, sondern gründete in ihrer Region den “Ring nationaler Frauen” und wurde Bezirksvorsitzende der NPD im Bereich Unterweser. In ihrem Heimatort war sie an leitender Stelle im örtlichen Schwimmverein tätig, bis NDR Info über ihre braune Gesinnung berichtete und der Verein sich genötigt sah, ihr den Laufpass zu geben.

Riefling ist kein Einzelfall: Auch an anderen Stellen in der norddeutschen Neonazi-Szene sind es Frauen, die hinter den Kulissen die rechten Fäden ziehen. Szenekenner wie die mit vielen Preisen für ihre Recherchen im rechten Milieu ausgezeichnete Journalistin Andrea Röpke aus Niedersachsen sprechen von einer geschickten Strategie der Neonazis: “Frauen dienen der Imageverbesserung der Szene. Sie werden deshalb im vorpolitischen Raum eingesetzt.”

Eine Aussteigerin berichtet

Eine dieser Frauen, die selbst jahrzehntelang in den Dienst der “braunen Sache” stellte, ist Tanja Privenau. Auch sie kommt aus Niedersachsen. Nach dem Ausstieg aus der rechten Szene lebt sie heute an einem geheimen Ort. Denn die ehemaligen Gesinnungsgenossen sind offenbar noch heute auf Rache aus. An ihren Einstieg in die männer-dominierte und gewaltbereite rechte Szene erinnert sie sich noch heute: “Gerade das fand ich so reizvoll, weil die so verrufen waren.” Tanja Privenau machte regelrecht Karriere in der Szene, wurde Kameradschaftsführerin: “Als Frau habe ich das Image der Kameradschaften ziemlich

aufpoliert“, sagt sie heute. Rund ein Fünftel der bundesweit etwa 30.000 Rechtsextremisten ist weiblich, Tendenz steigend.

“Rechtsextremismus ist für Frauen genauso attraktiv wie für Männer“, sagt die Berliner Erziehungswissenschaftlerin Dr. Esther Lehnert, die sich in der Hauptstadt sowohl wissenschaftlich als auch ganz praktisch als Mitarbeiterin einer Beratungsstelle mit dem Phänomen “Frauen und Rechtsextremismus” befasst. Sie sieht vor allem ein Problem, wenn immer mehr junge Frauen ins rechte Lager abdriften: “Je mehr Frauen da drin sind, desto weniger Grund gibt es natürlich auch für die Männer, aus der Szene wieder auszusteigen.”
Weibliche Maulwürfe

Frauen würden von den rechten Strippenziehern außerdem ganz bewusst eingesetzt, um politisch Andersdenkende auszuspionieren, erklärt Lehnert. Leidvoll erfahren musste das vor gut zwei Jahren zum Beispiel die evangelische Landeskirche Hannover. Bei einem Fachseminar zum Thema Rechtsextremismus in Hermannsburg hatten sich auch zwei Frauen aus der rechten Szene unter einem Vorwand eingeschlichen. Ihr erkennbares Ziel war es, Namen, Adressen und inhaltliche Positionen von politischen Gegnern herauszufinden, um sie der rechten Szene weiterzuvermitteln. Szenekenner entlarvten die beiden Neonazi-Frauen allerdings und sorgten für deren raschen Rausschmiss.

Eigene Kinder als Tarnung

Auch Tanja Privenau hat diese Strategie angewendet. Ihre eigenen Kinder waren ihr dabei willkommene Tarnung: “Da geht man zum Beispiel zu Krabbelgruppentreffen und versucht neue Frauen für das braune Lager an Land zu ziehen.” Für Privenau war der Ausstieg aus der Szene ein steiniger Weg. Bis heute fühlt sie sich bedroht: “Die wären nicht nett zu mir, die würden mich zusammenschlagen.”

(Angelika Henkel & Stefan Schölermann)



Jungle World (30.07.2009)

Back to the boots

In Berlin macht der »Frontbann 24« von sich reden. Die Behörden erwägen bereits ein Verbot der Gruppe, die sich die SA zum Vorbild genommen hat und der auch ehemalige NPD-Mitglieder angehören.

Mobbing, Austritte, Flügelkämpfe, Abspaltung ganzer Kreisverbände – der Berliner Landesverband der NPD macht seit einiger Zeit nicht den besten Eindruck. Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sprach kürzlich von einer “Schwächephase” und einem “Niedergang”. Seit der den Kameradschaften nahestehende Funktionär und “nationale Barde” Jörg Hähnel im Juni vorigen Jahres den Berliner Landesvorsitz übernahm, haben sich die Auseinandersetzungen in der Landespartei stetig verschärft. Mürrische Kameraden meckerten vor allem über die durch Ämterhäufung bedingte Überforderung Hähnels und seine mangelnde “Verwurzelung” in Berlin.

Bereits im Oktober 2008 traten die Konflikte offen zutage, als Hans-Joachim Henry, der damalige Vorsitzende des so genannten Kreisverbands 3, der die Bezirke Tempelhof, Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf umfasst, gemeinsam mit Gesine Hennrich, der damaligen Vorsitzenden des Kreisverbands Marzahn-Hellersdorf, eine Demonstration gegen “Kinderschänder” organisierte. Hähnel versagte ihnen die Unterstützung. Zur Eskalation kam es schließlich Anfang Februar 2009. Hähnel und das Bundesvorstandsmitglied Manfred Börm forderten Hennrich auf, ihre Ämter niederzulegen. Sie drohten mit der Verbreitung pornografischer Bilder, auf denen die Frau zu sehen war und die im Internet kursierten.

Hennrich trat daraufhin aus der NPD aus, ein Großteil des Kreisverbands folgte ihr, der Landesverband verlor so ungefähr 20 Prozent seiner Mitglieder. Wenig später wurde auf Weisung von Hähnel die Homepage des Kreisverbands 3 abgeschaltet. Daraufhin verließen auch Henry und seine Gefolgsleute die Partei. Als der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) unmittelbar nach Henrys Austritt verkündete, dass der Verfassungsschutz über keine Verbindungen mehr in die Berliner NPD verfüge, wurden zudem Spitzelvorwürfe gegen die Abtrünnigen erhoben.

Im Februar, auf dem jährlichen Nazi-Aufmarsch in Dresden, wurde die Spaltung offensichtlich: Es gab zwei getrennte Blöcke aus Berlin, einen um Hähnel und einen anderen um Henry und Hennrich. Im Block der Abtrünnigen wurde erstmals eine Fahne mit der Aufschrift “Frontbann 24” entrollt. Es handelte sich um den ersten Auftritt einer neuen Gruppierung, die seitdem Aufmerksamkeit erregt. Das hat sicher auch mit dem martialischen Auftreten ihrer Mitglieder zu tun: Diese zeigen sich uniformiert im Retro-Nazi-Look, mit schwarzen Hemden, auf denen Reichsadler mit den Kürzeln ihrer Ortsgruppen aufgenäht sind, und erinnern ansonsten eher an traditionelle Nazi-Skinheads. So nahmen Angehörige des Frontbanns 24 an verschiedenen Aufmärschen der vergangenen Monate teil. Der Name der Gruppe bezieht sich auf die 1924 gegründete Auffangorganisation für Mitglieder der damals zwischenzeitlich verbotenen SA und NSDAP, die ebenfalls “Frontbann” hieß.

Nachdem die Kameradschaft Tor und die Berliner Alternative Südost im Jahr 2005 verboten worden sind, stellt der Frontbann 24 nach Einschätzung des Verfassungsschutzes den Versuch dar, eine neue Kameradschaft in Berlin zu etablieren. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) sieht aber Unterschiede zu klassischen Kameradschaften.

»Deren Merkmal ist unter anderem eine sozialräumliche Orientierung«, sagt Bianca Klose von der MBR. „Der Frontbann 24 präsentiert sich zwar als Kameradschaftsverbund mit verschiedenen Ortsgruppen. Diese sind aber bisher kaum durch örtliche Aktivitäten, geschweige denn politische Aktionen, aufgefallen“, führt sie weiter aus.

Der Frontbann 24, dessen Mitglieder nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes 30 bis 45 Jahre alt sind, hält nichts von neomodischen Erscheinungen wie den „Autonomen Nationalisten“ und setzt eher auf die alte Schule. Nach unterschiedlichen Schätzungen gehören mindestens zehn und höchstens 60 Personen zu der Gruppe. Zu den Mitgliedern zählen nach Angaben des Verfassungsschutzes unter anderem Gesine Hennrich und andere ehemalige NPD-Mitglieder, insbesondere solche aus Schöneweide, Treptow, Marzahn und Neukölln. Die Mitgliedschaft des Musikers Bodo Dreisch, der als Liedermacher »Midgards Stimme« bekannt ist, lässt demnach auch auf Verbindungen in die rechtsextreme Musikszene schließen. Enge Kontakte bestehen auch zum ehemaligen Kreisverband 3 um Henry, der auf der Internetseite „ex-k3-berlin.de“ über den Frontbann 24 berichtet und diesen verlinkt. Verbündete hat die Gruppe auch beim dieses Jahr von zwei NPD-Kreistagsabgeordneten im Vogtland (Sachsen) gegründeten Freien Nationalen Bündnis (FNB). Das FNB versteht sich als Organisation für alle „freien Kräfte“, die „keine Rücksicht auf den weichgespülten, konservativen Schmusekurs der NPD-Parteibonzen“ nehmen wollen.

Das Verhältnis des Frontbanns 24 zur NPD ist jedoch ambivalent. Während die Feindschaft zu Jörg Hähnel unüberwindbar zu sein scheint – der NPD-Landesvorsitzende bezeichnete die Gruppe in der Berliner Morgenpost als einen „politischen Haufen, mit dem wir nichts gemein haben“ –, gibt es weiterhin persönliche Verbindungen in die Partei. Auch an NPD-Aufmärschen nahmen Mitglieder teil. Beiträge in Foren legen nahe, dass weiterhin gute Beziehungen zum ehemaligen Berliner NPD-Landesvorsitzenden Eckart Bräuniger bestehen und dass die Gruppe auch die Wiederwahl Udo Voigts auf dem Bundesparteitag im April und die damit einhergehende Politik unterstützt. „Der Frontbann 24 füllt die Lücke zwischen den ‚Autonomen Nationalisten‘ und der NPD“, sagt ein Vertreter des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (Apabiz). „Das ist aber ein nur auf Berlin beschränktes Phänomen und steht unter Umständen mit der großen Unzufriedenheit mit Hähnel in Zusammenhang.“

Dem Berliner Innensenator Körting zufolge wird die Organisation mittlerweile beobachtet, die Behörden ziehen auch ein Verbot in Erwägung. Was dieses angeht, zeigt sich Bianca Klose von der MBR eher skeptisch: „Zum einen ist der derzeitige inhaltliche Output dieser Gruppierung sehr gering. Zum anderen steht bisher vor allem ihre selbstdarstellerische SA-Folklore auf Aufmärschen im Vordergrund.“ Zumindest was diese angeht, griff die Polizei auf einer Nazi-Demonstration in Storkow (Brandenburg) Anfang Juli erstmals ein: Drei Frontbann-Anhänger mussten ihre Embleme abkleben.

(Matti Steinitz)



Der Tagesspiegel (31.07.2009)

Nazis bedrohen Grüne

Ein veröffentlichtes Foto mit Drohbrief, eine indirekte Drohung mit Vergewaltigung – was passieren kann, wenn man die Wut der Rechten auf sich zieht, musste zuletzt die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann erfahren.

Von Flammen umrahmt liegen Patronenhülsen mit Kameradschafts-Logo verziert auf dem Boden. Daneben richtet ein Nazi-Skinhead eine Pistole auf den Betrachter. Die Botschaft auf der Internetseite der „Kameradschaft Spreewacht“ (KSW) aus Lichtenberg ist eindeutig: Wer sich uns in den Weg stellt, muss mit Gewalt rechnen. Während die Berliner NPD zerstritten ist und mit finanziellen Problemen kämpft, formiert sich die parteiunabhängige militante Neonaziszene neu und zeigt sich immer selbstbewusster.

Was passieren kann, wenn man die Wut der Rechten auf sich zieht, musste zuletzt die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann erfahren. Sie hatte im Abgeordnetenhaus eine kleine Anfrage zu den Aktivitäten der KSW gestellt. Als Reaktion darauf war bis vor wenigen Tagen auf der Spreewacht-Seite ein Foto von ihr sowie ein Drohbrief zu finden. Darin wird der Abgeordneten von den Verfassern indirekt mit Vergewaltigung gedroht. Darunter tauchte das in Deutschland verbotene Keltenkreuz-Symbol auf. „Ich bin sehr erstaunt, wie sicher sich diese Leute fühlen müssen, wenn sie mich auf einer in Deutschland angemeldeten Webseite derart offen bedrohen“, sagte Herrmann dem Tagesspiegel. Umso wichtiger sei es, dass sich die Zivilgesellschaft von solchen Gruppen nicht einschüchtern lasse.

Immer wieder neue Kameradschaften und Vereine

Eine andere Berliner Kameradschaft, die sich erst Ende 2008 gegründet hat und rasant gewachsen ist, nennt sich nach der SA-Formation „Frontbann 24“. Die Sicherheitsbehörden gehen von 40 bis 60 aktiven Mitgliedern aus. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hatte unlängst im Tagesspiegel-Interview angekündigt, ein Verbot der Kameradschaft „Frontbann“ zu prüfen.

„Das Ausschöpfen aller juristischen Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus ist unerlässlich“, betonte Bianca Klose von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“. „Aber Organisationsverbote bleiben dennoch nur kurzfristig wirkungsvoll, weil sich die Szene immer wieder neu formiert.“ Unterdessen hat sich bereits eine weitere Gruppe zusammengefunden. Auf der Internetseite des „Nationalen Widerstand Berlin“ rühmt sich seit gestern die Szene, dass vor drei Wochen die erste Berliner Ortsgruppe der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) gegründet worden sei.

Die HNG ist mit 600 Personen der mitgliederstärkste Neonaziverein in Deutschland und genießt hohes Ansehen im rechtsextremen Spektrum. Ziel der Gruppe ist es laut Verfassungsschutz, inhaftierte Neonazis zu betreuen, „um sie auch während der Haftzeit sozial und ideologisch weiter an die rechtsextremistische Szene zu binden und somit die staatlichen Ausstiegsangebote zu unterlaufen.“ Laut der rechten Webseite wurden am Gründungsabend „Grußbotschaften für die Kameraden in den Berliner Systemkernen“ gemalt und mit einer Tombola Geld für die HNG gesammelt.

(Johannes Radke)



Der Tagesspiegel (09.08.2009)

Rechtsextremer Hass nach Noten

Die Band „Kategorie C“ will in Berlin auftreten. Experten warnen vor militanten Neonazi-Fans.

Seit einigen Tagen wird für ein Konzert der Band „Kategorie C“ in Berlin geworden – auf der Webseite der bei Neonazis beliebten Modemarke „Erik and Sons“. Die Veranstalter sind auf Geheimhaltung bedacht. Der genaue Ort wird nicht bekannt gegeben, lediglich der Stadtteil Mitte: Interessierte können sich per E-Mail anmelden und bekommen erst kurz vor der Veranstaltung eine persönliche Einladung. Die Polizei weiß von dem geplanten Konzert, der genaue Veranstaltungsort sei ihr bekannt, heißt es.

Die Band sei „besonders wegen ihrer gewaltverherrlichenden Lieder in der Skinhead-Szene beliebt und trat in der Vergangenheit zusammen mit rechtsextremistischen Skinhead-Bands bei Konzerten auf“, heißt es in einer Einschätzung des Verfassungsschutzes Bremen. Zuletzt verhinderte die Polizei Ende Mai bei Rostock mit einem Großaufgebot ein Konzert der Gruppe. Mehrere der 450 angereisten Neonazis griffen Polizisten an. Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Körperverletzung folgten. „Veranstaltungen in so einer Größenordnung, mit mehreren hundert Rechtsextremisten, stellen eine unmittelbare Gefahr für alle Menschen, die sich in der Umgebung aufhalten, dar“, warnt Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus.

Die 1997 in Bremen gegründete Band „Kategorie C“ genießt in der rechtsextremen Szene hohes Ansehen. Der Name leitet sich von der gleichnamigen Polizeibezeichnung für gewaltsuchende Hooligans ab. Auch wenn sich die Musiker seit einiger Zeit als „unpolitische Hooligan-Band“ präsentieren, zeigt ein Blick auf die Texte ein anderes Bild: „Deutschland dein Trikot. Das ist schwarz und weiß. Doch leider auch die Farbe deiner Spieler. In München, Rom und Bern, da gab es noch echte Deutsche. Solche Jungs und diese Siege hätten wir jetzt gerne wieder.“ Und weiter: „Deutschland ist der Schlachtruf. Für Deutschland stehen wir alle ein. Doch Deutschland ist nicht die BRD.“ Das Lied erschien 2006 zur Fußball-WM auf einem konspirativ produzierten Sampler der Naziszene. Zwei Monate später wurde die CD wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten sowie Gewaltdarstellungen“ verboten und beschlagnahmt. Bei der Polizei ist ein Musiker der Gruppe bestens bekannt: Im Herbst 1991 war er an einem Brandanschlag auf ein Bremer Flüchtlingsheim beteiligt und wurde dafür zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

„Wir werden alles dafür tun, dass dieses Konzert im Vorfeld verboten wird“, sagte der verfassungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Tom Schreiber, dem Tagesspiegel. Er kündigte an, die Veranstaltung im kommenden Verfassungsschutzausschuss zu thematisieren. „Es geht nicht nur darum, das Konzert zu unterbinden; es müssen auch mögliche Verbindungen von ‚Erik and Sons‘ zur rechtsextremen Szene durchleuchtet werden.“

Die Modemarke „Erik and Sons“ stammt aus Königs Wusterhausen bei Berlin. Das Konzert kündigt sie als Weihnachtsfeier für „Kunden, Partner und Freunde“ an. Zuletzt bedankte sich die rechtsextreme Gruppierung „Nationaler Widerstand Berlin“ auf ihrer Webseite bei der Firma für Spenden für eine Veranstaltung. Die Marke wird unter anderem im Versandhaus „Deutsche Stimme“ der NPD verkauft. Erst kürzlich eröffnete in Lichtenberg das Geschäft „Horrido“, in dem vor allem Kleidung von „Erik and Sons“, aber auch T-Shirts von „Kategorie C“ verkauft werden. Anwohner und Politiker befürchten, dass sich der Laden zu einem rechtsextremen Szenetreffpunkt entwickelt.

(Johannes Radke)



die tageszeitung (10.08.2009)

Ein bisschen Aufklärung auf dem Proletenfest

“Give Me Some Love”: Weltmusik klingt von Bühne 15 mitten in das Biermeilengewusel. Morris Mugoy, kurze Rastalocken, zupft an seiner Gitarre, eine Sängerin tanzt barfuß im roten Kleid. Die Tischreihen davor sind voll besetzt, links wird altböhmisches Pils ausgeschenkt, rechts gibt es Rostbratwurst. “Ich sitze hier, weil frei ist”, antwortet eine Mittfünfzigerin verständnislos. Und das Banner über der Bühne, “Kein Kiez für Nazis”? “Ist in Ordnung, so was.”

Es war ein Versuch. “Ein gelungener”, wie Canan Bayram von der Friedrichshainer “Initiative gegen Rechts” (IGR) findet. Am Samstag stellte die IGR ein eigenes Bühnenprogramm auf die Beine, ein “antirassistisches” – mitten in der Biermeile, die sich von Freitag bis Sonntag an der Karl-Marx-Allee ausbreitete. Eine kleine Insel der Alternativkultur sei das hier, so Bayram, die auch Grünen-Abgeordnete ist. Ein vollgepackter Infotisch und Verteiler mit “Servicewüste für Nazis”-Flugblättern gehören auch dazu. Man wolle sensibilisieren, so Bayram: gegen rechte Übergriffe, die immer wieder von der Biermeile ausgingen.

Am Samstagvormittag habe sich ein Typ vor die Bühne gestellt und “Aufhören!” gerufen, berichtet sie. In einen Notizblock hat sie weitere Pöbeleien festgehalten: Intolerant sei ihre Initiative, habe einer gesagt – wenn sie keine Rechtsextremen dulden. Um 17 Uhr machen die IGR-Leute Schluss, rollen ihr Banner ein, räumen den Tisch ab. “Wir wollten ein Zeichen setzen und Diskussionen auslösen”, so Sabine Ritter von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus. “Mit dem steigenden Pegel wird das immer schwieriger.”

Es sind Papas und australische Touristen, Biker und Jugendliche mit “Team Porno”-Shirts, die sich durchs Gewühl schieben, später auch Hertha-Fans. Und mittendrin saufen Thor-Steinar-Träger, Glatzköpfe mit BFC-Shirts und Neonazis mit “Todesstrafe für Kinderschänder”-Hemden oder Eisernem-Kreuz-Tattoo im Nacken. Zumindest am Nachmittag gehen sie aber zwischen den “Qué Será, Será”-Schunklern unter. Es ist Dorffest, nur größer. Die Polizei notiert keine fremdenfeindlichen Vorfälle, drei Festnahmen und 14 Körperverletzungen.

Lothar Grassnick, Biermeilenboss, nickt zufrieden: Alles ruhig und fröhlich. Die Sache mit der Antirassismusbühne sei toll. Von ihm gebe es “vollste Unterstützung”. Einen Packen der Servicewüste-Flyer habe er jedem Aussteller zum Auslegen in die Hand gedrückt. “Ich denke, die Botschaft ist angekommen.”

An der Bude des “Roten Oktober” gibt es Bier mit Lenin-Logo, auf dem Tresen liegen Arbeiterlieder-CDs. Vor Jahren hätten mal 40 Nazis versucht, seinen Stand anzugreifen, erzählt Gunter Reimann. Eigentlich sei es aber friedlich hier. “Klar triffste Nazis, aber die triffste in der U-Bahn auch.” Die Biermeile bilde eben den Berliner Durchschnitt ab, so Reimann. “Das ist dann eben ein Proletenfest, aber das ist doch okay so.”

(Konrad Litschko)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (10.08.2009)

Den Rechten den Bierhahn zudrehn

Antifaschisten versuchten auf dem riesigen Volksfest an der Karl-Marx-Allee Paroli zu bieten

Es herrscht Volksfeststimmung. Der Geruch von Bratwurst und heißem Fett hängt in der Luft. Tausende schieben sich an diesem Samstagnachmittag den Seitenstreifen der Karl-Marx-Allee entlang, der sich für ein paar Tage in den „längsten Biergarten der Welt“ verwandelt hat. Hunderte Bierstände und Fressbuden säumen die Biermeile, die sich mit ihren 21 „Bierregionen“ über 2,2 Kilometer vom Frankfurter Tor bis zum Strausberger Platz erstreckt.

Viele Besucher haben sich mit einem Bierkrug ausgerüstet, den sie in der Hand oder an einem Band um den Hals tragen. Hier und da machen sie Halt und lassen sich von in regionale Trachten gehüllten Bierverkäuferinnen ihren ProBier-Krug für 1,50 Euro nachfüllen. Und auch außerhalb der Stände prägen volkstümliche Elemente das Bild: Eine Gruppe junger Männer startet ihr Besäufnis am Thüringer Bierstand in Bayerischen Knickerbockern. Überhaupt ist beim angereisten männlichen Publikum unter 35 ein einheitliches Äußeres sehr beliebt, immer wieder begegnet man ganzen Horden „Dresdner Bierjungs 07“ oder „Ostberliner Kellerfreunden“, darunter einige schrankartig tätowierte Männer mit kurz geschorenen Haaren, denen man lieber nicht im Dunkeln begegnen möchte.

„Tolerant und weltoffen“ soll es auf der Biermeile zugehen, die in diesem Jahr zum 13. Mal in Berlin stattfindet. Veranstalter Präsenta wirbt mit der „wachsenden Internationalität“ des Festes: Insgesamt 300 Brauereien aus 86 Ländern sind vertreten. Von Internationalität ist bei einem Spaziergang über die Meile jedoch wenig zu spüren. Das Publikum ist überwiegend deutsch, die Schnurrbartquote hoch. Auch weniger freundlich aussehende Zeitgenossen haben sich unter die Menge gemischt.

„Wir haben hier Leute mit einschlägigen Tattoos wie der schwarzen Sonne oder dem verbotenen Keltenkreuz beobachtet“, berichtet Sabine Ritter von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus. Nicht wenige junge Leute seien mit Thor-Steinar-Klamotten unterwegs, eine unter Rechten beliebte Bekleidungsmarke. Lena von der Antifa-Friedrichshain bestätigt diesen Eindruck. „Viele tragen ihre rechte Gesinnung codiert durch Symbole oder Sprüche zur Schau“, sagt sie. Für das ungeübte Auge sei das oft kaum zu erkennen.

Beide Frauen sind gekommen, um gemeinsam mit der Friedrichshainer Initiative gegen Rechts (IGR) auf die Anwesenheit von Nazis auf dem Bierfest aufmerksam zu machen. In der Vergangenheit hatte es immer wieder Probleme mit besoffenen Rechten gegeben. Ausgehend von der Biermeile griffen Nazis in den letzten Jahren sogar wiederholt alternative Hausprojekte, Kneipen und links oder migrantisch aussehende Menschen in der Umgebung an.

Damit soll in diesem Jahr Schluss sein. Der Veranstalter Lothar Grasnick will Nazi-Pöbeleien und Rechte auf seinem Bierfest nicht länger dulden. „Wir sind eindeutig gegen rechte Gewalt. Alle Menschen sollen sich hier wohl fühlen“, betont er auf der von der IGR organisierten Podiumsdiskussion. Im Notfall will er von seinem Hausrecht Gebrauch machen und Platzverweise erteilen.

Ob diese Botschaft beim Publikum ankommt, ist indes unklar. Ein älterer Mann versucht, die Diskussion immer wieder durch Zwischenrufe zu stören. Die Gäste an den umliegenden Biertischen wirken desinteressiert, andere zeigen offen ihre Abneigung.

Ein Zuhörer Mitte fünfzig ist verärgert, dass „hier nur die Rechten kritisiert werden“. Linke, die Autos anzünden, seien doch viel schlimmer, macht er seinem Unmut Luft. Ähnliche Kommentare von Passanten am Infostand der Initiative lassen darauf schließen, dass ein rechtes Weltbild unter den Gästen der Biermeile keine Seltenheit ist. Dass sich die Veranstalter überhaupt gegen Rechts positionieren, ist das Verdienst der Friedrichshainer Initiative, die seit vier Jahren auf dem Fest präsent ist. Zum ersten Mal hat sie diesmal das Programm für eine der 18 Bühnen organisiert. Neben der Diskussionsrunde gibt es spanische und afrikanische Musik sowie politisches Kabarett. „Wir wollen nazifreie Zonen auf der Biermeile schaffen“, sagt Canan Bayram, die Sprecherin der Initiative ist – und zugleich für die Grünen im Abgeordnetenhaus sitzt. In Flugblättern fordert die Initiative Standbesitzer und Besucher auf, sich offen gegen Rechte zu positionieren und ihnen den Bierausschank zu verweigern. 80 Prozent der Stände haben laut Bayram das Material ausgelegt. Zwar ist man sich hier angesichts der Größe des Festes der begrenzten Wirkung der antifaschistischen Bühne bewusst. „Immerhin können wir dafür sorgen, dass die Rechten hier nicht in Ruhe feiern können“, sagt Lena.

Zumindest scheint es so, als würde die deutliche Haltung von Initiative und Veranstalter erste Wirkung zeigen. Obwohl Nutzer eines rechten Internetforums angekündigt hatten, die Bühne 15 stören zu wollen, haben die antifaschistischen Initiativen dieses Jahr auch in den späten Abendstunden keine größeren gewalttätigen Übergriffe dokumentiert. Gegenüber Jungnazis bleiben links und alternativ aussehende Menschen auf dem Fest eindeutig in der Minderheit – damit sie sich hier in Zukunft wirklich sicher fühlen können, wäre eine ungleich breitere Präsenz gegen Rechts nötig.

Laut Veranstalter haben insgesamt 800 000 Bürger die Meile besucht.

(Anne Britt Arps)



Der Tagesspiegel (13.08.2009)

Polizeiaktion gegen Rechtsextremisten in Berlin

Die Berliner Polizei hat am Morgen elf Wohnungen von mutmaßlich führenden Mitgliedern der rechtsextremen Organisation "Frontbann 24" durchsucht. Innensenator Ehrhart Körting prüft ein Verbot der Organisation.

Die Polizei ist am Donnerstagmorgen mit einer Großrazzia gegen die rechtsextreme Szene der Stadt vorgegangen. In der zweistündigen Aktion sind elf Wohnungen von mutmaßlich führenden Mitgliedern der Neonazi-Kameradschaft "Frontbann" durchsucht worden.

Gegen zwölf Mitglieder der Vereinigung im Alter von 20 bis 46 Jahren wird wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt: Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatten die elf Männer und eine Frau öffentlich Uniformen und Zeichen als "Ausdruck einer den Nationalsozialismus glorifizierenden Gesinnung" getragen. Paramilitärisches Uniformieren wird in Deutschland geahndet. Ganz in Schwarz gekleidet waren die "Frontbann"-Mitglieder auf Aufmärschen zu sehen. Auf ihren Hemden prangten meist ein Reichsadler und "Frontbann"-Schriftzug, am Kragen die Zahl "24".

Die Gruppe knüpfte bewusst, so der Vorwurf, an den 1924 als Vorläufer der paramilitärischen SA gegründeten "Frontbann" an. An der Razzia waren 60 Beamte beteiligt. Sie hätten Kleidungsstücke, Anstecker mit Hakenkreuzen, Schlagringe und Betäubungsmittel beschlagnahmen können, teilte die Polizei mit.

Die Kameradschaft hat ihren Schwerpunkt im Treptower Ortsteil Schöneweide, der als Hochburg der rechtsextremen NPD gilt. Durchsucht wurden am Donnerstag aber auch Wohnungen in Mariendorf, Buckow, Marzahn und Hohenschönhausen. Bei den etwa 50 Mitgliedern des "Frontbann 24" handele es sich überwiegend um Personen, die von den Behörden als gewaltbereit eingeschätzt würden und seit Jahren in der rechten Szene aktiv seien. Einige hätten vor kurzem aus der von internen Streits geschwächten NPD verlassen. Als eigene Gruppe ist der "Frontbann 24" seit 2008 bei einschlägigen Demonstrationen aufgetreten, zuletzt im Juli im märkischen Storkow.

Verfassungsschützern zufolge ist mit der Vereinigung seit den Verboten der "Kameradschaft Tor" und der "Berliner Alternative Süd-Ost" im Jahr 2005 erstmals wieder eine relevante Neonazi-Kameradschaft in Berlin aktiv. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) lässt mittlerweile auch für den "Frontbann 24" ein Verbot prüfen. Die Prüfung eines Verbots sei sinnvoll, sagte auch der Innenexperte der Berliner Linken, Udo Wolf.

Von der "Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus" hieß es, die Gruppe bestehe aus einem harten Kern von 15 Personen. Bisher hätten sich die Neonazis in der Treptower Kneipe "Henker" in Schöneweide getroffen. Gegen das Lokal hatten erst kürzlich Bürgerinitiativen protestiert. Auch Linkspolitiker Wolf wies auf die inzwischen einschlägig bekannte Gaststätte hin. Ein mögliches Verbot ersetze keinesfalls das weiterhin nötige Engagement gegen den bei Neonazis beliebten Treffpunkt.

(Hannes Heine)

NEWSBLOGGER

ad-hoc-news.de und newsblogger.de (13.08.2009)

“Frontbann 24” – Berliner Polizei durchsucht Wohnungen von Mitgliedern

Die Berliner Polizei hat am Donnerstag einen Schlag gegen die rechtsextremistische Vereinigung “Frontbann 24” geführt. Dabei wurden elf Wohnungen von mutmaßlichen Mitgliedern der neonazistischen Kameradschaft durchsucht. Schwerpunkt sei der Ortsteil Oberschöneweide mit fünf Objekten gewesen, sagte ein Polizeisprecher. Weitere Objekte wurden in Mariendorf, Buckow, Marzahn und Hohenschönhausen aufgesucht. In allen Wohnungen hätten die Beamten Beweismittel gefunden. Gegen zwölf Mitglieder der Vereinigung im Alter von 20 bis 46 Jahren wird wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt.

Nach Angaben von Staatsanwaltschaft und Polizei wird den elf Männern und einer Frau vorgeworfen, öffentlich Uniformen und Zeichen des “Frontbann 24” als “Ausdruck einer den Nationalsozialismus glorifizierenden politischen Gesinnung” getragen zu haben. Die Gruppierung knüpfe an den 1924 als Vorläufer der nationalsozialistischen “SA” gegründeten “Frontbann” an und erinnere in ihrer Aufbauorganisation, ihren Symbolen und dem Auftreten ihrer Mitglieder bewusst an ihr “historisches Vorbild”.

Bei den Durchsuchungen mit rund 60 Beamten konnten den Angaben zufolge in allen Wohnungen diverse Kleidungsstücke beschlagnahmt werden. Die Polizisten entdeckten zudem ein Butterflymesser, einen Schlagring, Betäubungsmittel sowie für die Verteilung vorgesehene Kugelschreiber, Feuerzeuge und Anstecker mit Hakenkreuzen.

Laut Verfassungsschutz trat mit der Vereinigung seit den Verboten der “Kameradschaft Tor Berlin” (KTB) und der “Berliner Alternative Süd-Ost” (BASO) im Jahr 2005 erstmals wieder eine relevante rechtsextremistische Kameradschaft in der Bundeshauptstadt in Erscheinung. Seit Ende 2008 werden vermehrt Aktivitäten beobachtet. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) lässt mittlerweile ein Verbot prüfen.

Die Kameradschaft hat dem Verfassungsschutz zufolge ihren regionalen Schwerpunkt im Ortsteil Schöneweide. Bei den etwa 50 bis 60 Mitgliedern handele es sich überwiegend um Personen, die eine rechtsextremistische Vergangenheit aufwiesen und zum Teil als gewaltbereit einzuschätzen seien.

In der Öffentlichkeit ist “Frontbann 24” inzwischen bei mehreren rechtsextremistischen Demonstrationen und Mahnwachen aufgetreten, darunter am 14. Februar in Dresden. Den Berliner Verfassungsschützern zufolge ergibt sich der rechtsextremistische Charakter aus den bewusst gewählten Bezügen zum historischen Nationalsozialismus in Namen und Symbolik.

Die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Bianca Klose, sagte, die Gruppierung bestehe nach Erkenntnissen ihres Teams aus einem “harten Kern” von rund 15 Personen. Diese seien bei Demonstrationen und gemeinsamen Aktionen durch ihre einheitliche Uniformierung mit NS-Bezug aufgefallen. Durch dieses “martialische Auftreten” solle vermutlich versucht werden, politische Gegner einzuschüchtern.

Nach Einschätzung des MBR stößt “Frontbann 24” innerhalb der rechten Szene Berlins in die Lücke zwischen der NPD und den sogenannten Autonomen Nationalisten. Allerdings seien die 2005 verbotenen Kameradschaften KTB und BASO inhaltlich verfassungsfeindlicher aufgetreten, führte Klose an. Von Frontbann liege bislang nur ein Flugblatt vor.

(Mirko Hertrich, ddp)



die tageszeitung (14.08.2009)

Razzia gegen Rechtsextreme in Berlin. Kameraden gehts an den Kragen

Die Polizei durchsucht elf Wohnungen von Mitgliedern der rechtsextremen Kameradschaft "Frontbann 24" in Berlin. Die SPD fordert ein Verbot der Gruppierung ab Herbst. Sie pflegen einen martialischen Auftritt. Ganz in Schwarz gekleidet erscheinen die Mitglieder der Berliner Kameradschaft "Frontbann 24" zu Demonstrationen. Auf ihren Hemden ein Reichsadler und der "Frontbann"-Schriftzug, am Kragen eine "24" – ein unverhohlener Bezug auf die gleichnamige, 1924 gegründete Vorgängerorganisation der nationalsozialistischen SA. Nun gehen Polizei und Justiz gegen diese Inszenierung vor: Am Donnerstagmorgen durchsuchten Beamte die Wohnungen von zwölf "Frontbann"-Mitgliedern. Die rund 60 Polizisten kamen um sieben Uhr morgens. Insgesamt elf Wohnungen wurden gestürmt, vorrangig in Oberschöneeweide (Treptow-Köpenick). Daneben gab es Razzien in Mariendorf, Buckow, Marzahn und Hohenschönhausen. Die Durchsuchungen richteten sich gegen elf Männer im Alter von 20 bis 46 Jahren und eine 39-jährige Frau. Nach taz-Informationen soll es sich dabei um die frühere NPD-Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf, Gesine Hennrich, handeln. Die Staatsanwaltschaft hatte Ermittlungen eingeleitet, weil die Beschuldigten mit ihrem einheitlichen Dresscode auf Demos erschienen waren. Das gilt als Uniformierung und damit als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Laut Polizeisprecher Martin Otter ist der "Frontbann"-Auftritt "ein Ausdruck einer gemeinsamen, den Nationalsozialismus glorifizierenden politischen Gesinnung". Die Polizei habe gezielt nach den Uniformen gesucht. "Wir sind in allen Wohnungen fündig geworden." Neben Hemden, Fahnen und Flugblättern wurden ein Butterflymesser, ein Schlagring sowie Drogen beschlagnahmt. "Wir haben auch zur Verteilung vorgesehene Kugelschreiber, Feuerzeuge und Anstecker mit Hakenkreuzen entdeckt", so Otter. Die Polizei leitete Verfahren wegen Verstößen gegen das Waffen- und Betäubungsmittelgesetz sowie des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen ein. Bereits seit Jahresbeginn hat der Verfassungsschutz den "Frontbann 24" im Visier. Die Behörde rechnet der Kameradschaft 50 bis 60 Mitglieder zu, hauptsächlich im Alter von 30 bis 45 Jahren. Die Gruppe habe sich Ende 2008 aus unzufriedenen NPDlern gegründet, einige Mitglieder seien als gewaltbereit einzuschätzen. Ganz bewusst wähle die Organisation Bezüge zum historischen Nationalsozialismus, so auch der Verfassungsschutz. Zuletzt kreuzte die Kameradschaft auf Demos in Berlin, Brandenburg und Sachsen auf. Die SPD-Fraktion fordert nach den Razzien nun ein Verbot des "Frontbanns". "Ich gehe davon aus, dass genug beweislustiges Material gefunden wurde, um dieses durchzusetzen", sagt Tom Schreiber, verfassungspolitischer Sprecher der SPD. Er rechne mit einem Verbot noch vor der Bundestagswahl. Udo Wolf, Vizefraktionschef der Linkspartei, fordert die Prüfung eines Verbots: "Wir müssen dieser Gruppe mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnen." Der "Frontbann" sei die am schnellsten expandierende Kameradschaft in Berlin, so Wolf. Der Forderung von Wolf kommt Innensenator Ehrhart Körting (SPD) bereits nach: Seit Anfang Juli prüft dessen Rechtsreferat ein Verbot. Die Organisation verbreitete fremdenfeindliche Propaganda und sei klar verfassungsfeindlich, so Körting. Er hoffe auf einen zügigen Abschluss der Prüfung. Zuletzt hatte Körting 2005 die rechtsextreme "Berliner Alternative Süd-Ost" (Baso) und die "Kameradschaft Tor" verbieten lassen. Sie hätten sich aggressiv gegen die freiheitliche Verfassung gestellt.

Bianca Klose, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, begrüßt das Vorgehen gegen "Frontbann". "Genauso wichtig aber ist die Fortsetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen die Kameradschaft." Klose verweist auf den "Frontbann"-Treff in der Gaststätte Zum Henker in Niederschöneeweide. Seit Wochen fordern Bezirkspolitiker und das "Bündnis für Demokratie und Toleranz" deren Schließung. (Konrad Litschko)



junge welt (19.08.2009)

Rechte tummeln sich im Netz Neofaschisten nutzen für ihre Propaganda verstärkt das Internet

Ende vergangener Woche stellten die Bundeszentrale für politische Bildung und das Projekt „jugendschutz.net“ in Berlin ihren Jahresbericht 2008 zu rechtsextremen Aktivitäten im Internet vor.

Demzufolge wurde im vergangenen Jahr eine erneute Zunahme von neonazistischen Webseiten dokumentiert und ein verstärktes Auftreten im sogenannten Web 2.0, den interaktiven Angeboten im Internet, registriert. Ob volksverhetzende Videos auf YouTube, Nazisymbole in Profilen von Facebook, Myspace, Twitter und Co. oder die Vernetzung bei Twitter, „es findet Mißbrauch in sämtlichen Diensten statt“, so Stefan Glaser, Leiter des Bereichs Rechtsextremismus bei „Jugendschutz.net“. Seine Organisation habe im vergangenen Jahr mehr als 1700 rechtsextreme Webseiten im Netz ausfindig machen können, mit steigender Tendenz. In sozialen Netzwerken und Videoplattformen registrierten sie mit mehr als 1500 neofaschistischen Videos und Profilen sogar doppelt so viele Verstöße wie im Jahr 2007.

Filme seien derzeit der zentrale Träger der menschenverachtenden Botschaften, so Glaser. Problematisch sei, daß diese nicht immer sofort als rechtsextrem erkennbar seien und daß sie sich oft unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegten. Deshalb sei es schwierig, gegen die Urheber vorzugehen. Neben der NPD versuchen dem Bericht zufolge vor allem „Autonome Nationalisten“, sich das Internet zu erschließen.

„jugendschutz.net“ wurde 1997 von den Jugendministern der Bundesländer gegründet, um gegen neofaschistische Webangebote vorzugehen und diese nach Möglichkeit aus dem Netz zu entfernen. Als wirksam erwies sich dabei die Kontaktaufnahme mit den Providern im In- und Ausland. Dadurch konnten 2008 rund 80 Prozent der verbotenen Nazi-propaganda aus dem Netz entfernt werden. Stefan Glaser verweist aber auf eine hohe Fluktuation aufgrund der Struktur des Web 2.0. Deswegen gelänge es nicht dauerhaft, Inhalte zu verbannen. Ein entferntes Video werde von einem anderen Provider einfach neu ins Netz gestellt. Man könne Neofaschismus im Netz nicht nur technisch begegnen, so das Fazit von „jugendschutz.net“.

Ähnlich sieht das auch Matthias Müller von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin: „Gerade weil das World Wide Web immer selbstverständlicher von jungen Menschen genutzt wird, stehen Pädagoginnen und Pädagogen sowie Eltern vor der Herausforderung, sich selbst die notwendigen Medienkompetenzen anzueignen.“ Die kritische Auseinandersetzung mit medial verbreiteten rechten Inhalten müsse gefördert werden.

(Theo Schneider)



Mut gegen rechte Gewalt (28.08.09)

Aktion gegen „Thor Steinar“ in Friedrichshain

„Initiative gegen Rechts“ eröffnet Protestcontainers direkt vor dem Geschäft „Tromsö“ in Berlin Friedrichshain. Samstag findet um 15.00 Uhr eine Demo gegen den Laden statt.

Die Modemarke „Thor Steinar“ ist vor allem Neonazis beliebt und wird durch den Verfassungsschutz als „szenetypisches Erkennungs- sowie Abgrenzungsmerkmal“ bezeichnet. Vertrieben wird sie mitten im Zentrum von Berlin, im Kleidungsgeschäft „Tromsö“ in Friedrichshain. Dagegen protestiert die „Initiative gegen Rechts“ (IGR) mit einem großen Informations- und Protestcontainer direkt vor dem rechten Shop. Mit dem Container will die Initiative Anwohnerinnen und Anwohner sensibilisieren und darüber aufklären, dass die Marke „Thor Steinar“ mit ihren Motiven rechtsextreme Ideologien transportiert und fester Bestandteil rechtsextremen Lifestyles ist. Es soll ein deutliches Zeichen gegen rechtsextreme Aktivitäten in Friedrichshain gesetzt werden, um damit in den Kiez hineinzuwirken und mehr Menschen zu motivieren, gegen Rechts aktiv zu werden. Der Container wird mit Hintergrundinformationen über die Marke „Thor Steinar“, die Historie des Gebäudes in der Petersburger Str. 94 als Folterkeller der SA im Nationalsozialismus sowie mit einer Chronologie von Neonaziaktivitäten in Friedrichshain gestaltet. Darüber hinaus wird ein großes AntiNaziGraffiti auf den Container gesprüht, das weithin sichtbar sein wird und den Protest gegen den Laden zum Ausdruck bringt.

Auch die Nachbarschaft macht mobil / Der Container wird ab dem 28.8.2009 für einen Monat vor dem „Tromsö“ stehen

Seit der Eröffnung des „Tromsö“ engagieren sich neben der IGR auch angrenzende Vereine und Nachbarn gegen den Laden. Zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure fanden seitdem statt, um deutlich zu machen, dass der Laden „Tromsö“ in Friedrichshain unerwünscht ist: so etwa zwei Demonstrationen, eine Kiezparade, mehrere Informationsabende, Flyeraktionen, Veranstaltungen mit Gewerbetreibenden und eine Plakataktion.

Containeraktionen sind erfolgreich

Eine ähnliche Containeraktion gegen den „Tönsberg“-Laden in der Rosa-Luxemburg-Straße war bereits sehr erfolgreich. Anfang 2008 hatte sich ausgerechnet im einst durch jüdisches Leben geprägten Scheunenviertel Berlins ein ‚Modegeschäft‘ einquartiert, der als ein Szeneladen für Rechtsextreme galt. Anwohner machten dagegen mobil. Und dem Laden wurde auch direkt ein Container vor die Tür gesetzt, auf dem ebenfalls reich über Neonazis aufgeklärt wird. Diese erste Kreativ-Aktion in Nachbarschaftsselbsthilfe wurde unterstützt durch eine Spendenaktion der stern-Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“. Der Protest war erfolgreich, der Vermieter kündigte. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) begleitete beide Initiativen in ihrem Engagement gegen diese Szeneläden. Hierzu Bianca Klose, Projektleiterin der MBR: „Die juristische Auseinandersetzung ist in all solchen Fällen sehr langwierig. Umso wichtiger ist es, dass sich Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft eindeutig positionieren und mit kreativen Protestformen die Etablierung rechtsextremer Infrastruktur und von Anlaufstellen für die Szene zu verhindern versucht.“

Neues Deutschland

Neues Deutschland (29.08.2009)

Der Nazis liebste Kleiderkammern In Friedrichshain und Lichtenberg wehren sich Bürger gegen "Thor Steinar"

Über Nacht blieb der Container unbeschädigt. "Der einzige Vandalismus", lacht Gigi von der Friedrichshainer Initiative gegen Rechts, "war ein Anti-Nazi-Aufkleber." Und damit könne man natürlich bestens leben. Groß und unübersehbar steht seit gestern der mit Anti-Thor-Steinar-Slogans besprühte Container vor dem umstrittenen Geschäft "Tromsø", das in Friedrichshain die bei Neonazis beliebte Marke "Thor Steinar" verkauft.

Die Protestaktion direkt vor dem rechten Klamottenladen, die gestern den Medien präsentiert wurde, wird auch von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) unterstützt.

"Wir informieren über rechtsextreme Infrastruktur und entwickeln Handlungsstrategien", sagt Sabine Ritter von der MBR. Ganz neu ist die Idee mit dem Informationscontainer indes nicht, ausprobiert wurde die Straßenaktion bei einem ähnlichen Geschäft in der Rosa-Luxemburg-Straße in Mitte im Mai 2008 - damals mit großem Erfolg. Denn die Informationscontainer lenken die Aufmerksamkeit der Passanten auf die "Thor Steinar"-Geschäfte und halten damit die kritische Debatte über solche Läden am laufen.

Welche Funktion die Geschäfte für die rechte Szene haben, beschreibt die Grünen-Abgeordnete Canan Bayram: "Das ist ein Treffpunkt für Nazis, Möchtegern-Nazis und deren Sympathisanten." Von den Läden aus ziehen sie dann pöbelnd durch den Kiez, um ihre rechte Ideologie zu verbreiten.

Wie real die Gefahr ist, in Friedrichshain Opfer von rassistischer oder Nazi-Gewalt zu werden, belegt ein Plakat, das an dem Container angeklebt ist. Dort dokumentiert die lokale Registerstelle seit Beginn dieses Jahres auf einer Straßenkarte mit Kreuzen die Orte der Übergriffe - der Kiez ist übersät davon. Erst Mitte Juni schlugen Nazis, die in der Diskothek Jeton gesoffen hatten, einen 22-jährigen Neuköllner fast tot. Einer der Nazi-Täter soll "Thor Steinar"-Klamotten getragen haben.

Beim Widerstand gegen das "Tromsø" macht auch der Bezirk mit. Seit der Laden Anfang März öffnete, setzt sich Wirtschaftsstadtrat Peter Beckers (SPD) beim Inhaber des Hauses für die Schließung des Geschäfts ein. "Es läuft eine Räumungsklage des Eigentümers, die hoffentlich zum Ende des Jahres entschieden wird", erzählt Beckers. Dann könnte Schluss sein mit der Geldmacherei mit dem fragwürdigen rechten Symbolik-Kitsch.

Solange wollen sich junge Antifaschisten indes nicht gedulden: Für den heutigen Sonnabend planen linke Gruppen eine Doppel-Demonstration gegen das "Tromsø" in Friedrichshain und gegen das Lichtenberger Bekleidungsgeschäft »Horrido«. Die Demonstration unter dem Motto "Gegen Naziläden und Strukturen überall" beginnt um 15 Uhr am Frankfurter Tor. Auf der Route nach Lichtenberg ist auch eine Zwischenkundgebung vorgesehen: Vor der Diskothek Jeton.

(Von Martin Kröger)

Neues Deutschland

Neues Deutschland (04.09.2009)

Nazis mögen keinen Hanf Braune Kameradschaft »Frontbann 24« will gegen Lichtenberger »Growshop« demonstrieren

Gegen den Anfang Juni eröffneten Hanfladen »Buschmann« in der Lichtenberger Wönnichstraße wollen am Samstag Nazis demonstrieren. Von 8 bis 11 Uhr ruft die braune Organisation »Frontbann 24« zu einer Kundgebung auf dem Vorplatz des Lichtenberger Bahnhofs auf. Seit die rechte Kundgebung bekannt wurde, regt sich auch der antifaschistische Widerstand. Eine halbe Stunde vor den Nazis beginnt eine Antifakundgebung, die die Abgeordnete Evrim Baba (LINKE) aus Lichtenberg angemeldet hat.

Anlass für den Protest der Nazis ist, dass der Hanfladen »Buschmann«, in dem Geräte und Fachwissen zum Hanfanbau vertrieben werden, neben einer Grundschule liegt. Die Braunen argumentieren, dass Kinder zum Kiffen animiert werden könnten und stellen ihre Kundgebung unter das Motto »Drogen, nein danke, Schulen sind die Schranke«. »Absoluter Schwachsinn«, meint dazu einer der Buschmann-Eigentümer, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte. Für ihn sind die Nazis »Hohlköpfe«, die versuchen, »über negative Presse Aufmerksamkeit zu bekommen«.

Dass die Neonazis vom »Frontbann 24« so öffentlich im Lichtenberger Weitlingkiez auftreten, ist ein Novum. Bislang taten sie sich durch Aktivitäten in Niederschöneweide rund um ihren Treffpunkt, die Kneipe »Zum Henker«, hervor. Nach Angaben Babas existiert in Lichtenberg eine »Frontbann 24«-Ortsgruppe.

»Uns ist bekannt, dass Aktivisten des Frontbann 24 und Umfeld auch im Weitlingkiez wohnen«, sagt Annika Eckel von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) gegenüber ND. Bei der Razzia gegen Mitglieder des »Frontbann 24«, dessen Verbot vom Innensenat geprüft wird, am 13. August wurden von der Polizei auch Objekte in Hohenschönhausen durchsucht. Und letztlich habe sich die ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf, Gesine Hennrich, früher mit ihrem Verband in der Kneipe Jägerheim an der Straße Alt-Friedrichsfelde getroffen, sagt Eckel.

Hennrich war nach internen Querelen und unter massivem Druck von ihren Ämtern zurück- und aus der Partei ausgetreten. Sie ist nun Mitglied des »Frontbann 24«. »Das Thema Familie und Kinder war schon immer Querschnittsthema im Rechtsextremismus«, weiß Annika Eckel. Auch der »Frontbann 24« habe sich das Kinderthema ausgeguckt. Eckel vermutet, dass Hennrich die Themen der Organisation setzt. Sie hatte schon im Oktober 2008 eine Demo gegen »Kinderschänder« in Marzahn organisiert.

Der Widerstand gegen die Nazis ist breit. Neben Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich und der Direktkandidatin für die Bundestagswahl, Gesine Löttsch (beide LINKE), rufen VVN-BdA, Antifagruppen, Partei- und Gewerkschaftsjugend und das Hanfjournal, mit einer Auflage von über 100 000 Exemplaren das größte Fachmagazin, zum Protest auf. Ein Kommentar auf dem rechten Nachrichtenportal »Altermedia« zeigt indes einmal mehr, wes Geistes Kind braunes Pack ist. »Klar war Hanf im Gebrauch«, heißt es zur Verwendung von Hanf bei den »Germanen« unverblümt, »zum Aufknüpfen von Volksverrättern und Kinderschändern«.

(Jörg Meyer)



Mut gegen rechte Gewalt (14.09.09)

Mietverträge gegen Nazis

Sozialsenatorin Knake Werner besichtigte in Berlin-Friedrichshain den Infocontainer gegen den Laden Tromsö, in dem "Thor Steinar"-Kleidung vertrieben wird, die in der rechtsextremen Szene sehr beliebt ist.

Der Informations- und Protestcontainer der Initiative gegen Rechts Friedrichshain befindet sich direkt vor dem Kleidungsgeschäft "Tromsö" in der Petersburger Straße in Berlin Friedrichshain, in dem die in der rechtsextremen Szene beliebte Marke "Thor Steinar" verkauft wird. Die Initiative gegen Rechts Friedrichshain stellte der Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner ihr Protestkonzept mit dem Informationscontainer vor. In dem daran anschließenden Gespräch, zu dem die Senatorin geladen hatte, informierten sich Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über demokratische Handlungsstrategien gegen rechtsextreme Normalisierungsbestrebungen im öffentlichen Raum. Darunter der Stadtrat in Lichtenberg, Andreas Prüfer, der Fraktionsvorsitzender der SPD in Reinickendorf, Sascha Braun, Bianca Klose, von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und Anna Delia Papenberg von der Initiative Mitte gegen Rechts, die bereits Anfang 2008 eine ähnliche Containeraktion gegen den "Tönsberg"-Laden in Mitte durchgeführt hat.

Knake-Werner betonte eingangs die Bedeutung einer kontinuierlichen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte im Kampf gegen Rechtsextremismus. Der Senat werde auch weiterhin vorrangig auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen setzen und die Arbeit der Berliner Strukturprojekte wie die Opferberatung Reach Out sowie die MBR sicherstellen, auch wenn sich die Bundesregierung im kommenden Jahr mit Auslaufen der Bundesprogramme aus der Finanzierung zurückziehen sollte.

NPD um Normalität bemüht

Bemühungen Rechtsextremer um Normalisierung in den Berliner Bezirken sind insbesondere in zwei Bereichen zu beobachten, so Bianca Klose (MBR): "Zum einen versucht, allen voran die rechtsextreme NPD, offensiv in öffentlich-rechtliche Räume vorzudringen und sich als ‚normale‘, und damit wählbare Partei zu inszenieren. Zum anderen führt die Etablierung immer weiterer rechtsextremer Treffpunkte und rechtsextremer Infrastruktur, z.B. in Form von Szeneläden in den Bezirken zu einer kontinuierlichen Präsenz rechtsextremer Erlebniswelten und rechtsextremen Lifestyles im öffentlichen Raum." Das strategische Ziel bestehe darin, durch einen allmählichen Gewöhnungseffekt gesellschaftliche Tabus zu unterlaufen und rechtsextreme Erscheinungsformen im Alltagsleben zu verankern. Diese rechtsextremen Raumgreifungsstrategien stellen eine Herausforderung für die Bezirke und das Land Berlin dar, der sich in Berlin immer mehr Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft stellen.

Vertrag soll rechtsextreme Mieter verhindern

Die Mobile Beratung unterstützt hierbei seit Jahren verschiedenste zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen. So hat die MBR einen antirassistischen Mietvertrag (Muster-Raumnutzungsvertrag) entwickelt und eine Handreichung zum Thema erstellt. Der Vertrag soll den Entscheidungsträgern neue demokratische Spielräume gegenüber rechtsextremen Raumanfragen eröffnen und es der NPD verunmöglichen, sich in den angemieteten öffentlich-rechtlichen Räumen rechtsextrem, rassistisch, antisemitisch oder aber antidemokratisch zu äußern und zu inszenieren. Für den Umgang mit rechtsextremer

Infrastruktur, wie Szeneläden und Kneipen, hat die MBR als präventive Maßnahmen Klauseln für Gewerbemietverträge entwickelt, durch die sich Mieter und Mieterinnen dazu verpflichten keine Produkte oder Veranstaltungen mit rechtsextremem Bezug anzubieten.

Dass die Berliner Politik und Verwaltung zunehmend die Empfehlung der MBR für ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ernst nimmt, zeigen die Beispiele der bei der Veranstaltung anwesenden Akteure.

Geschlossenes Vorgehen der Beteiligten

Andreas Prüfer, Stadtrat in Lichtenberg, hat ausgehend von eigenen Erfahrungen maßgeblich an dem Beschluss des Rates der Bürgermeister (RdB) vom 26. März 2009 mitgewirkt, der den Einsatz von Nutzungsvereinbarungen, die die Empfehlungen der MBR berücksichtigen, empfiehlt. Prüfer bestätigte, dass ein enges Zusammenwirken von Vermietern und Vermieterinnen, Zivilgesellschaft und Politik/Verwaltung wichtige Erfolgskriterien dafür sind, rechtsextremen Raumgreifungsstrategien entschieden entgegen zu treten. Dafür ist das Ausschöpfen aller juristischen Mittel unerlässlich. Die politische Auseinandersetzung könne dies natürlich nicht ersetzen, aber effektiv ergänzen.

Sascha Braun, Fraktionsvorsitzender der SPD in Reinickendorf, berichtete von den Erfahrungen seines Bezirks, wo die NPD im April dieses Jahres ihren Bundesparteitag abhielt. Ähnlich wie schon 2006, als die NPD ihren Landesparteitag in Räumen des Bezirksamts durchführte, scheute der Bezirk neben der politischen auch die juristische Auseinandersetzung nicht. Auch wenn die Nutzung der Räume durch die NPD nicht verhindert werden konnte, so wurden doch die Nutzungsbedingungen für die NPD durch die Anwendung eines restriktiven Nutzungsvertrages erheblich eingeschränkt und somit die Hürden relativ hoch gesetzt. Durch die Anwesenheit von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Bezirksamts sowie Beauftragten des Bezirksamtes konnten Vertragsbrüche dokumentiert werden, so dass eine erneute Anmietung der Räume durch die NPD zukünftig erschwert sein sollte. Braun betonte die sehr gute Kooperation der demokratischen Parteien über alle politischen Lager hinweg. Als großen Erfolg wertete Braun zudem, dass die Anwendung des Nutzungsvertrages gerichtlich als gängige Verwaltungspraxis anerkannt wurde – dies ist Berlin- und bundesweit erstmalig der Fall.

Aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteure berichtete Anna Delia Papenberg von der Initiative Mitte gegen Rechts sowohl von vielen positiven Erfahrungen und Erfolgen mit dem Containerkonzept in Berlin-Mitte als auch von der Schwierigkeit, langfristig zivilgesellschaftliches Engagement auf hohem Niveau aufrecht zu halten. Zumal, wenn die Verwaltung sich nicht mehr kooperativ zeigt. Anfang 2008 hatte sich ausgerechnet im einst durch jüdisches Leben geprägten Scheunenviertel Berlins der Laden “Tönsberg” einquartiert, der ebenfalls die Marke “Thor Steinar” anbietet. Anwohner machten dagegen mobil und gründeten die Initiative Mitte gegen Rechts. Die Initiative entwickelte erstmals das Containerkonzept: Dem Laden wurde direkt vor die Tür ein Container gesetzt, auf dem einfallsreich über rechtsextreme Ideologie und Erscheinungsformen aufgeklärt wird. Ein umfangreiches Begleitprogramm flankierte öffentlichkeitswirksam die Problematik der zunehmenden rechtsextremen Präsenz im Umfeld des Ladens in der Rosa Luxemburg Straße. Der Protest war erfolgreich, dem Laden wurde gekündigt. Als fatal bezeichnet Papenberg das Handeln der bezirklichen Verwaltung. Der Antrag der Initiative, die Informations- und Protestcontainer über einen längeren Zeitraum weiterhin vor dem “Tönsberg”-Laden stehen zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Container in Berlin-Friedrichshain, mit dem die Initiative gegen Rechts Friedrichshain (IGR) Anwohnerinnen und Anwohner sensibilisieren und über die Marke “Thor Steinar” aufklären will, wird zunächst bis Ende September vor dem “Tromsö” in der Petersburger Straße stehen. Der Container ist gestaltet mit Hintergrundinformationen über die Marke “Thor Steinar”, die Geschichte des Gebäudes als Folterkeller der SA im Nationalsozialismus sowie mit einer Chronologie von rechtsextremen Aktivitäten in Berlin-Friedrichshain. Neben der

IGR engagieren sich seit Eröffnung des “Tromsö” auch angrenzende Vereine und Nachbarn gegen den Laden, Demonstrationen, eine Kiezparade, mehrere Informationsabende, Flyer-Verteilaktionen, Veranstaltungen mit Gewerbetreibenden und eine Plakataktion wurden bisher durchgeführt, um deutlich zu machen, dass der Laden “Tromsö” in Friedrichshain unerwünscht ist.

Das Pressegespräch fand am 2. September in Räumen des Interkulturellen Hauses Friedrichshain statt, in dem sich viele Projekte und Initiativen befinden, die sich an Protestaktivitäten gegen “Tromsö” beteiligt haben und weiterhin beteiligen werden.



junge welt (14.09.2009)

Ohrenbetäubendes Wahlkampfgeschrei CSU belebt alte Debatte über neues NPD-Verbotsverfahren. VVN-BdA führt den Kampf gegen Neonazis weiter auf der Straße.

Unterschiedlicher können die derzeit lautesten Verfechter für ein neues NPD-Verbotsverfahren kaum sein: Wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) seit Jahren mit ihrer Kampagne "nonpd" läßt auch die CSU kaum eine Gelegenheit verstreichen, um für ein Verbot der neofaschistischen Partei zu werben. Für manche sind die neuen antifaschistischen Gesänge der CSU allerdings eher ohrenbetäubendes Wahlkampfgeschrei.

Während die VVN-BdA ihren Worten auch Taten folgen läßt, beispielsweise indem sie dieser Tage mit jüngeren Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen NPD-Wahlkampfstände auf der Straße protestiert oder, wie beim diesjährigen Tag der Erinnerung und Mahnung am Wochenende in Berlin, das Gedenken an den Holocaust wachhält, beläßt man es auf seiten der Parteien kurz vor den Wahlen zumeist bei Lippenbekenntnissen.

Die VVN-BdA ist unterdessen mit ihrem Ziel, im Rahmen ihrer "nonpd"-Kampagne bis zum kommenden Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, dem 8. Mai 2010, insgesamt 5000 Argumente für ein NPD-Verbot zu sammeln, gut im Plan. Bis Freitag hatten sich 3571 Menschen an der Aktion beteiligt, die im Internet unter "www.npd-verbot-jetzt.de":<http://www.npd-verbot-jetzt.de> umfangreich dokumentiert wird.

Die Kampagne der VVN hatte bereits einen Vorläufer: 2007 kamen über 175000 Unterschriften für ein NPD-Verbot zusammen. In 46 Kartons verpackt waren diese im Dezember 2007 mehreren Parlamentariern des Bundestages überreicht worden.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erklärte Ende der Woche der Süddeutschen Zeitung (SZ), Bayern wolle "dem Treiben der NPD nicht zusehen, bis sich diese Verfassungsfeinde in der Republik etabliert haben". Für Herrmann ist das Auftreten der NPD seit dem gescheiterten Verbotversuch von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung im Jahr 2003 erheblich bedrohlicher geworden: "In Lörrach hat ein NPD-Mann Sprengstoff gehortet und einen Anschlag geplant. Bei uns in Bayern hat ein NPD-Kreisvorsitzender einen Brasilianer überfallen (...). Solche Dinge bestimmen den Alltag der NPD, Gewalt wird von der Partei wohlwollend geduldet", schilderte Herrmann der SZ. Ein neuer Anlauf habe auch deshalb bessere Chancen, weil das Bundesverfassungsgericht jetzt anders besetzt sei als noch 2003 und die neuen Richter womöglich nicht mehr so streng seien, so Herrmanns Argumentation.

Daß der letzte Versuch vorwiegend wegen der rund 30 Mitarbeiter des Verfassungsschutzes scheiterte, die in leitende Funktionen der NPD geschleust worden waren, stört den CSU-Politiker nicht die Bohne. Für ihn gelten die Schlapphüte in der neofaschistischen Partei auch weiterhin als unverzichtbar. Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes hatten mit ihrer Entscheidung gegen ein NPD-Verbot 2003 der Partei ausdrücklich nicht attestiert, verfassungskonform zu sein - sie lehnten aber den Verbotsantrag ab - mit dem Argument, daß nicht unterscheidbar sei, wer in der NPD ein Parteiaktivist und wer ein Agent des Verfassungsschutzes sei.

Herrmann verkündete trotzdem, bis zum Sommer einen neuen Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorbereiten zu wollen, und legt es mit seinem

Vorstoß auf einen handfesten Streit mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) an, der ein NPD-Verbot derzeit für aussichtslos hält. Wie manch anderer CDU-Politiker zeigt sich Schäuble insbesondere wegen des Zeitpunkts der erneut entfachten Debatte, zwei Wochen vor der Bundestagswahl, über den Vorstoß aus Bayern etwas vergrätzt. Der Berliner Morgenpost zufolge wolle er sich aber in Kürze mit seinem Unionskollegen aus Bayern darüber austauschen, ob "neues Material" und "neue Argumente" über die Verfassungsfeindlichkeit der NPD vorlägen. Schäuble erklärte weiter: "Das Dümme ist, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, der dann scheitert." Aber der Widerstand gegen ein neues Verbotungsverfahren in der CDU bröckelt erheblich. Sah Schäuble mit seiner Position unlängst noch die gesamte Riege von CDU-Landesinnenministern hinter sich, sind mit Lorenz Caffier aus Mecklenburg-Vorpommern und Manfred Scherer aus Thüringen nunmehr zwei Minister auf die Seite der Befürworter eines neuen Anlaufs gewechselt.

Für Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, sind die Pläne der CSU "für ein neues NPD-Verbotungsverfahren (...) nichts als unseriöse Augenwischerei". Jelpke zufolge dürfe die "menschenverachtende Hetze der Neonazis nicht weiter durch die staatliche Parteienfinanzierung subventioniert" werden. Ihre Partei werde auch zukünftig "für die Abschaltung der nutzlosen und oftmals auch gefährlichen V-Leute in der NPD eintreten", teilte Jelpke weiter mit. Bianca Klose von der Berliner Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) plädierte am Freitag im jW-Gespräch "bei Abwägung aller Vor- und Nachteile" für ein NPD-Verbot, "weil die Partei eine zutiefst rassistische und antisemitische Organisation ist" und die Parteienprivilegien zur Stärkung der neonazistischen Szene beitragen.

Dennoch hält Klose die "aktuelle Debatte für kontraproduktiv, wenn nicht gar hilflos", solange die richtigen Schlüsse aus dem Scheitern des letzten Verbotsantrages "keine politische Mehrheit in Deutschland" fänden. Derzeit müsse es eher darum gehen, "demokratische Strukturen aufzubauen und gegen Rechtsextremismus zu sensibilisieren", so Klose weiter.

Positiv überrascht über den CSU-Vorstoß zeigte man sich bei der SPD, deren Innenminister in den Ländern ein NPD-Verbot mehrheitlich befürworten. Auch deshalb, weil Herrmann ankündigte, mit Schäuble eine "klare Debatte" über ein neues NPD-Verbotungsverfahren führen zu wollen und mit den SPD-Innenministern in der Frage zu kooperieren. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, Thomas Oppermann, teilte in einer Erklärung mit, daß, "nachdem die Unions-Länder seit Monaten Gespräche über einen zweiten Anlauf eines NPD-Verbotsverfahrens blockieren", er sich "über die Wende aus Bayern" außerordentlich freue.

(Lothar Bassermann)



Netz gegen Nazis (21.09.2009)

Gegen Angsträume und "Henker" - Fest für Demokratie in Berlin-Schöneide

Rund 200 Menschen haben am Samstag im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick unter dem Motto "Vielfalt statt Einfalt - Für einen bunten, interkulturellen und toleranten Bezirk" demonstriert. Der bunte Umzug war der Auftakt zum jährlich stattfindenden "Fest für Demokratie und Toleranz - gegen Angsträume" am S-Bahnhof Schöneide. Auf dem Fest diskutierten Vertreter aller demokratischen Parteien über Strategien gegen Rechtsextremismus.

Der bunte und friedliche Demonstrationzug, der von Vertretern des "Bündnisses für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick" angeführt und von einer Trommelgruppe begleitet wurde, zog durch den Ostberliner Bezirk und auch am rechtsextremen Szene-Treff "Zum Henker" vorbei. Vor dem "Henker", der absurderweise mit einer Herzchen-Girlande geschmückt war, klärten die Redner über die Kneipe auf und riefen zum gemeinsamen Engagement gegen Rechtsextremismus im Bezirk auf.

Die Kneipe "Zum Henker" wurde Ende Februar 2009 im Bezirk Niederschöneide eröffnet. Dort fanden bereits verschiedene größere Treffen von Angehörigen der Berliner rechtsextremen Szene statt, an denen auch Mitglieder der kameradschaftsähnlichen Gruppierung "Frontbann 24" und des "Nationalen Widerstands Berlin" teilnahmen. Seit der Eröffnung der Kneipe haben Polizei und Landeskriminalamt bereits mehrere Einsätze im "Henker" durchgeführt. Gegen drei Besucher einer Veranstaltung wird momentan wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt.

Der Betreiber der Kneipe wurde 2003 u.a. wegen Verbreitung verfassungswidriger Kennzeichen, Bedrohung, Beleidigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu sieben Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Register Treptow-Köpenick, das rechtsextreme Vorfälle im Bezirk auswertet, hat für den Zeitraum Januar bis Juni 69 Vorfälle gezählt - die meisten davon Propagandaaktionen. Auffällig war die große Zahl an NPD- und Anti-Antifa-Aufklebern im direkten Umfeld des "Henkers".

Im Bezirk hatte außerdem die NPD massiv für den Wahlkampf plakatiert - die rechtsextreme Partei hat ihren Bundessitz im Bezirk Treptow-Köpenick. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt tritt im Bezirk als Direktkandidat an.

Doch auch der Protest gegen den Szene-Treff formiert sich bereits, seitdem der "Henker" eröffnet hat. So verteilten Mitglieder verschiedener demokratischer Parteien sowie besorgte Bürgerinnen und Bürger aus Treptow-Köpenick Flugblätter, die über den rechtsextremen Treffpunkt informierten und die Anwohner und ermutigen sollten, sich gegen die demokratiefeindliche Entwicklung in ihrem Kiez zu engagieren.

Während der Demonstration und während des darauffolgenden "5. Festes für Demokratie und Toleranz - gegen Angsträume" versuchte die rechtsextreme Szene von Anfang an, Präsenz zu zeigen. So begleitete der rechtsextreme Aktivist Sebastian Sch. auf dem Fahrrad den Demo-Umzug und versuchte auch später in die Nähe des Festes zu gelangen.

Auch rund 20 Angehörige des "Frontbann 24" versammelten sich nach der Demonstration vor einem Einkaufszentrum in der Nähe des "Festes für Demokratie". Sie erhielten daraufhin

Platzverweise von der Polizei.

Danach versuchten einzelne Neonazi-Kader auf das Fest zu gelangen oder beobachteten es aus der Ferne. Zwischenfälle soll es laut Veranstalter aber nicht gegeben haben.

Der Umzug und das "5. Interkulturelle Fest für Demokratie und Toleranz - gegen Angsträume" waren ein weiterer wichtiger Teil des Engagements gegen Rechtsextremismus im Bezirk. Aufgerufen hatte unter anderem das "Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick", in dem sich viele Vereine, demokratische Parteien und Einzelpersonen aus dem Bezirk seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus einsetzen. Das Bündnis wird von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin beraten.

Am Bahnhof Schöneweide wird gefeiert, weil dieser für Migrant/innen, alternative Jugendliche, Schwule und Lesben sowie Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren oder als "nicht deutsch" wahrgenommen werden einen "Angstraum" darstellt, den sie nur mit einem unguuten Gefühl betreten. Das Fest soll symbolisch und konkret zeigen, dass die große Mehrheit der Treptow-Köpenicker Bürgerinnen und Bürger für ein demokratisches und buntes Miteinander eintreten und sich mit den potentiellen Opfergruppen rechtsextremer Gewalt solidarisieren.

Tatsächlich sind es mehrere hundert Besucherinnen und Besucher, die sich auf dem "5. Fest für Demokratie und Toleranz - gegen Angsträume" an Ständen über die Arbeit von Initiativen informieren oder auf zwei Bühnen Bands, Theateraufführungen oder Tanz-Gruppen aus dem Bezirk zusehen. Kinder konnten eine Hüpfburg, Bastelstände und Spielangebote nutzen. Neonazis wagten dann nur noch vereinzelt einen Blick aus dem benachbarten Einkaufszentrum auf die Veranstaltung.

Nachmittags fand ein Polit-Talk mit Direktkandidaten aus dem Bezirk Treptow-Köpenick der FDP, SPD, der Linken und der Grünen statt. Die CDU wurde vom Ortsvorsitzenden des Bezirks Treptow-Köpenick vertreten. "Nazis sind gefährlich, die bieten Selbstvertrauen zum Nulltarif! Dem müssen wir attraktive Angebote entgegensetzen", meinte etwa Gregor Gysi von Die Linke. Joachim Specht (CDU) betonte die Wichtigkeit des Engagements: Wo Nazis meinten, auftreten zu können, müssten sich Demokraten ihrem Treiben in den Weg stellen. Helmut Königshaus von der FDP pflichtete ihm: "Auch wenn wir in vielem verschiedener Meinung sind, aber wenn es gegen Rechtsextremismus geht, müssen alle Demokraten gemeinsam aktiv werden." Kajo Wasserhövel (SPD) lobte das Engagement vieler Demokraten im Bezirk und forderte, dass die Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus nachhaltig gesichert werden müsse. Peter Groos von den Grünen betonte die Wichtigkeit, gerade der jungen Generation die Demokratie nahe zu bringen und demokratisches Engagement zu loben.

Bleibt den Aktiven vor Ort zu hoffen, dass ihr Engagement tatsächlich nachhaltige Unterstützung erfährt.

(Joachim Wolf und Simone Rafael)



(September 2009) Netzwerkzeitung für Sport und Wirtschaft - nsw24 sportplatz

Interkulturelles Fußballfest am 5. September

Motto 'Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie'

Vielfalt tut gut ... Vor mehr als zwei Jahren startete das Programm "VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mit dem Programm wurde sich zum Ziel gesetzt, gerade bei jungen Menschen die demokratische Kultur und das zivile Engagement zu stärken sowie Toleranz und Weltoffenheit zu fördern.

... auch in Lichtenberg-Mitte

Im Förderschwerpunkt "Entwicklung integrierter lokaler Strategien" entwickeln Kommunen zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen Lokalen Aktionsplan, einer Strategie für das Fördergebiet. Auch das Gebiet Lichtenberg-Mitte mit Schwerpunkt Weitlingkiez wird so gefördert.

Projekte in Lichtenberg-Mitte

In diesem Jahr wurden bereits 24 Projekte ausgewählt, die gefördert werden. Im Jahr 2008 wurden 44 Projekte mit Geld unterstützt. Dies zeigt, wie viele verschiedene Menschen, Vereine oder andere Organisationen sich seitdem verstärkt mit dem Thema auseinandersetzen. Wie in den letzten Jahren gibt es verschiedene Projekte an den Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen oder auch in den verschiedenen Vereinen im Fördergebiet. Größere Veranstaltungen im Fördergebiet waren das Open Air und Kiezfest für Jugendliche im Juni 2007, die Jugendkonferenz im Dezember 2007 oder auch das große Fest "Wir im Kiez" auf dem Münsterlandplatz, das mittlerweile im Juni 2009 zum dritten Mal stattfand. Im September 2009 steht zudem die große U18-Wahlparty auf dem Nöldnerplatz auf dem Plan. U18 ist die größte politische Bildungsinitiative für Kinder und Jugendliche in Deutschland.

Ihr Ziel ist es, junge Menschen dabei zu unterstützen, Politik zu verstehen und Unterschiede in den Partei- und Wahlprogrammen zu erkennen. Höhepunkt ist die U18-Wahl, bei der auch die unter 18-Jährigen ihre Stimme abgeben können.

Der Aktionsfonds für Bürgerinnen und Bürger

Im Rahmen des Bundesprogramms wurde in Lichtenberg-Mitte ein Aktionsfonds geschaffen, mit denen Bürgerinnen, Bürger, Jugendliche und Heranwachsende unbürokratischer und flexibler finanzielle Unterstützung für eigene Projekte erhalten können. Pro Projekt können bis zu 1000 Euro beantragt werden. Monatlich entscheidet eine Jury.

Das Angebot wendet sich an: Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Vereine, Jugendliche und Heranwachsende u.a.

Verwaltet wird der Fonds durch die Stadtbild Agentur e.V., die die Nutzer bei der finanziellen Abwicklung auch unterstützt

Weitere Projekte und Informationen sind auf der Internetseite der Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte zu finden.

www.koordinierungsstelle-lichtenberg.de

Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus

haben auf dem Fußballplatz nichts zu suchen – aktiv und couragiert handeln für Toleranz und Kultur im Fußball

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin,
www.mbr-berlin.de

Idee und Programm des Festes ...

... sind das Ergebnis der Zusammenarbeit der Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg e.V., des SC Borussia 1920 Friedrichsfelde e.V., Lyra e.V., Verein zur Förderung der Integration der Deutschen aus Russland, Förderverein nsw24 Sport- durch Wirtschaftsförderung e.V., ORA 34 e.V., Nachbarschaftshaus für Interkulturelle Begegnungen, des Lichtenberger Kulturvereins e.V. und vieler weiterer Partner. Sportliche Höhepunkte werden die Turniere von zwölf E- und acht D-Jugend Mannschaften sowie das Prominentenspiel zwischen einer vietnamesischen Auswahl mit Klasespielern wie PHAN DUC DUNG und DO VAN PHUC, Nationalmannschafts-Kapitän in den 80er Jahren, gegen ein deutsches Fußball-Team mit ehemaligen National- und Oberligaspielern. Interviews, Gespräche und Autogramme mit Fußball-Prominenten werden ihre Magnetwirkung entfalten können. Aus Sympathie mit dem Interkulturellen Fußballfest hat der EHC GALABAU Berlin von 1989 e.V. den ersten Tag seines Jubiläums-Turniers im Inlineskater-Hockey auf diesen Sonnabend verlegt. Und ein interkulturelles Fußballfest wäre natürlich nicht "rund", wenn es nicht den ganzen Tag über Anregung und Unterhaltung bei Sport und Spiel, Musik und Tanz und für jeden Geschmack Kulinarisches aus aller Welt gäbe.

Das Fest des fairen sportlichen Wettbewerbs und der interkulturellen Begegnung ist ein Projekt, das im Rahmen des Bundesprogramms "VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" entstanden ist und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie vom Bezirk Lichtenberg von Berlin gefördert wird. Es ist dem friedlichen Wettstreit zwischen Menschen – Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen – unterschiedlichen Herkommens, unterschiedlicher Kultur, unterschiedlicher Erfahrungen gewidmet und soll beitragen, sich im Alltag offen, tolerant und verständnisvoll zu begegnen.



(06.10.2009) Die Zeit / Störungsmelder (ebenso erschienen in Der Tagesspiegel)

Rechtsextremer BVG-Wachmann gekündigt

Ein Funktionär der rechtsextremistischen NPD, der durch rassistische Äußerungen aufgefallen ist, hat wegen seiner politischen Gesinnung seinen Job bei einer Sicherheitsfirma verloren.

Ein Funktionär der rechtsextremistischen NPD, der durch rassistische Äußerungen aufgefallen ist, hat wegen seiner politischen Gesinnung seinen Job bei einer Sicherheitsfirma verloren, die im Auftrag der BVG in U-Bahnen und Bussen eingesetzt war. Dem Unternehmen GSE-Protect war von der politischen Laufbahn ihres Mitarbeiters Thomas Vierk angeblich nichts bekannt. Auf Nachfrage des Tagesspiegels zeigte sich die Firma überrascht. Am Montag wurde der Rechtsextremist entlassen.

“Jemand, der sich rassistisch äußert, kann bei uns nicht arbeiten”, begründete GSE-Geschäftsführer Michael Goldschmidt seine Entscheidung. Nachdem er von Vierks Tätigkeit als NPD-Verordneter erfahren habe, sei ihm sofort gekündigt worden. “Nach dem Arbeitsrecht ist eine Kündigung gerechtfertigt, wenn die Gefahr der Störung des Betriebsfriedens vorliegt”, erklärte der stellvertretende Verdi-Landesbezirksleiter Andreas Köhn. Ein aktiver Neonazi im Betrieb sei beispielsweise Kollegen mit Migrationshintergrund nicht zumutbar.

Der 36-jährige Vierk war Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Neukölln und sitzt für die Partei in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung. Bei der Bundestagswahl trat er auf Platz fünf der NPD-Landesliste an. Zudem fungierte Vierk als Anmelder und Redner bei mehreren Nazi-Aufmärschen. Seine rassistischen Äußerungen auf der NPD-Webseite wurden im Verfassungsschutzbericht 2007 als Beleg für die enge Zusammenarbeit zwischen NPD und der militanten Neonaziszene angeführt. So bezeichnete Vierk im Juni 2006 die Verurteilung zweier rechtsextremer Gewalttäter als “ungeheuerlich” und “Repressalien gegen den Nationalen Widerstand”. Den lebensgefährlichen Schädelbruch, den die Neonazis einem 15-jährigen Äthiopier zugefügt hatten, nannte Vierk eine “Schramme am Kopf eines negriden Menschen.”

Die BVG lobte die Reaktion der von ihr beauftragten Firma. “Ein Job, für den Fingerspitzengefühl nötig ist, kann nicht von einem Rechtsextremisten ausgeführt werden”, sagte BVG-Sprecher Klaus Wazlak. Auch die Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus begrüßte die Kündigung. “Es ist ein wichtiges Zeichen, dass die Firma so schnell reagiert hat und sich eindeutig positioniert”, sagte Sprecherin Bianca Klose. “Dies sollte auch für andere Betriebe ein Vorbild sein.”

(Johannes Radke)



(07.10.2009) Junge Welt

**Rätselraten nach Brandanschlag
NPD-Mitglied weiter im Koma. Antifa-Gruppen bestreiten Beteiligung. Rechtsextreme bedrohen linke Aktivistin**

Auch mehrere Tage nach einem Brandanschlag auf den Berliner Neonazitreffpunkt "Zum Henker" bleibt der Vorfall rätselhaft. In der Nacht zu Sonntag hatte ein Unbekannter mehrere Brandsätze gegen die überregional bekannte rechte Szenekneipe im Berliner Ortsteil Schöneweide geworfen.

Nach Angaben der Polizei befanden sich im Lokal zu diesem Zeitpunkt rund 40 Gäste, die »überwiegend der rechten Szene zuzuordnen sind«. Kurz nach dem Anschlag stürmten die Besucher aus dem "Henker" auf ein Fahrzeug, in dem sie die Täter vermuteten. Das 28jährige NPD-Mitglied Enrico S. wurde dabei überfahren, erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen und mußte notoperiert werden. Derzeit liegt er im Koma.

"Zu den Tätern gibt es bislang keine konkrete Spur", heißt es bei der Berliner Polizei. Es werde in allen Richtungen ermittelt. Nach Medieninformationen schließen die Beamten aber mittlerweile aus, daß die Attacke von Mitgliedern eines Rockerclubs inszeniert wurde: Beobachter vermuten, daß das Berliner Landeskriminalamt (LKA) den Vorfall nutzen will, um verstärkt linke Organisationen zu beobachten. Doch Antifa-Gruppen bestreiten, daß es sich bei der Tat um eine Aktion von Linken gehandelt hat. "Das hat weder was mit linksradikaler noch mit linker Politik zu tun, sondern ist als Mordversuch zu werten", sagte Tina Böhm vom Antifaschistischen Bündnis Süd-Ost. Zwar richte sich die Arbeit der Antifaschisten auch gegen die Kneipe "Zum Henker", doch Molotowcocktails, die auf Neonazis und ein Wohnhaus geworfen werden, gehörten nicht zum Repertoire, betonte Böhm.

Die Gaststätte gilt als regelmäßiger Treffpunkt der Kameradschaft "Frontbann 24". Unabhängig von den Tätern komme der tief zerstrittenen Berliner Neonazisszene so ein hochemotionales Thema ganz gelegen, da es die internen Kämpfe in den Hintergrund dränge, so Böhm. Tatsächlich häufen sich unterdessen Drohungen gegen Antifaschisten. Im Fokus steht dabei vor allem Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin. Noch am Abend des Anschlags, als knapp 250 Neonazis vor den "Henker" zogen, hetzte "Frontbann 24"-Mitglied Uwe D. gegen die Projektleiterin der Beratungseinrichtung. Im Internet rufen Neonazis unverhohlen zu Racheaktionen auf: "Wir werden kein Mittel außer acht lassen, tickende Zeitbomben wie Bianca Klose auf allen Ebenen zu bekämpfen", heißt es auf einer Webseite Berliner Neonazis. "Die rechtsextreme Szene benutzt die Tat vom Wochenende als Vorwand, um jene einzuschüchtern, die sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzen und dabei Gesicht zeigen", so Klose.

(Theo Schneider)



(07.10.2009) Der Tagesspiegel

Rechte wollen gegen “linke Gewalt” protestieren

Nach dem Angriff auf die Treptower Kneipe “Zum Henker” werden am Sonnabend bis zu 500 Demonstranten erwartet. Die Neonazis wollen gegen “linke Gewalt” protestieren.

Bis zu 500 Neonazis werden am Sonnabend zu einer Demonstration in Berlin erwartet. Nachdem am Sonntagmorgen ein mutmaßlicher Rechtsextremist vor einer einschlägig bekannten Kneipe in Treptow lebensgefährlich verletzt worden ist, rufen Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften zu Protesten gegen “linke Gewalt” auf. Die Organisatoren wollen nach Tagesspiegel-Informationen unter dem Motto “Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff” vermutlich durch Treptow marschieren; Beginn ist 12 Uhr. Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor.

Unbekannte hatten in der Nacht zu Sonntag zwei Brandsätze auf die bei Neonazis beliebte Kneipe “Zum Henker” in Schöneeweide geschleudert. Anschließend flohen sie in einem Auto und fuhren dabei drei Verfolger aus dem Lokal an. Noch am Sonntagabend demonstrierten etwa 250 Mitglieder rechte Szene am nahen S-Bahnhof Schöneeweide gegen “linken Terror”. Der “Henker” gilt nach Angaben von Experten der “Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus” als Treffpunkt der Kameradschaft “Frontbann 24”. Wohnungen von Anhängern der Gruppe wurde diesen Sommer vom Landeskriminalamt durchsucht, weil sie gegen das Uniformierungsverbot verstoßen haben sollen. Derzeit wird ein Verbot der Kameradschaft geprüft.

(Hannes Heine)



(08.10.2009) BerlinOnline.de

Rechte demonstrieren nach Brandanschlag auf Neonazi-Lokal

Nach dem Brandanschlag auf den Neonazi-Szenetreff “Zum Henker” in Niederschöneweide rufen Rechtsextreme für Samstag (10. Oktober) zu einer Demonstration auf. Laut Polizei erwarten die Veranstalter rund 300 Teilnehmer. Der Aufmarsch soll um 12.00 Uhr am Alexanderplatz beginnen und zum S-Bahnhof Landsberger Allee führen. Die Demonstration steht unter dem Motto “Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff, Solidarität mit Opfern linker Gewalt”.

Laut “tageszeitung” (Donnerstagsausgabe) haben Antifa-Gruppen Gegenproteste angekündigt. Ein für den selben Tag geplanter Neonazi-Aufmarsch in Königs Wusterhausen sei abgesagt worden. Bereits am Sonntag hatten wegen des Brandanschlags rund 250 Neonazis im Stadtteil Schöneweide demonstriert.

Dem Blatt zufolge kündigten Rechte im Internet zudem “Racheaktionen” gegen Linke an. Konkret werde zu Gewalt gegen “Antifa-Chefs” oder das linksalternative Hausprojekt “Köpi” in der Köpenicker Straße in Mitte aufgerufen. Bedroht werde auch die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Bianca Klose.

Ein Maskierter hatte in der Nacht zum Samstag zwei Brandsätze auf die Gaststätte in der Brunnenstraße in Niederschöneweide geworfen, die keine größeren Schäden anrichteten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich rund 40 Menschen in dem Lokal, überwiegend Angehörige der rechten Szene. Sie versuchten, ein Fahrzeug aufzuhalten, in dem sie den Täter vermuteten. Dabei wurde ein 28-Jähriger überrollt und erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen. Zwei weitere Menschen wurden ebenfalls verletzt.

(ddp)



(08.10.2009) die tageszeitung

Rechte drohen mit tödlicher Rache

Nach Anschlagversuch auf „Henker“ mobilisieren Neonazis zu Samstag zu einer Demonstration. Im Internet wird der Chefin der Beratung gegen Rechtsextremismus Gewalt angedroht

Nach dem versuchten Brandanschlag auf die bei Neonazis beliebte Kneipe „Zum Henker“ in Niederschöneweide mobilisieren Rechtsextreme zu einer Demonstration am Samstag. Im Internet werden zudem „Racheaktionen“ gegen Linke angekündigt. Demokratie-Netzwerke verurteilen die Einschüchterungsversuche.

Unter dem Motto „Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff, Solidarität mit Opfern linker Gewalt“ wollen die Neonazis ab 12 Uhr demonstrieren. Der Aufzug sei mit 300 Teilnehmern angemeldet, so eine Polizeisprecherin. Der genaue Ort und die Route würden noch verhandelt. Antifa-Gruppen kündigten Gegenproteste an. Ein für den gleichen Tag geplanter Neonazi-Aufmarsch in Königs Wusterhausen wurde abgesagt.

In der Nacht zum Sonntag hatte ein Maskierter zwei Molotowcocktails auf den „Henker“ geworfen, in dem sich 40 Personen aus der rechten Szene aufhielten. Die Brandsätze richteten keinen Schaden an, ein Fluchtfahrzeug der Täter verletzte aber drei Personen, die die Angreifer fassen wollten. Ein 28-Jähriger wurde von dem Pkw überrollt und lebensgefährlich verletzt. Bereits am Sonntag hatten deshalb rund 250 Neonazis in Schöneweide demonstriert.

Im Internet rufen Rechtsextreme nun zu Gewalt gegen Linke auf. „Auch diese roten Schweine haben Namen und Adressen, wehrt euch endlich“, schreibt ein Nutzer in einem einschlägigen Internetportal. „Gleich mal ein paar Linke von dem Dreckspack einkesseln und ordentlich zusammenknüppeln“, heißt es an anderer Stelle. Konkret wird zu Gewalt gegen „Antifa-Chefs“ oder das linke Hausprojekt Köpi aufgerufen.

Bedroht wird auch die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Bianca Klose. „Vielleicht hat ja Bianca Klose auch mal Lust auf eine kleine Schwimmstunde im Landwehrkanal – wie damals Rosa Lux“, wird auf die Ermordung Rosa Luxemburgs 1919 angespielt. In einem anderen Forum heißt es: „Wir werden kein Mittel außer Acht lassen, tickende Zeitbomben wie Bianca Klose auf allen Ebenen zu bekämpfen.“

Klose erklärte der taz, dass sie „verschiedene Maßnahmen“ gegen die Drohungen prüfe. Der Anschlag vom Sonntag werde von Neonazis als Vorwand genutzt, um Menschen, die sich jahrelang gegen Rechtsextremismus engagieren und Gesicht zeigen, einzuschüchtern. „Die Tat steht in keinem Zusammenhang mit unserer Arbeit“, so Klose. Zusammen mit Bürgerinitiativen hatte die MBR den „Henker“ zuletzt als rechtsextremen Treffpunkt kritisiert und dessen Schließung gefordert. Diese Arbeit werde man auch fortsetzen, betont Klose. „Der Anschlag diskreditiert nicht das zivilgesellschaftliche Engagement, sondern diskreditiert sich selbst.“

Man nehme die rechten Drohungen sehr ernst, so Björn Malycha vom Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick. Vor allem für Mitstreiter, die sich offen gegen rechts engagieren, seien die Ankündigungen bedrohlich. Laut Bündnis-Mitstreiter Lutz Längert seien auch viele Bewohner rund um den „Henker“ eingeschüchtert. „Die müssen wir jetzt stärken.“ Der Anschlag selbst sei unverantwortlich. „Das ist in keinster Weise ein Instrument, sich mit diesem Geschäft auseinanderzusetzen“, so Längert.

Auch in der linken Szene wird der Anschlag diskutiert und von vielen abgelehnt. „Ich weiß nicht, was ich mit Leuten gemeinsam habe, die es cool finden, Wohnhäuser Unbeteiligter abzufackeln“, schreibt ein User im linken Internetportal Indymedia. „Gegen Rechte mit Mitteln vorzugehen, wo das Leben von Menschen nichts mehr zählt, ist diskreditierend“, hält ein anderer fest.

Ein Sprecher der Antifaschistischen Linken Berlin hatte gegenüber der taz bezweifelt, dass der Anschlag aus der Antifa-Szene kommt. Eine Verbindung der Tat mit dem Milieu der organisierten Kriminalität wiesen Sicherheitskreise allerdings zurück. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes gegen unbekannt.

(Konrad Litschko)



(09.10.2009) Berliner Zeitung

Rechtsextreme drohen mit Rache. Nach Brandanschlag wird am Sonnabend demonstriert

Nach dem Brandanschlag auf das als Neonazitreff bekannte Lokal "Zum Henker" in Niederschöneweide am vergangenen Wochenende rufen Rechtsextreme für Sonnabend zu einer Demonstration auf. Die Polizei rechnet mit 300 Teilnehmern. Sie wollen nach eigenen Angaben unter dem Motto: "Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff" vom Alexanderplatz über die Landsberger Allee bis zum S-Bahnhof Landsberger Allee laufen. Die genaue Route stehe noch nicht fest, hieß es im Polizeipräsidium. Die Polizei rechnet mit mehreren Gegendemonstrationen von Antifa-Gruppen.

Im Internet kündigen Rechtsextremisten Racheaktionen an. Bedroht wird auch die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Bianca Klose.

Bei dem Brandanschlag auf das rechte Szene-Lokal war der 23-jährige Enrico S., der der rechten Szene angehört, lebensgefährlich verletzt worden. Sein Zustand sei immer noch kritisch, hieß es gestern bei den Sicherheitsbehörden.

(Lutz Schnedelbach)

Neues Deutschland

(09.10.2009) Neues Deutschland

Nazis sinnen auf brutale Rache Braune Demo nach Anschlag auf rechte Kneipe / Drohung gegen MBR-Chefin

Nach einem Brandanschlag auf einen ihrer Treffpunkte – die Kneipe “Zum Henker” – im Köpenicker Ortsteil Niederschöneweide wollen Neonazis Samstag am Alex demonstrieren. Nach ND-Informationen könnten die braunen Kameraden versuchen, in den als linksalternativ bekannten Stadtteil Friedrichshain zu ziehen – das aber dürfte von der Polizei per Auflage verboten werden.

Der letzte Versuch der Neonazis, durch Friedrichshain zu demonstrieren, endete für sie am 1. Mai 2004 mit einer Niederlage. Wegen des friedlichen Protests Tausender, aber auch wegen brennender Barrikaden, fliegender Steine und Flaschen mussten sie an der Bezirksgrenze umkehren.

Nach einem Agenturbericht wollen die Nazis vom Alex zur Landsberger Allee ziehen, was die Polizei aber nicht bestätigte. Ein Gespräch zwischen Einsatzleitung und Anmelder stehe noch bevor, sagte eine Sprecherin. Zivilgesellschaftliche und Antifagruppen rufen indes für 11.30 Uhr zum Alex auf.

Hintergrund des Aufmarsches ist der Anschlag auf die rechte Szenekneipe “Zum Henker” am Sonntag. Unbekannte hatten zwei Molotowcocktails auf das Gebäude geworfen. Von den nach Polizeiangaben rund 40 dort anwesenden Rechten rannten einige auf die Straße und griffen ein Auto an, in dem sie den Täter vermuteten. Der Fahrer oder die Fahrerin überfuhr bei der Flucht einen der Angreifer. Der kam mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen ins Krankenhaus, zwei weitere Neonazis erlitten einen Kiefer- bzw. einen Beinbruch. Der Anschlag wird nicht nur in der linken Szene kontrovers diskutiert und ein derartiges Vorgehen teilweise scharf kritisiert.

Die Nazis selber und auch einige Zeitungen vermuteten den oder die Täter schnell im linksradikalen Milieu. Die Polizei veröffentlichte Bilder vom Typ des Tatfahrzeuges und erbittet Hinweise. Der Staatsschutz ermittele wegen versuchten Mordes “in alle Richtungen”, hieß es gestern. Die Antifaschistische Linke Berlin beteilige sich nicht an Spekulationen, sagte Sprecher Lars Laumeyer. “Die bisherige Berichterstattung basiert auf Angaben der Rechten und muss deshalb mit Vorsicht behandelt werden.”

Die Tat berühre “die Integrität des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und für Demokratie nicht”, sagte Bianca Klose, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), gegenüber ND. Die MBR macht seit Monaten gegen den “Henker” mobil. “Das Engagement im Bezirk und der ganzen Stadt ist und bleibt unerlässlich.” Zu gegen sie nach dem Anschlag im Internet ausgesprochenen Drohungen wollte sich

Klose vorerst nicht äußern. Sie prüfe derzeit noch, wie sie damit umgehen werde. “Ich sehe, dass die rechte Szene die Tat als Vorwand nimmt, mich und andere, die beim zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus ihr Gesicht gezeigt haben, zu bedrohen”, sagte Klose.

Auf einer rechten Internetseite heißt es “Vielleicht hat ja Bianca Klose auch mal Lust auf eine kleine Schwimmstunde im Landwehrkanal – wie damals Rosa Lux”, oder “Bianca Klose, sichten und v... ..!”, was “vernichten” heißen dürfte. Der braune Aufzug steht unter dem Motto “Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff”.

(Jörg Meyer)



(10.10.2009) Hamburger Abendblatt

Proteste gegen Neonazi-Aufmarsch in Berlin

Ein Aufmarsch von Neonazis in Berlin ist am Sonnabend von mehreren Hundert Gegendemonstranten begleitet worden. Die Polizei ist mit 1000 Beamten im Einsatz.

Mehrere hundert Gegendemonstranten haben am Sonnabend einen Aufmarsch von Neonazis durch die östliche Innenstadt Berlins begleitet. Zu dem Protest hatte ein breites Bündnis aus Parteien und Vereinen, darunter die Grünen, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Aktion Sühnezeichen aufgerufen. Nach Polizeiangaben standen rund 750 Rechtsextremen aus ganz Deutschland etwa 400 Demonstranten gegenüber.

Ein Polizeisprecher sagte, bis zum Nachmittag habe es elf Festnahmen auf beiden Seiten gegeben. Rund 1.000 Beamte waren den Angaben nach im Einsatz. Die Gegendemonstranten hätten mehrfach versucht, den Aufmarsch der Rechten durch Straßenblockaden zu stoppen. Die prominente Berliner Neonazi-Gegnerin Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr) bezeichnete das Vorgehen der Polizei als „äußerst ruppig“. Die Beamten würden „hart und energisch bei den Gegendemonstranten durchgreifen“, sagte Klose.

Der Zug der Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet war mittags auf dem Alexanderplatz in Richtung Friedrichshain gestartet. Dort sollte eine Abschlusskundgebung stattfinden. Anlass des Aufmarschs war ein Brandanschlag auf die Neonazi-Kneipe „Zum Henker“ am 4. Oktober in Berlin-Niederschöneweide, der nach Ansicht der Rechtsradikalen auf das Konto der linken Szene ging. Bei dem Angriff war ein Mensch lebensgefährlich verletzt worden.

Die Polizei geht aber mittlerweile von einem persönlichen Racheakt der Täter aus, nachdem am Freitag der Staatsschutz sieben Männer zwischen 20 und 42 Jahren festgenommen hatte. Keiner der Verdächtigen habe aus politischer Motivation gehandelt, hieß es am Samstag. Die Männer seien weder der linken noch der rechten Szene zuzuordnen. Ihnen sei Ende September mit Prügel der Zutritt zu dem Lokal verweigert worden. Dabei seien sie verletzt worden.

(epd)



(10.10.2009) Der Tagesspiegel

Brandanschlag auf rechte Szenekneipe kam nicht von links

Der Brandanschlag auf die rechte Szenekneipe "Zum Henker" in Schöneeweide ist nach Angaben der Polizei aufgeklärt. Bei Wohnungsdurchsuchungen in Berlin und Königs Wusterhausen nahmen Kripobeamte gestern Abend sieben mutmaßliche Täter fest. Keiner der Täter habe "aus politischer Motivation" gehandelt, teilten die Ermittler mit. "Die Männer seien "weder der rechten noch der linken Szene zuzuordnen." Nach ersten Erkenntnissen hätten sie nach einem Streit im Lokal "aus Rache gehandelt." Die rechtsextreme Szene hatte bisher behauptet, die Täter kämen von links. Mehrere hundert Neonazis wollen deshalb am heutigen Samstag durch Friedrichshain marschieren.

Bei der Durchsuchung von sechs Wohnungen der Festgenommenen wurden laut Polizei "diverse Beweismittel" sichergestellt. Die speziell für den Fall zusammengestellte Kripogruppe "Joker" ermittle weiter mit Hochdruck wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung. Die Staatsanwaltschaft prüfte noch in der Nacht den Erlass von Haftbefehlen.

Nach den bisherigen Recherchen waren die mutmaßlichen Brandstifter am Samstag, dem 26. September, mit Gästen des Lokals "zum Henker" in der Brückenstraße in Streit geraten. Dabei seien sie angegriffen und verletzt worden. Am vergangenen Sonntag revanchierten sie sich dann, indem sie Brandsätze auf den rechten Szenetreff warfen. Dabei wurden drei Rechte von den flüchtenden Tätern angefahren und verletzt, einer davon schwer.

Ungeachtet der Festnahmen wollen heute rund 500 Neonazis durch den Bezirk marschieren. Die Polizei ist mit einem Großaufgebot im Einsatz, um Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken zu verhindern. Bundesweit mobilisieren die Veranstalter für 12 Uhr zum Alexanderplatz unter dem Motto: "Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff". Von dort soll es Richtung Friedrichshain gehen. Die genaue Route war gestern noch nicht abgestimmt.

Linke Antifa-Gruppen hatten sich von dem Anschlag distanziert. Sie vermuten Streitigkeiten mit dem Rockermilieu als Grund für die Tat. Politiker von SPD, Grünen und Linken rufen mit mehreren Initiativen gegen Rechts zu Protesten auf. Entlang der möglichen Route wurden vier Gegenkundgebungen angemeldet. "Bunt, laut & friedlich" soll ab 11.30 Uhr vor dem Haus des Lehrers am Alex protestiert werden.

Wie aggressiv aufgeladen die Rechtsextremen sind, erfährt zur Zeit die Mobile Beratungsgruppe gegen Rechtsextremismus (MBR). Sie wird telefonisch und im Internet bedroht. "Die Nazis benutzen die Tat als Vorwand zur Einschüchterung", sagt MBR-Leiterin Bianca Klose.

(Johannes Radke)



(10.10.2009) Mut gegen rechte Gewalt

Berlin: Nazis drohen mit Angriffen

In Berlin demonstrierten am Samstag rund 750 gewaltbereite Neonazis. Sie riefen zu "Rache" und zum "Nationalen Angriff" auf, verlasen Namenslisten politischer Gegner und drohen offen mit Gewalt.

Berlin Alexanderplatz, Samstag, 12.00 Uhr: Mit den einfahrenden S-Bahnen und Regionalzügen sammeln sich mehr und mehr aggressiv grölende Neonazis vor dem Fernsehturm. Unter dem Motto "Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff" liefen rund 750 Neonazis, überwiegend aus der Szene der Autonomen Nationalisten, vom Alexanderplatz zum S-Bahnhof Landsberger Allee. Begleitet wurden sie von etwa genauso vielen Gegendemonstrantinnen und -demonstranten, die sich Beschimpfungen, Drohungen und Angriffen ausgesetzt sahen. Das rechtsextreme Spektrum zeigte sich in seiner bundesweiten Breite. Sieben Busse mit Neonazis aus dem Raum Bayern kamen mit Polizeibegleitung in Berlin an. Kameradschaften aus Teltow-Fläming, Potsdam, Wolfsburg und Märkisch Oderland, um nur wenige zu nennen, zogen offen rechtsextrem, rassistisch und antisemitisch durch die Stadt.

Neonazis sind auf "Rache" aus

Bianca Klose von der Mobilien Beratung in Berlin war bereits vor der Demonstration den Drohungen der Neonazis ausgesetzt, nachdem es am vergangenen Samstag einen Brandanschlag auf das in der rechtsextremen Szene beliebte Lokal "Henker" in Schöneeweide gab. Auch wenn die vermeintlichen Täter inzwischen gefasst wurden und die Polizei nicht von einem Angriff aus der Linken Szene, sondern einem persönlichen Racheakt ausgeht, werden engagierte Demokraten für den Vorfall verantwortlich gemacht. "Hier wird eine Geschichte konstruiert, um gegen politische Gegner vorzugehen", so Klose gegenüber MUT. Mit Aufrufen zu Straftaten wurde auf dem Demonstrationzug beispielsweise eine Liste der Namen der so genannten Gegner vorgelesen, ohne dass die Polizei eingegriffen ist. In anderen Redebeiträgen wurde vehement zur "Rache" gegen jene Gegner aufgerufen und zur Parole "Linke haben Namen und Adressen – kein Vergeben, kein Vergessen" angestimmt. Auch Flaschenwürfe und eine faustgroße Eisenplatte, die auf einen Schwarzen Gegendemonstranten geworfen wurde, blieben von der Polizei ungeahndet. Von der Volksverhetzung bis zur antisemitischen Hetze war von den Neonazis alles zu hören. So wurde einem Gegendemonstranten geraten, er solle doch "zurück in den Urwald gehen" und beim Anblick einer Israelfahne skandierten Autonome Nationalisten "Kindermörder Israel".

NPD ruft zum "Zecken jagen" auf

Bis Samstag Abend wurde nichts über verletzte Gegendemonstrantinnen oder -demonstranten bekannt. Doch die rechtsextreme NPD hätte offensichtlich nichts dagegen, dass zu ändern. Über Twitter rief die NPD Marburg dazu auf, in Berlin noch "munter Zeckenjagen" zu gehen. Der Beitrag wurde inzwischen gelöscht, doch er zeigt deutlich den Hass in der Szene auf jene, die nicht in ihr Weltbild passen.

(Sebastian Brux)

(12.10.2009) Berliner Morgenpost

Berliner Neonazis bedrohen Mitglieder der Antifa-Szene

Den Brandanschlag auf das rechte Szenelokal “Zum Henker” in Treptow haben am Wochenende rund 750 Neonazis zum Vorwand für eine Demonstration genommen. Die Polizei schließt zwar ein politisches Motiv für die Tat aus, doch das interessiert die Rechten offenbar wenig. Sie bedrohten Mitglieder der Antifa-Szene.

Die Berliner Polizei will prüfen, ob sie gegen Redner der Neonazi-Demo vom vergangenen Sonnabend vorgehen will. Es gibt Hinweise, dass gegen 22 Personen der Antifa-Szene oder “Hintermänner” Drohungen ausgesprochen wurden, darunter gegen die Chefin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Bianca Klose. Das wurde am Montag im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses bekannt. Polizeipräsident Dieter Glietsch sagte: “Wir werden prüfen, was es an Dokumentationen von der Demonstration gibt.” Der Einsatzleiter und der Justiziar der Polizei hätten die Reden vor Ort mit angehört, aber keine strafrechtlichen Tatbestände festgestellt, so Glietsch.

Angehörige der rechtsradikalen Szene hatten die Demonstration angemeldet, nachdem am frühen Morgen des 4. Oktober bei einem Anschlag auf das rechte Szenelokal “Zum Henker” in Treptow ein Rechter vom Fahrzeug der Täter überrollt und lebensgefährlich verletzt wurde. Die Polizei schloss ein politisches Motiv aus. Sie nahm sieben Tatverdächtige fest, von denen derzeit vier in Haft sitzen. Keiner sei dem linken oder rechten Spektrum zuzuordnen, so Glietsch. Vielmehr sei die Ursache offenbar eine Auseinandersetzung von Ende September, als die jetzigen Täter nicht in die Kneipe gelassen wurden und in der folgenden Auseinandersetzung mit Reizgas besprüht worden waren.

Bei der Demonstration war es zu Randalen gekommen. 29 Personen wurden festgenommen. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verteidigte das teilweise harte Durchgreifen der Polizei. Es sei “unabänderlich”, die Neonazi-Demonstration und die linken Gegendemonstrationen räumlich zu trennen, damit die Gewalt nicht eskaliere, sagte Körting. In Filmen im Internet war zu sehen, wie Polizisten eine junge Frau, die die Straße blockieren will, wegschleifen und sie über den Asphalt zerren. Allerdings ist die Frau kurz darauf unverletzt wieder zu sehen. Die Grünen forderten ein gewerberechtliches Vorgehen gegen die rechte Kneipe.

(Stefan Schulz)



(12.10.2009) Störungsmelder/ Die Zeit

Gewaltaufrufe unter Polizeischutz

Am vergangenen Samstag marschierten rund 750 Neonazis aus ganz Deutschland durch Berlin-Mitte. Grund war ein Brandanschlag auf eine Berliner Nazi-Kneipe. Dass es sich laut Polizei beim Tatmotiv lediglich um Rache von unpolitischen Gästen des Lokals handelte, die dort verprügelt wurden, störte die Rechtsextremisten nicht.

Sie protestierten auch ohne Anlass "gegen linke Terrorbanden". Unter den Augen der Polizei wurde dabei mehrfach zu Gewalt gegen vermeintliche Gegner der Rechtsextremen aufgerufen. Über den Lautsprecherwagen verlasen die Neonazis Namen und Privatadressen von Journalisten, Gewerkschaftern und Mitarbeitern der Berliner Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus (MBR). Die Betroffenen wollen jetzt gerichtlich gegen die Drohungen vorgehen. Sie kritisieren gleichzeitig die Polizei, die trotz Hinweisen nicht eingriff. "Das sind die Hintermänner! Das sind die Hetzer! Das sind jene, die in der Antifa das Wort führen. Das sind die, die die Kontakte bis ins Abgeordnetenhaus hinein halten. Damit die roten Mordbanden jederzeit finanziert werden", rief Neonazi-Aktivist Lutz Giesen der johlenden Menge zu, nachdem er 20 Namen von angeblichen politischen Gegnern vorgelesen hatte. "Sie haben Namen und Adressen. Und wir werden sie nicht vergessen. Wir vergeben nichts. Wir schwören Rache!" Bei anderen Personen wurden später auch die Privatadressen genannt, gefolgt von dem Aufruf: "Wir kriegen Euch alle!"

"Es ist mir unbegreiflich, warum die Polizei bei diesem Aufmarsch nicht unterbunden hat, dass solche Namenslisten verlesen wurden und es zum öffentlichen Aufruf zu Straftaten und Bedrohungen kommen konnte", sagte MBR-Chefin Bianca Klose dem Störungsmelder. Auch sie wurde über Lautsprecher als "geistige Brandstifterin" beschimpft. Bereits vor Samstag habe die Szene ein äußerst aggressives Verhalten gegen engagierte Bürger gezeigt. Allein das Motto des Aufmarsches "Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff", spreche eine deutliche Sprache, so Klose. Im MBR-Büro gingen bereits in der letzten Woche telefonisch und per Mail Drohungen ein.

"Solche öffentlichen Bedrohungen dürfen in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden", sagte Clara Herrmann, die für die Grünen im Abgeordnetenhaus sitzt. Sie kündigte an die Vorfälle mit einer kleinen Anfrage auf parlamentarischer Ebene anzusprechen. "Wichtig ist jetzt aber vor allem, die Menschen die dort bedroht wurden zu unterstützen und sich mit ihnen zu solidarisieren."

Ungeklärt bleibt, warum die Polizei nicht sofort eingegriffen hat, nachdem die Drohungen über den Lautsprecherwagen gerufen wurden. Laut den Auflagen der Versammlungsbehörde waren Parolen, die zur Einschüchterung der Bevölkerung dienen, explizit untersagt worden. Die Polizei hätte den Aufmarsch demnach schon nach wenigen hundert Metern auflösen können.

Wie die rechtsextreme Szene an die Privatadressen der Betroffenen gelangt ist, scheint für die Betroffenen klar zu sein. Fast alle hatten in verschiedenen Gerichtsprozessen als Belastungszeugen gegen rechtsextreme Gewalttäter ausgesagt. Dabei erhalten die Anwälte der Gegenseite Einblick in die Akten. In der Vergangenheit ist die Naziszene offenbar schon öfter über diesen Weg an Namen und Adressen gelangt. Aus diesem Grund werden inzwischen bei Rechtsextremismus-Prozessen in Berlin die Adressen in den Akten geschwärzt.

Unverhohlene Gewaltaufrufe gab es aber nicht nur aus dem Aufzug heraus, sondern auch via Twitter. Laut NPD-Blog forderte die Marburger NPD über ihren Twitteraccount am Ende des Aufmarsches die "Kameraden" zum "munteren Zecken jagen" auf. "Blanker Hass wird als Notwehr verkauft", schreibt NPD-Blog in einem Kommentar dazu.

(Johannes Radke)



(13.10.2009) die tageszeitung

Antifaschisten bedroht

NAZIDEMO Nach dem Anschlag auf ihre Kneipe rufen Neonazis dazu auf, Rache zu nehmen

Nicht nur zahlenmäßig – auch verbal rüstete die rechtsextreme Szene am Samstag bei ihrer Demonstration auf. Über Lautsprecher wurde dazu aufgerufen, Rache für den Brandanschlag auf die Neonazi-Kneipe “Henker” zu nehmen. Dabei wurden mehr als 20 Namen und auch Adressen von Personen aus dem antifaschistischen Spektrum genannt. Der antifaschistische Pressedienst apabiz hat den Wortlaut dokumentiert.

Polizeipräsident Dieter Glietsch sagte am Montag im Innenausschuss, er höre von dem Vorfall zum ersten Mal. Er werde prüfen lassen, ob es sich im strafrechtlichen Sinne um eine Bedrohung handelt. Gegebenenfalls würde ein Verfahren eingeleitet.

Der Anschlag auf den “Henker” am 4. Oktober hatte am Samstag rund 750 Neonazis als Vorwand gedient, um gegen linksextremistische Gewalt zu demonstrieren. Dabei gehören die inzwischen verhafteten mutmaßlichen Täter nach Angaben der Polizei weder der links- noch der rechtsextremen Szene an. Das Motiv sei “ausschließlich Rache für eine erlittene Niederlage”, sagte Glietsch im Innenausschuss. Den Tatverdächtigen sei einige Tage zuvor der Aufenthalt im “Henker” verwehrt worden.

Dennoch hält die Neonazi-Szene an ihrer Verschwörungstheorie fest: “Die Hintermänner dieser feigen roten Mordbanden sind uns bekannt” schallte es am Samstag vom Lautsprecherwagen. Dann folgten die Namen von Leuten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. “Das sind die Hetzer. Wir kriegen euch”. In einem weiteren Redebeitrag wurden die Geschäftsführerin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, Bianca Klose, sowie der Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag, Gregor Gysi, als geistige Brandstifter bezeichnet. Klose und Lars Laumeyer, Sprecher des Antifaschistischen Linken Berlin, übten am Montag scharfe Kritik an der Polizei. Diese hätte an Ort und Stelle wegen des Aufrufs tätig werden müssen.

(Plu)

(13.10.2009) Berliner Morgenpost

Drohungen gegen linke Szene

Die Berliner Polizei will prüfen, ob sie gegen Redner der Neonazi-Demo vom vergangenen Sonnabend vorgehen will. Es gibt Hinweise, dass gegen 22 Personen der Antifa-Szene oder „Hintermänner“ Drohungen ausgesprochen wurden, darunter gegen die Chefin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Bianca Klose.

Das wurde gestern im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses bekannt. Polizeipräsident Dieter Glietsch sagte: „Wir werden prüfen, was es an Dokumentationen von der Demonstration gibt.“ Der Einsatzleiter und der Justiziar der Polizei hätten die Reden vor Ort mit angehört, aber keine strafrechtlichen Tatbestände festgestellt, so Glietsch.

Angehörige der rechtsradikalen Szene hatten die Demonstration angemeldet, nachdem am frühen Morgen des 4. Oktober bei einem Anschlag auf das rechte Szenelokal „Zum Henker“ in Treptow ein Rechter vom Fahrzeug der Täter überrollt und lebensgefährlich verletzt wurde. Die Polizei schloss ein politisches Motiv aus. Sie nahm sieben Tatverdächtige fest, von denen derzeit vier in Haft sitzen. Keiner sei dem linken oder rechten Spektrum zuzuordnen, so Glietsch. Vielmehr sei die Ursache offenbar eine Auseinandersetzung von Ende September, als die jetzigen Täter nicht in die Kneipe gelassen wurden und in der folgenden Auseinandersetzung mit Reizgas besprüht worden waren.

Bei der Demonstration war es zu Randalen gekommen. 29 Personen wurden festgenommen. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verteidigte gestern das teilweise harte Durchgreifen der Polizei. Es sei „unabänderlich“, die Neonazi-Demonstration und die linken Gegendemonstrationen räumlich zu trennen, damit die Gewalt nicht eskaliere, sagte Körting. In Filmen im Internet war zu sehen, wie Polizisten eine junge Frau, die die Straße blockieren will, wegschleifen und sie über den Asphalt zerrren. Allerdings ist die Frau kurz darauf unverletzt wieder zu sehen. Die Grünen forderten ein gewerberechtliches Vorgehen gegen die rechte Kneipe.

(Stefan Schulz)



(13.10.2009) Der Tagesspiegel

Extremisten bekämpfen sich härter

Nach dem Brandanschlag auf eine bei Rechtsextremisten beliebte Kneipe befürchteten Politiker eine weitere Eskalation. Neonazis hatten am Samstag auf einer Demonstration eine Namensliste linker Aktivisten verlesen und unverhohlen gedroht.

Polizeipräsident Dieter Glietsch lässt prüfen, ob die Verlesung einer Namensliste linker Aktivisten durch Rechtsextremisten eine Straftat darstellt. Dies sagte Glietsch gestern am Rande des Innenausschusses. Wie berichtet, hatten die Neonazis auf ihrer Demonstration durch Friedrichshain in Höhe des SEZ 22 Vor- und Nachnamen verlesen, verbunden mit unverhohlenen Drohungen wie „Wir kriegen euch“ und „Wir wissen, wo ihr wohnt“. Unter den genannten Personen waren Alexandra R. und Christoph T., die derzeit wegen linksextremistisch motivierter Brandanschläge vor Gericht stehen, aber auch der Name eines Mannes, der vom Vorwurf freigesprochen worden war, im Jahr 2006 zwei Neonazis überfallen zu haben. Genannt wurde auch Bianca Klose von der „Mobilen Beratung gegen Rechts“. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Udo Wolf, nannte das Vorgehen der Nazis skandalös und forderte die Polizei zu Ermittlungen auf. Dies sagte Glietsch zu. Autonome von der Antifaschistischen Linken Berlin hatten bereits am Abend der Demo mitgeteilt, dass ein Neonazi 22 Namen verlesen hatte, die als „Hintermänner dieser feigen roten Mordbanden“ diffamiert wurden. Und: „Wir haben Namen und Adressen. Wir schwören Rache.“

Mit Besorgnis nahmen die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien diese Eskalation der Links-Rechts-Gewalt zur Kenntnis. Wie berichtet, war in Richtung der Neonazidemo um 14.23 Uhr am Strausberger Platz sogar ein Molotowcocktail geworfen worden. Dieser hatte nicht gezündet, die Tat war von einer Beamtin einer niedersächsischen Einsatzhundertschaft aus Lüneburg beobachtet worden. Unklar blieb gestern, ob der Werfer des Brandsatzes gefilmt oder sogar festgenommen werden konnte.

Anlass der mit 750 Rechtsextremisten überraschend großen Demonstration „Gegen linken Terror“ war der Brandanschlag auf das rechte Szenelokal „Zum Henker“ in Oberschöneweide. Dass die am Freitag von der Polizei festgenommenen Täter nicht aus der linken Szene stammten, ignorieren die Rechtsextremisten weiterhin. Nach Darstellung der Polizei waren fünf Männer eine Woche zuvor in der Kneipe abgewiesen worden. Weil sie von den Nazis mit Reizgas besprüht worden waren, hatten sie Anzeige bei der Polizei erstattet. Deshalb kam man den Männern schnell auf die Spur. Die Flammen hatten zwar keinen Schaden angerichtet, auf der Flucht hatte ein 29-Jähriger mit seinem Audi einen der Rechten zweifach überrollt. Enrico S. schwebt immer noch in Lebensgefahr. Nach Polizeiangaben sollen die Beteiligten bislang politisch weder von links noch von rechts aufgefallen sein. Angesichts der Tatsache, dass sie Anzeige erstattet hatten, sei die Darstellung der Polizei realistisch, hieß es bei Kennern der Szene – Linksautonome oder Rechtsrocker hätten dies nicht getan. Die beiden Haupttäter sitzen in Haft wegen versuchten Mordes.

Die Neonaziszene geht, wie in Internetforen zu lesen ist, dennoch von einer „linken Provokation“ aus. Experten befürchten jetzt weitere Gewalttaten.

(Ha)



(06.11.2009) die tageszeitung

Neonazis müssen abtreten

Der Innensenator verbietet die Kameradschaft Frontbann 24. Die Truppe marschierte stets schwarz uniformiert und bedrohte Antifas und Politiker

Bei jeder NPD-Veranstaltung waren die Mitglieder der Kameradschaft Frontbann 24 dabei. Alle trugen die gleiche schwarze Kleidung mit einem dem Reichsadler ähnlichen Symbol. „Dieses martialische Auftreten, diese Uniformität war furchteinflößend“, sagt ein Kenner der Szene. Damit ist es nun vorbei. Am Donnerstag hat Innensenator Ehrhart Körting (SPD) die aus zirka 30 Mitgliedern bestehende Neonazi-Gruppe verboten.

Die Vereinigung habe den Nationalsozialismus verherrlicht, so Körtings Begründung. Die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Bianca Klose, begrüßt das Verbot als „wichtige Maßnahme im Kampf gegen Rechtsextremismus“. Frontbann sei innerhalb der rechtsextremen Szene „ein stark eskalierender Faktor“. Das Verbot könne aber nicht Prävention und zivilgesellschaftliches Engagement ersetzen. Auch der Leiter der für Treptow-Köpenick zuständigen Polizeidirektion 6, Michael Knappe, zeigt sich zufrieden. In seinem Zuständigkeitsbereich hielten sich die Mitglieder von Frontbann hauptsächlich auf. Mit dem Verbot habe die Polizei nun „jede Zugriffsmöglichkeit“, so Knappe. Überraschend kam das Verbot nicht. Im Sommer waren elf Wohnungen von Frontbann-Anhängern durchsucht worden – offenbar, um Beweise zu sammeln. Frontbann 24 war seit Ende 2008 in Berlin aktiv und aus einer Abspaltung unzufriedener Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Treptow-Köpenick entstanden. Benannt hatte sich die Kameradschaft nach der 1924 gegründeten Vorläuferorganisation der nationalsozialistischen Sturmabteilung SA.

Die Gruppe habe sich in den letzten Monaten zunehmend durch Einschüchterungen und Bedrohungen hervorgetan, berichtet Bianca Klose vom MBR. Ins Visier genommen wurden Bürger und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Auch Klose selbst war betroffen.

Nach einem Brandanschlag auf die Kneipe Zum Henker, einem rechten Treffpunkt in Köpenick, waren die Leiterin des MBR und andere Mitstreiter am 10. Oktober auf einer rechtsextremen Demonstration in Lautsprecherdurchsagen als „geistige Brandstifter“ bezeichnet worden. Innensenator Körting schreibt dazu in seiner Presseerklärung: Organisationszweck der Kameradschaft sei es, sich „in aktiv-kämpferischer und aggressiver Weise gegen die bestehenden politischen Institutionen und Akteure“ zu richten. Die Verbotsverfügung ist den Frontbann-Führungskadern Peter Dreisch und Gesine Hennrich am Donnerstag um sechs Uhr morgens von Staatsschutzbeamten überbracht worden. Danach wurden ihre Wohnungen durchsucht. Beschlagnahmt wurden Bekleidung, Fahnen, Unterlagen sowie Computer. Das Verbot erstreckt sich auch auf sämtliche Devotionalien der Gruppierung. Jede erkennbare Ersatzorganisation, die sich unter anderem Label zu formieren versucht, ist gleichzeitig verboten. Was Letzteres angeht, macht sich MBR-Chefin Klose allerdings keine Illusionen. Verbote seien zwar ein organisatorischer Schlag für die rechtsextreme Szene, aber die Kader blieben meist aktiv. Es sei davon auszugehen, dass sie sich neu formieren. Zuletzt hatte der Innensenator im Jahr 2005 die rechten Kameradschaften Berliner Alternative Süd-Ost (Baso) und Tor verboten.

„Wir machen natürlich auch weiter“, kündigt Klose an. Ziel sei nun, den Henker dichtzukriegen: „Der ist für alle eine Bedrohung.“

(Plutonia Plarre)

Neues Deutschland

(06.11.2009) Neues Deutschland

Schwarzhemden haben ausgestürmt Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verbietet Nazi-Organisation »Frontbann 24«

Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat die braune Kameradschaft »Frontbann 24« verboten. Um 6 Uhr klingelten Polizisten bei den beiden mutmaßlichen Führungsmitgliedern Gesine Hennrich und Uwe Dreisch und durchsuchten deren Wohnungen. Dreisch gilt als Chef der Nazi-Organisation, ihm wurde die Verbotsverfügung zugestellt. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Inneres hatte der »Frontbann« zuletzt 40 bis 60 Mitglieder. Die Kameradschaft galt als die am schnellsten wachsende Berliner Neonazi-Organisation und »wies in Vorstellungswelt und Gesamtstil eindeutig eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf«, hieß es in einer Mitteilung des Innensenats. »Frontbann 24« orientierte sich bei der Namensgebung am historischen Vorbild, der Sturmabteilung (SA) der NSDAP. Nachdem die SA nach dem Putschversuch Hitlers 1923 verboten wurde, gründete der spätere SA-Chef Ernst Röhm den »Frontbann« im April 1924. Er hatte mehrere zehntausend Mitglieder. Ein Jahr später strömten die meisten von ihnen zurück in die wieder zugelassene SA. Die Mitglieder des gestern verbotenen »Frontbann 24« traten öffentlich uniformiert auf – in schwarzen Hemden mit Reichsadler auf der Brust und dem Schriftzug »Frontbann 24« am Kragen. »Bei der Durchsuchung wurde gekuckt, ob weiteres Material gefunden werden kann, das das Verbot stützt oder Straftatbestände erfüllt«, erklärte Körtings Sprecherin Nicola Rothermel.

»Wir begrüßen das Verbot«, sagte die Leiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Bianca Klose, gegenüber ND. »Diese Kameradschaft hat sich als stark eskalierender Faktor in der rechtsextremen Szene erwiesen.« Die mutmaßlichen Mitglieder hätten sich in den letzten Monaten durch Einschüchterung und Bedrohung hervorgetan. Dazu gehörte das gezielte Aufsuchen zivilgesellschaftlicher Veranstaltungen wie beispielsweise vor einigen Wochen beim Fest für Demokratie am S-Bahnhof Oberschöneweide. Auch das uniformierte Auftreten der »Frontbann«-Mitglieder dient in erster Linie der Einschüchterung, meinte Klose, die auf einer Demonstration der Kameradschaft selbst öffentlich bedroht wurde.

»Viele der aktiven Frontbann-Mitglieder kamen von der NPD«, sagte Ulli Jentsch vom antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz). Ihr Auftreten überhaupt sei Ausdruck des Richtungsstreits innerhalb der Berliner NPD. Es gebe scharfe Kritik am jetzigen Berliner NPD-Landeschef Jörg Hähnel, weil der den Kontakt zur aktivistischen Naziszene vernachlässige. Sein Vorgänger Bräuninger habe die Integration der Kameradschafts- und Hooliganszene geschafft und eher ein Konzept von Bewegungspartei verfolgt, weiß Jentsch. Ein Teil der Gründungsmitglieder um Gesine Hennrich käme vom Kreisverband Marzahn-Hellersdorf. Hennrich war dort Vorsitzende, bis sie von Hähnel aus der Partei gemobbt wurde. »Ein großer Teil der Gründungsmitglieder rekrutierte sich aus dem komplett aus der NPD ausgetretenen Kreisverband 6, Treptow-Köpenick«, sagte Verfassungsschutzsprecherin Isabelle Kalbitzer. Mit den »Frontbann«-Hemden seien die Neonazis Ende 2008 erstmals aufgetreten.

Die Nazis wollen nun prüfen, inwieweit sie die Verbotsverfügung veröffentlichen dürfen, um – als juristische Hilfestellung – Verbote für andere Vereinigungen schon »im Vorfeld« ausschließen zu können, schreiben sie auf ihrer Homepage.

Bianca Klose hat also recht, wenn sie sagt, dass ein Verbot nur eine »ergänzende Maßnahme« zum Engagement aller gegen Rechts sein könne. »Das Problem ist damit nicht erledigt.«

(Jörg Meyer)



(07.11.2009) Der Tagesspiegel

Vermieter kündigt Rechtsrockern

Das für Samstag geplante Rechtsrockkonzert der Bremer Hooligan-Band „Kategorie C“ steht derzeit ohne Veranstaltungsort da. Wie jetzt bekannt wurde, sollte der Auftritt ursprünglich in der Trabrennbahn Karlshorst in Lichtenberg stattfinden. Nach Angaben des Vermieters wurde er über den Inhalt der Veranstaltung getäuscht.

Von einem Auftritt der Gruppe „Kategorie C“ sei keine Rede gewesen. Der Vermieter kündigte umgehend den Mietvertrag und informierte den Bezirk. „Weder für Rechtsextremismus noch für Hooligan-Parties ist der Pferdesportpark zu haben“, sagte der Lichtenberger Wirtschaftsstadtrat Andreas Prüfer (Linke). Der Politiker und das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBR) bedankten sich beim Vermieter für seine „beispielhafte Reaktion“.

„Wir gehen aber davon aus, dass die Veranstalter versuchen werden, auf eine andere Halle auszuweichen“, sagte MBR-Leiterin Bianca Klose. „Ich hoffe, dass die Polizei alle Mittel ausschöpfen wird, um eine Ersatzveranstaltung zu verhindern.“ Möglich sei auch, dass die Veranstalter in ein anderes Bundesland ausweichen. Nach Polizeiangaben ist ein neuer Konzertort bislang nicht bekannt. Im Internet wird die Veranstaltung unterdessen weiter beworben.

(jra)



(21.11.2009) Der Tagesspiegel

**NPD-Treffen in Wilmersdorfer Ratskeller
Die BVV diskutierte über eine Kündigung durch den Wirt.**

Der Ratskeller unter dem Standesamt im Rathaus Schmargendorf ist beliebt für Hochzeitsfeiern. Doch auch Rechtsextreme haben sich dort regelmäßig zu „Dienstagsgesprächen“ versammelt, darunter am 1. September die Parteivorsitzenden der NPD und DVU. „Ich wusste nicht, um wen es sich handelt“, sagte Gastwirt Thomas Rau jetzt dem Tagesspiegel. Nach Hinweisen von Bürgern habe er sich aber im September umgehört und den Veranstalter ausgeladen.

Am Donnerstagabend diskutierte darüber die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf, schließlich gehören die Räume dem Bezirk. Die Grünen-Fraktion war von der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) informiert worden. Laut Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) untersagt der Mietvertrag, „staatsfeindliche Personen oder Gruppen oder Gegner der Demokratie“ zu bewirten. Die BVV verlangt nun, Pachtverträge zu ergänzen: Alle Veranstaltungen, bei denen es „zu Volksverhetzung kommen kann“, dürften nicht geduldet werden. Gemeinsam mit der MBR soll das Bezirksamt einen „lokalen Aktionsplan“ gegen Rechtsextremismus erstellen.

Die „Dienstagsgespräche“ gibt es seit 1991. Nach Auskunft des Berliner Verfassungsschutzes treffen sich je 50 bis 100 „diskursorientierte Rechtsextremisten“. Der private Veranstalter sei zunehmend in die rechte Szene „abgedriftet“. Anfangs kamen auch CDU- und SPD-Politiker zu den Veranstaltungen, die oft in Luxushotels stattfanden. 1994 geriet der damalige Sprecher der Innenverwaltung als regelmäßiger Teilnehmer in die Kritik.

Ratskellerwirt Rau sagt, der Organisator habe die Räume seit Jahresbeginn einmal im Monat gebucht. Berichte auf rechtsextremen Webseiten deuten aber darauf hin, dass es dort schon seit 2002 einige Termine gab. Nach dem Gespräch der Parteichefs am 1. September berichtete ein Radioreporter, der Eingang sei von NPD-Ordnern und der Neonazigruppe „Frontbann 24“ bewacht worden. Letztere hat Innensenator Ehrhart Körting (SPD) gerade verboten.

(CD)



(19.12.2009) Die Zeit/Störungsmelder

Nazigewalt im Multikulti-Kiez

Eigentlich gilt der Berliner Bezirk Nord-Neukölln als bunter, multikultureller Kiez, der immer mehr junge Studenten und Künstler anzieht. Doch seit einigen Wochen versuchen Neonazis Migranten und alternative Projekte mit Morddrohungen, zerstörten Scheiben und rechter Propaganda einzuschüchtern. Beobachter warnen vor dem Erstarren der militanten Nazisszene im Bezirk.

Der volle Name und die Worte "Neun Millimeter" wurden in der Nacht zum Montag an die Haustür eines jungen Gewerkschafters gemalt, der sich seit Jahren im Bezirk gegen Rechtsextremismus engagiert. Gemeint ist eine Patrone für Handfeuerwaffen. Daneben das als Nazisymbol verbotene Keltenkreuz. Der Student war nicht der einzige, der im Kiez heimgesucht wurde. In der gleichen Nacht haben die Rechtsextremen an mehreren Orten in der Gegend zugeschlagen. Bei der alternativen Kneipe "Tristeza" in der Pannierstraße und einigen Wohnhäusern wurden die Fassaden mit Nazi-Parolen besprüht, bei einem Projektraum in der nahe gelegenen Friedelstraße die Scheiben eingeworfen. Bis nach Kreuzberg führt die Spur der Täter. Dort wurde ein Ladengeschäft in der Waldemarstraße, das T-Shirts gegen Nazis vertreibt, besprüht. "C4 for Reds" (in etwa: Plastiksprengstoff gegen Zecken) stand an den Rollläden. Das Motto der neonazistischen Terrorgruppe "Combat 18" aus Großbritannien.

Anschläge dieser Art gab es in den letzten Wochen in Nord-Neukölln mehrfach. Bei der Galerie Olga Benario, in der noch bis Januar eine Ausstellung über die Zeit des Nationalsozialismus gezeigt wird, wurden am 6. Dezember die Scheiben eingeworfen. Wenige Wochen zuvor traf es die Fenster des multikulturellen Kulturzentrums der Freundschaftsgesellschaft Chile. In einigen Fällen hinterließen die Täter NPD-Flugblätter am Tatort. Parallel tauchten immer häufiger NPD-Plakate und volksverhetzende Aufkleber in der Gegend auf. Seit 2006 sitzen zwei Mitglieder der rechtsextremen Partei in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln.

"Die Qualität dieser Anschläge setzt auf die Bedrohung aller vermeintlichen politischen Gegner", sagt Bianca Klose vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBR). Derartige Angriffe und Morddrohungen habe es in Neukölln bisher noch nicht gegeben. "Die zahlreichen Bündnisse in den Bezirken sind jetzt gefragt die betroffenen Einrichtungen zu unterstützen." Woher die Naziszene die Informationen über ihre Angriffsziele habe, sei kein Geheimnis, sagt Klose. Erst vor kurzem wurden fast alle davon auf einer einschlägigen rechtsextremen Internetseite mit Adressen und genauen Beschreibungen veröffentlicht. "Wir wünschen Euch mit diesen Informationen viel Erfolg", so die Aufforderung des "Nationalen Widerstands Berlin". Man hoffe auf "besonders kreative Nachbarschaftsgeschenke" für die aufgezählten Gebäude.

Auch wenn sich die betroffenen Projekte nicht einschüchtern lassen wollen, nehmen sie die Drohungen ernst. In den nächsten Tagen soll es ein gemeinsames Treffen geben. Dass die Neonazis auch vor Brandanschlägen nicht zurückschrecken, zeigt die Entwicklung der Szene im Süd-Neuköllner Stadtteil Rudow. Ein 16- und 19-jähriger Rechtsextremist hatten dort im März und April 2008 Molotowcocktails auf zwei von Migranten bewohnte Häuser geworfen.

(Johannes Radke)



(20.12.2009) Der Tagesspiegel

Neonazis attackieren linke Projekte

Nord-Neukölln gilt als bunter, multikultureller Kiez, der immer mehr Studenten und Künstler anzieht. Doch Neonazis versuchen seit einigen Wochen, Migranten und alternative Projekte, mit Propaganda, dem Einschlagen von Scheiben und sogar Morddrohungen einzuschüchtern. Nord-Neukölln gilt als bunter, multikultureller Kiez, der immer mehr Studenten und Künstler anzieht. Doch Neonazis versuchen dort seit einigen Wochen, Migranten und alternative Projekte mit Propaganda, dem Einschlagen von Scheiben und sogar Morddrohungen einzuschüchtern. Beobachter warnen vor dem Erstarken der militanten Naziszene im Bezirk. So wurden in der Nacht zu Montag an die Tür des Wohnhauses, in dem ein junger, im Bezirk gegen Rechtsextremismus engagierter Gewerkschafter wohnt, dessen Name, das als Nazisymbol verbotene Keltenkreuz und die Wörter „Neun Millimeter“ gemalt. Gemeint ist ein für Handfeuerwaffen übliches Kaliber.

In derselben Nacht haben die Rechtsextremen an weiteren Orten zugeschlagen. An der alternativen Kneipe „Tristeza“ in der Pannierstraße und mehreren Wohnhäusern wurden die Fassaden mit Nazi-Parolen besprüht, bei einem Projektraum in der Friedelstraße die Scheiben eingeworfen. Bis nach Kreuzberg führt die Spur der Täter. Dort wurden die Rollläden eines Ladengeschäfts in der Waldemarstraße, das T-Shirts gegen Nazis vertreibt, mit der Parole „C4 for Reds“ besprüht. Es ist das Motto der neonazistischen Terrorgruppe „Combat 18“ aus Großbritannien, C4 die Bezeichnung eines Sprengstoffs.

Attacken dieser Art gab es in den vergangenen Wochen in Nord-Neukölln mehrfach. Der Galerie Olga Benario, in der bis Januar eine Ausstellung über den Nationalsozialismus gezeigt wird, wurden am 6. Dezember die Scheiben eingeworfen. Wenige Wochen zuvor traf es die Fenster des multikulturellen Kulturzentrums der Freundschaftsgesellschaft Chile. Teilweise hinterließen die Täter NPD-Flugblätter. Parallel tauchten immer häufiger NPD-Plakate und volksverhetzende Aufkleber auf. Seit 2006 sitzen zwei Mitglieder der rechtsextremen Partei in der BVV Neukölln.

„Die Qualität dieser Anschläge setzt auf die Bedrohung aller vermeintlichen politischen Gegner“, sagt Bianca Klose vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBR). Derartige Angriffe und Morddrohungen habe es in Neukölln zuvor nicht gegeben. Woher die Naziszene die Informationen über ihre Angriffsziele habe, sei kein Geheimnis, sagt Klose. Erst vor kurzem wurden fast alle auf einer rechtsextremen Internetseite mit Adressen und Beschreibungen veröffentlicht. „Wir wünschen Euch mit diesen Informationen viel Erfolg“, lautete die Aufforderung des „Nationalen Widerstands Berlin“. Man hoffe auf „besonders kreative Nachbarschaftsgeschenke“.

Auch wenn sich die betroffenen Projekte nicht einschüchtern lassen wollen, nehmen sie die Drohungen ernst. Für diesen Sonntag, 17 Uhr, ruft ein Bündnis aus linken Projekten und Kneipen am U-Bahnhof Hermannplatz zur Demonstration gegen Rechts auf. Dass die Neonazis auch vor Brandanschlägen nicht zurückschrecken, zeigt die Entwicklung in Rudow. Ein 16- und ein 19-Jähriger hatten dort im März und April 2008 Molotowcocktails auf zwei von Migranten bewohnte Häuser geworfen.

(Johannes Radke)